PRINZ ALBERT VON ENGLAND UND DIE DEUTSCHE EINHEITSFRAGE

IN DEN JAHREN 1845–1851.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

DER HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

ACAD. LIBR. BAT. BIBL.

VORGELEGT VON

MARTIN BRÄUER

GROSSENHAIN i. SA.

BORNA-LEIPZIG

BUCHDRUCKEREI ROBERT NOSKE

1910.

Angenommen von der philosophisch-historischen Sektion auf Grund der Gutachten der Herren

Brandenburg und Seeliger.

Leipzig, den 3. Mai 1910.

Der Procancellar.
K. Rohn.

Meinen Eltern.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung.

I. Zweck der Arbeit. Bemerkungen über die Quellen 1
II. Prinz Albert, seine Herkunft und politische Bildung, Beschäftigung mit den deutschen Zuständen 3
III. Prinz Albert, Friedrich Wilhelm IV. und Bunsen 4

Erstes Kapitel.

Vorboten der Revolution.

§ 1. Die Einverleibung der Republik Krakau in die österreichische Monarchie im Jahre 1846 7

Prinz Albert wünscht die Auflösung der Heiligen Allianz, weil ihr Zweck erfüllt ist und ihr Fortbestehen für die beteiligten Länder und Völker nur Schaden bringt, im besonderen Maße für Deutschland. Österreich ist seiner vielsprachigen Bevölkerung halber nicht in der Lage, die deutschen Interessen voll und ganz zu vertreten, dies kann nur Preußen, ein engeres Bündnis zwischen beiden Staaten, aber nur für bestimmte Zwecke, ist trotzdem nicht zu verwerfen.

§ 2. Die preußische Verfassungsfrage und die deutsche Einheit vom Dezember 1846 bis September 1847. Auffassungen des Prinzen Albert und Lord Palmerstons über die Führung der auswärtigen Politik 18

Der Eintritt Preußens ins konstitutionelle Leben wird vom Prinzen mit freudigen Hoffnungen begrüßt. Innerer Gegensatz zwischen ihm und Lord Palmerston auf dem Gebiete der auswärtigen Politik.

§ 3. Die Denkschriften des Prinzen Albert und des Fürsten Karl von Leiningen über den Zustand der Angelegenheiten in Deutschland vom 11. September und 22. September 1847 38

1. Entstehung der Denkschriften.
2. Die Denkschrift des Fürsten Leiningen vom 22. September.
3. Prinz Alberts Denkschrift vom 11. September.

Der Prinz stellt sich in seiner Denkschrift die Aufgabe, den Deutschen Bund zu reformieren. Aus Gründen der äußeren Politik soll Österreich diesem erhalten bleiben, die deutschen Zustände müssen aber dem lähmenden Einfluß des letzteren entzogen werden. Preußen muß die politische Reformation Deutschlands in die Hand nehmen. Organische Entwicklung.

Seite

§ 4. Der kurhessische Verfassungsstreit 53

Der beste Schutz, den die Monarchen und ihre Regierungen vor dem umsichgreifenden Radikalismus haben, ist der, Besitz und Bildung den ihnen gebührenden Anteil an der Regierung zu gewähren; organische Weiterentwicklung und Anknüpfung an die alten deutschen Zustände ist dabei im Auge zu behalten.

Zweites Kapitel.

Die deutsche Revolution 1848—1851.

§ 5. Wiener und Berliner Märzrevolution 57

Die ersten Ereignisse der Revolution werden vom Prinzen optimistisch aufgefaßt. Sein utopistischer Verfassungsplan. Er setzt sein Vertrauen auf den König von Preußen und sieht in ihm die größte Sicherheit für die Existenz der kleinen Fürsten.

§ 6. Der Verfassungsentwurf des Prinzen Albert vom 28. März 1848 . 62

Deutschland soll aus einem Staatenbund ein Bundesstaat werden. Wahlkaiser und Fürstentag. Österreich soll im Bunde bleiben. Das preußische Oberhaupt tritt zurück. Hervortreten des dynastischen Standpunkts. Zeitgenössische Urteile: Absprechende Ernst II. und Stockmars, günstige Friedrich Wilhelms IV. und Bunsens.

§ 7. Kritik des Prinzen Albert an dem Verfassungsentwurf Dahlmanns 71

Er zeigt sich als entschiedener Gegner des Erbkaisertums. Furcht vor Preußens Hegemonie, verursacht durch die Erwägung, daß, wenn Preußen in Deutschland an der Spitze stehe und Österreich ausgeschieden sei, ersteres die Kleinstaaten seinem Staatsverband einverleiben könnte.

§ 8. Entwicklung in Deutschland: Preußen, Österreich, Frankfurt, Schleswig-Holstein vom März 1848 bis zum Mai 1849 77

Der Prinz hofft, daß die Regierungen den Mut finden werden gegen den Radikalismus vorzugehen. Nachdem infolge der Wahl des Erzherzogs die Zentralgewalt und das provisorische Oberhaupt eingesetzt sind, ist es zu wünschen, daß die Sondergewalten sofort mit dieser in Verkehr treten und die endgültige Verfassung und Form der Zentralgewalt festsetzen. Der Prinz wünscht wieder organische Entwicklung und vertritt mit der Königin hinsichtlich Schleswigs den deutschen Standpunkt. Seit Dezember 1848 ist er überzeugt davon, daß Österreich aus dem Bunde ausscheiden muß.

§ 9. Preußische Unionspolitik vom Mai 1849 bis Mai 1850: Von den Berliner Konferenzen bis zur Konstituierung des Bundestags . . 89

Das Dreikönigsbündnis wird vom Prinzen für das einzige Rettungsmittel Deutschlands erklärt: Preußen muß auf legale und vertragsmäßige Weise die oberste Leitung erhalten. Sein Streben geht darauf, daß sobald wie möglich das Unionsparlament einberufen wird; er gibt den kleinen Staaten den Rat, konsequent am Bündnisse festzuhalten, und ist entrüstet über das Verhalten Sachsens und Hannovers.

Er hat den Gedanken aufgegeben, daß in einem wirklichen Bundesstaat eine Gleichberechtigung aller Staaten möglich sei.

Seite

Deutschland muß sich in einem engeren Bunde unter Preußen konstituieren, Österreich ausscheiden. Ersteres muß den Bundesstaat vollenden, wenn er auch nur die kleinen Staaten enthalten sollte. Österreich wird undeutsch und antideutsch bleiben; die Könige werden, von ihrem Souveränitätsschwindel verlockt, eher Deutschland zugrunde richten als eine Föderativmonarchie errichten.

Prinz Albert fordert von der Erfurter Versammlung Annahme der Verfassung en bloc und ist mit dem Gothaischen Fürstenkongreß einverstanden.

§ 10. Die deutsche Frage vom Schluß des Berliner Fürstenkongresses bis zur Reaktivierung des Bundestags und zum Schluß der Dresdner Konferenzen: 16. Mai 1850 bis 15. Mai 1851 104

In der Schleswig-Holsteinischen Frage sind der Prinz und die Königin Gegner der Protokollspolitik Palmerstons.

Preußen muß sich dazu bekennen, überall die Konstitutionen beschützen zu wollen, überall, möge es in Schleswig-Holstein oder Hessen sein, müsse es die prinzipielle Bedeutung des Kampfes hervorheben. Der Kampf Preußens um Deutschland gegen Österreich und die Mächte erscheint ihm als Kampf zwischen Despotie und konstitutioneller Freiheit.

Schluß 118

Einleitung.

I. Zweck der Arbeit. Bemerkungen über die Quellen.

Der Zweck der vorliegenden Arbeit besteht einerseits darin, eine übersichtliche Darstellung der Gedanken und Anschauungen des Prinzen Albert von Sachsen-Koburg-Gotha, Gemahls der Königin Victoria von England, über die Lösungsversuche, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts das deutsche Volk zur Einheit führen sollten, zu geben und seine eignen Vorschläge und Pläne, die er für diesen Zweck ersprießlich hielt, zu erörtern, andrerseits aber auch ein Bild seines Wirkens für Einführung einer preußischen Verfassung im Vormärz und während der Revolution zu entwerfen.

Es waren daher im engsten Zusammenhange hiermit die europäischen Vorboten der Revolution von 1848, so die Krakauer Freistaatsfrage, der Verfassungsstreit in Kurhessen, die Erhebung der Elbherzogtümer an dieser Stelle mit zu behandeln. Als Anfangstermin ist das Jahr 1845, das dem Prinzen Albert die erste Anregung zur Erwägung der deutschen Frage gab und in ihm den Entschluß reifen ließ, auf Friedrich Wilhelm IV. in dieser Hinsicht in unmittelbarer Weise einzuwirken, angenommen worden, — als Endtermin die Reaktivierung des alten Bundestags Mitte Mai 1851, das Jahr des Scheiterns der Pläne der Paulskirche, Preußens (Dreikönigsbündnis und Union) und Österreichs (österreichisch-großdeutsches System).

Das bisher über diesen Gegenstand veröffentlichte Material enthält sowohl viele Einzelheiten als auch zahlreiche größere Dokumente, so Denkschriften und Verfassungsentwürfe des Prinzen, Briefe an und von Friedrich Wilhelm IV., Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha, Stockmar, Bunsen u. a., Berichte über mündlichen Gedankenaustausch des Prinzen mit bedeutenden Staatsmännern. Im vergangenen Jahre ist hierzu noch eine neue Quelle gekommen, Königin Victorias Briefwechsel und Tage-

buchblätter.[1]) Die beiden Bände des Werkes enthalten außer dem Briefwechsel der Königin mit ihren Verwandten und ihren Ministern auch eine Anzahl von Denkschriften und Briefen des Prinzen über innere englische Politik, meistens Kabinettskrisen, Auflösung des englischen Parlaments und militärische Anordnungen betreffend.

Äußerungen desselben über deutsche Angelegenheiten fehlen, nur solche der Königin über die schleswig-holsteinische Frage u. a. m. sind mitgeteilt. Letztere aber können als Ergänzungen zu den sonstigen Aussprüchen des Prinzen, ja sogar als Ersatz für diese, herangezogen werden. Daß sich seine Anschauungen und Urteile mit denen der Königin vollständig decken, geht aus den Selbstzeugnissen hervor, die Prinz Albert über seine Stellung zur Königin anläßlich des Anfang des Jahres 1850 ausgesprochenen Wunsches des Herzogs von Wellington gab, nach dem Tode des Waffengefährten Blüchers das Oberkommando der englischen Armee zu übernehmen. Er war ihr hiernach in allen Beziehungen nützlich, unterstützte sie in allen Pflichten ihres Herrscherberufs als ihr vertrauter Ratgeber und war als Gatte „ängstlich darauf bedacht, ihr nicht mehr als nötig davon zufallen zu lassen".

Keinen öffentlichen Geschäftszweig gab es, worin er die Königin nicht unterstützte.[2]) Um ihre Stellung und damit zugleich auch das Königtum zu stärken, mußte er, gemäß seinen Prinzipien, „seine individuelle Existenz ganz in der seiner Frau aufgehen lassen, keine gesonderte persönliche Verantwortlichkeit vor dem Publikum übernehmen, sondern seine Stellung ganz und gar zu einem Teile der ihrigen machen und unaufhörlich und ängstlich jeden Teil der öffentlichen Geschäfte überwachen, um imstande zu sein, ihr in jedem Augenblicke, bei jeder der vielfachen und schwierigen ihr vorgelegten internationalen, politischen, sozialen oder persönlichen Fragen und Pflichten Rat zu erteilen und Beistand zu leisten". Er war ihr einziger vertrauter Ratgeber in politischen Dingen, ihr Privatsekretär und permanenter Minister. Demzufolge ist diese jüngste Erscheinung in der Arbeit verwertet worden.

---

[1]) The letters of Queen Victoria, A selection from Her Majesty's correspondence between the years 1837 and 1861. Published by authority of His Majesty the King. Edited by A. C. Benson and Viscount Esher. In three volumes. London 1907.

[2]) The Life of His Royal Highness the Prince Consort: by Sir Theod. Martin, übersetzt von E. Lehmann, Bd. 2 S. 256—268.

II. Prinz Albert, seine Herkunft und politische Bildung; Beschäftigung mit den deutschen Zuständen.

Die Erkenntnis, daß zur Gesundung der deutschen Zustände — und zwar hinsichtlich der Lösung der Verfassungsfrage in Preußen, ganz besonders aber auch hinsichtlich der Aufgabe, dem deutschen Volkskörper ein festes politisches Gefüge, eine wirkliche Einheit zu verleihen — energische Schritte nötig seien, damit etwas Positives geleistet werde, bestimmten den Prinzen Albert, wie wir aus dem autobiographischen Werke seines Bruders, des Herzogs Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha erfahren,[1]) bei seinem Besuche mit der Königin Victoria in der koburgischen Heimat im August und September 1845 mit einigen gleichgesinnten deutschen Fürsten, wie dem Großherzoge und dem Erbprinzen von Baden sowie sämtlichen sächsischen Herzögen, in eingehende Beratungen über deutsche Angelegenheiten einzutreten. Diese Anteilnahme des Prinzen an der Entwicklung Deutschlands mag in erster Linie der warmherzigen Liebe, die er als Deutscher von Geburt und Geist, als deutscher Fürst, für sein engeres und weiteres Vaterland hegte, entsprungen sein,[2]) andrerseits mag auch sein scharf beobachtendes Auge, geschärft im Verkehr mit seinem Vertrauten, dem Freiherrn v. Stockmar, einem Politiker von reicher Erfahrung,[3]) in beunruhigenden Momenten der allgemeinen Entwicklung Deutschlands und Europas einen baldigen Umschwung der Dinge vorausgesehen haben, die in ihm die Sorge für den seinem Geschlechte angestammten Thron, für seinen Bruder und für die deutschen Fürsten und Zustände aufkommen lassen mußten.

Während dieser Zusammenkunft in Koburg wurde nun der Entschluß gefaßt, auf Friedrich Wilhelm IV. in unmittelbarer Weise einzuwirken.[1])

Man hatte im Jahre 1840 in Preußen und Deutschland die Thronbesteigung des Königs mit großen Erwartungen begrüßt. Die Teile der preußischen und deutschen Bevölkerung, die einer fortschrittlichen Entwicklung Preußens zugetan waren, erhofften von ihm die Erfüllung des von Friedrich Wilhelm III. am 22. Mai

---

[1]) Ernst II., Aus meinem Leben und aus meiner Zeit Bd. 1 S. 145.

[2]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert: Prinz Albert vom 21. Dezember 1846 an Friedrich Wilhelm IV., Deutsche Ausg. Bd. 2 S. 583. Ernst II., Aus meinem Leben und aus meiner Zeit Bd. 1 S. 144.

[3]) Th. Martin, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 385.

1815 gegebenen Verfassungsversprechens und erwarteten, daß er den patriotischen Bestrebungen zur Erreichung des Ziels, das in der Errichtung der deutschen Einheit seinen Ausdruck fand, seine tatkräftige Unterstützung sicherte, zumal da man nach und nach zu der Überzeugung gelangt war, daß im Bunde mit Österreich nichts Lebensfähiges hinsichtlich dieser Aufgabe zustande kommen würde.[1])

Auch Prinz Albert bekannte sich nach den im Verlauf seiner politischen Studien gewonnenen Erkenntnissen zu dieser Ansicht. Schon seit dem Jahre 1841 befaßte er sich, besonders auf die Aufforderung seines Freundes Sir Robert Peel und Lord Aberdeens hin, angelegentlichst mit der Tagespolitik.[2]) Von Natur aus liberalen Ideen huldigend, stand er außerdem noch, seit seiner Verlobung mit der Königin Victoria im Oktober 1839 mit Baron Stockmar, dem vertrauten Ratgeber und Freund Leopolds I. von Belgien, der ein entschiedener Liberaler war, in einem vertraulichen und herzlichen Briefwechsel, der sich in den folgenden Jahren nicht nur über private, sondern auch über politische Angelegenheiten erstrecken und bis zu dem im Jahre 1861 erfolgten Tode des Prinzen dauern sollte. In Brüssel, am Hofe seines Onkels Leopold, in Bonn, wo er 1837/38 gemeinsam mit seinem Bruder staatswissenschaftlichen und historischen Studien oblag, auf Reisen nach Italien und England, hatte er sich eine weltmännische Bildung angeeignet, seinen geistigen Horizont erweitert und war infolgedessen jeder Verbesserung und jedem wirklichen Fortschritt von Herzen zugetan.

III. Prinz Albert, Friedrich Wilhelm IV. und Bunsen.

Eine derartige Einwirkung, wie sie 1845 in Koburg beschlossen worden war, setzte eine gewisse Bekanntschaft des Prinzen mit dem Könige voraus. Dies war der Fall seit dem Jahre 1842. Friedrich Wilhelm IV. hatte eine gewisse Vorliebe für englische Sitten und Einrichtungen,[3]) die wahrscheinlich schon durch Niebuhrs Vorträge über dieses Gebiet geweckt wurde. Hierzu trat noch der Umstand, daß er in seiner Kronprinzenzeit zu einem Manne in nähere Beziehungen getreten war, dessen Interessen und Ideale sich mit den seinigen, so auf kunsthistorischem und kirchenpolitischem Gebiete, eng berührten, näm-

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 131.
[2]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 148 und S. 95 Anm. 2.
[3]) Leben Bunsens Bd. 2 S. 319.

lich zu Ch. C. J. Bunsen. Dieser phantasievolle, in Plänen mit seinem königlichen Herrn wetteifernde Mann hatte sich von Jugend auf die Altertumswissenschaft und Theologie zum Arbeitsgebiet erkoren. Sein Ideal auf kirchlichem Gebiete war die Vereinigung aller deutschen Protestanten, auf politischem Gebiete die nationale Einheit. Beide Elemente vereinigten sich in dem Staatsideal eines christlich-deutschen Staates.[1]) Anfangs preußischer Legationssekretär unter B. G. Niebuhr in Rom, wurde er nach dessen Ausscheiden zuerst dort, dann in Bern Ministerresident desselben Staates.

1827 machte er die Bekanntschaft des damaligen preußischen Kronprinzen und begleitete ihn im folgenden Jahre auf einer italienischen Reise,[2]) und so gestaltete sich im nächsten Jahrzehnt allmählich die Freundschaft zwischen beiden Männern aus, die Bunsen von Rom über Bern in die Stelle des Londoner preußischen Gesandten führte und erst mit der ausbrechenden Krankheit des Königs im Jahre 1857 ihr Ende erreichte.[3])

Wie zu dem Könige, so war Bunsen auch zum Prince Consort in enge Beziehungen getreten. Die ersten Anfänge des persönlichen Verkehrs fallen ins Jahr 1838, zu welcher Zeit Bunsen, nach Aufgabe seines Postens in Rom, zum ersten Male englischen Boden betrat.[4]) In demselben Jahre wurde er zum Gesandten in Bern ernannt. Nach dreijährigem Verweilen in dieser Stellung wurde er im April 1841 von seinem königlichen Freund mit den Unterhandlungen über die Gründung eines Bistums Jerusalem beauftragt und in dieser Angelegenheit nach London gesandt.[5]) Da diese nicht nur zwischen ihm und den englischen Bischöfen und Staatsmännern, sondern auch dem Träger der Krone zu führen waren, so kam er naturgemäß dabei in die engste Berührung mit dem Prinzen Albert, der ihn hochschätzen lernte.[6]) Als nun der bisherige preußische Gesandte in London aus seinem Amte schied und Friedrich Wilhelm IV. — immer beflissen, mit dem englischen Hofe und den Ministern gut zu stehen — der Königin Victoria einen

---

[1]) B. Bähring, Christ. C. Jos. Freiherr v. Bunsen, Lebensbild eines deutsch-christlichen Staatsmannes.

[2]) L. v. Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen Bd. 49/50 der sämtl. Werke S. 349.

[3]) Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen S. 577.

[4]) Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 204: Aus dem Briefwechsel zwischen Prinz Albert und Bunsen von F. Nippold.

[5]) Ebenda S. 204 und v. Ranke, Aus dem Briefwechsel zwischen Prinz Albert und Bunsen S. 398, 400ff.

[6]) Bunsens Leben Bd. 2 S. 192: Bunsen v. 23. 11. 1841; Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 204.

Gesandten ganz nach ihrem Herzen zu senden wünschte, wählten diese und der Prinz unter drei Bewerbern Bunsen, da man wußte, daß er bei dem Könige in Gunst stand.[1])

Bunsen war dadurch, daß er eine vornehme Engländerin geheiratet hatte, in die Lage versetzt worden, in die inneren Einrichtungen des Inselreichs tiefere Blicke werfen zu können.[2]) Er wurde zum enthusiastischen Bewunderer derselben und stellte sie seinem Könige als Vorbild vor Augen. Hierin fand er den vollen Beifall Friedrich Wilhelms IV., der die Zeit herbeisehnte, da England wieder in den alten Vierbund eintreten würde, und dann hoffte, durch ein engeres Bündnis der beiden protestantischen Großmächte etwas freiere Hand Rußland und Österreich gegenüber auf dem Kontinente zu erhalten.[3]) Er ergriff daher mit Freuden die Gelegenheit, zu dem englischen Hofe ein näheres Verhältnis anzubahnen. Er empfand mit hoher Genugtuung die Einladung des englischen Herrscherpaares und entschloß sich, bei der Taufe des Prinzen von Wales am 25. Januar 1842 persönlich in England anwesend zu sein. Bei dieser Einladung durch die englischen Herrschaften und ihrer Annahme durch den König war auf beiden Seiten der Wunsch der politischen Annäherung wirksam gewesen.[4]) Der König war auf Stockmars Rat und Betrieb aus reinen Gründen der Politik eingeladen worden;[5]) die Kunde davon erregte bei den früheren und damaligen Ministern und dem englischen Publikum die lebhafteste Befriedigung.[5])

Wie wir aus dem Buche der Königin Victoria über den Prinzen Albert erfahren, wurde während dieses Besuchs des Königs zwischen ihm und dem Prinzen Albert der Grund zu einer Freundschaft gelegt, „welche durch die vertraute Korrespondenz der künftigen Jahre noch befestigt wurde“.[6])

---

[1]) Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen S. 406/07; Denkwürdigkeiten aus den Papieren des Freiherrn Chr. Fr. v. Stockmar, zusammengestellt von E. v. Stockmar, S. 384/85; Chr. C. J. Freiherr v. Bunsen, aus seinen Briefen und nach eigner Erinnerung geschildert von seiner Witwe, Deutsche Ausg. Bd. 2 S. 191, 194, 195; Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 204.

[2]) B. Bähring, Chr. K. J. Freiherr v. Bunsen S. 71.

[3]) H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert Bd. 5 S. 10.

[4]) Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen S. 407.

[5]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 376.

[6]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 130 und 131.

Erstes Kapitel.

Vorboten der Revolution.

§ 1.

Die Einverleibung der Republik Krakau in die österreichische Monarchie im Jahre 1846.

Der Briefwechsel zwischen beiden Fürsten wurde, wie Ernst II. berichtet, im Jahre 1846 eröffnet; in dessen Zweck und Inhalt waren außer dem Herzog auch König Leopold I. von Belgien, Fürst Carl v. Leiningen, der Vetter des Prinzen Albert und Halbbruder der Königin Victoria, Stockmar und Bunsen eingeweiht. Die Hoffnungen, die auf eine solche Einwirkung auf Friedrich Wilhelm IV. gesetzt wurden, waren bei verschiedenen verschieden, Herzog Ernst selbst dachte hierüber sehr pessimistisch.[1])

Ein weiterer starker Antrieb, eine Annäherung Englands an Preußen herbeizuführen, war in demselben Jahre durch den Bruch der „Entente cordiale", die sich seit dem Jahre 1834 der angelegentlichsten Fürsorge der Regierungen der Westmächte erfreute, gegeben.[2]) Verursacht wurde dieses Zerwürfnis durch die Lösung der sogenannten spanischen Heiratsfrage in französischem Sinne.

Die Furcht Louis Philipps vor einer englisch-koburgischen Kandidatur, sein Mißtrauen Lord Palmerston gegenüber, das starre Festhalten seines Ministers Guizot an dem Grundsatz, das Ansehen der Dynastie Orleans durch eine glänzende politische Tat zu erhöhen und dadurch ihre Stellung zu festigen, was die Aussicht eröffnen sollte, daß einst ein Orleans in Madrid gekrönt werden könnte, auf der einen Seite — auf der anderen Unvorsichtigkeit des englischen auswärtigen Ministers, Lord Aberdeens,

---

[1]) Ernst II., Aus meinem Leben und aus meiner Zeit Bd. 1 S. 145.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 175, 191.

aber zugleich auch zu starkes Eingehen der Königin Victoria und des Prinzen Albert auf die Absichten des Königs der Franzosen, bewirkten, daß Louis Philipp, gedrängt von Guizot und vor ein fait accompli gestellt, das den englischen Herrschaften im Jahre 1845 zu Château d'Eu gegebene Versprechen brach[1]) und die Verheiratung der jugendlichen Königin Isabella II. von Spanien mit ihrem Vetter, dem Herzog von Cadix, und ihrer Schwester, der Infantin Luisa Ferdinanda mit seinem jüngsten Sohne, dem Herzoge von Montpensier, zu gleicher Zeit gestattete.[2])

Die so nach dem heimlichen Wunsche des französischen Königs geschlossenen spanischen Heiraten besiegelten den Bruch der Entente. Sie wurden ermöglicht durch die Verletzung des obenerwähnten Versprechens, welches lautete, daß Louis Philipp nichts von einer Heirat seines Sohnes mit einer spanischen Infantin wissen wolle, bevor nicht die Sache aufgehört habe, eine politische Frage zu sein; dieser Augenblick sei gekommen, sobald die Königin Isabella geheiratet und Kinder habe.[3]) Die Folge davon war eine Erkaltung der französisch-englischen Beziehungen, eine Annäherung Louis Philipps an Österreich und ein Segeln in dessen reaktionärer Politik, das ihn in eine schiefe Lage zu seinem eignen Lande brachte und in einen Gegensatz zu dem Prinzipe, mit dessen Hilfe er auf den Thron gelangt, hineintrieb.

Das Gleichgewicht des damaligen Europas war gefährdet, wenn es zu einem festen Zusammenschlusse Frankreichs mit den drei Ostmächten kam.

Die Folgen des Abschwenkens Frankreichs „in die Bahnen des alten reaktionären Europas“[4]) machten sich alsbald in der Politik bemerkbar, zuerst bei Gelegenheit der schon 1835 beschlossenen, aber erst 1846 vollzogenen Einverleibung des Freistaates Krakau in die österreichische Monarchie.

Diese Quadrupelallianz, die sich dann ungehindert gegen alle konstitutionellen Bestrebungen, sowohl in diesen Ländern als auch im südlichen Europa hätte wenden können, bedeutete aber für England eine ernste Gefahr.[4])

In seinem Interesse lag es, nie ganz ohne kontinentale Bundesgenossenschaft zu bleiben.[4]) In den großen europäischen Krisen seit der Reformation, die durch die Jahreszahlen 1588,

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 158—176; Th. Martin Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 341—374; Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 412—468.

[2]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 412; L. v. Ranke Bd. 49/50 der sämtl. Werke S. 434/35.

[3]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 303.

[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 191.

1688, 1756 und 1815 ungefähr bezeichnet sind, hatte England im Kampfe um protestantische Geistesfreiheit, im Kampfe des Germanentums gegen romanischen Katholizismus immer einen solchen kontinentalen Bundesgenossen gehabt. Zuerst während des Kampfes gegen Philipp II. Damals versah Holland diesen Dienst;[1]) in den folgenden Krisen gegen Frankreich, das Spaniens Erbschaft angetreten, war es Sieger geblieben, immer im Bunde mit dem augenblicklichen Feinde seines Feindes.[2]) Auch jetzt suchte es wieder einen Bundesgenossen auf dem Kontinente, versuchte es, Preußen, dessen König im allgemeinen England freundlich gesinnt und dem Hofe in enger Freundschaft verbunden war, von dem drohenden Vierbunde wegzuziehen. Es geschah dies jetzt durch den Prinzen Albert.[3]) Die englische Regierung mußte, wollte sie sich mit Preußen verbinden, darauf sehen, daß dieser Staat konstitutionelle Einrichtungen einführte, ein Bündnis mit einem absolut regierten Staate wäre jedenfalls in England in höchstem Maße unpopulär gewesen. Großbritannien war ein parlamentarisch regierter Staat, der Minister des Auswärtigen durfte sich deshalb nicht in Opposition zur Majorität des Parlaments setzen, seine Losung mußte sein: Konstitution überall![4]) seine Grundmaxime: „Englands politischen Einfluß nach außen niemals zur Unterdrückung der Regierten durch die Regierer zu verwenden“.[5]) Palmerston unterstützte deshalb alle liberalen und radikalen Oppositionsparteien in den kontinentalen Staaten.[6]) Verbunden mit diesem Zweck, den König zu drängen, „endlich die Bahnen der heiligen Allianz zu verlassen[7]) und den modernen Staatsgedanken Raum zu geben“, befriedigte der Prinz in diesem Zeitpunkte zugleich sein Bedürfnis, die Stellungnahme und Ansicht des englischen Hofes und der Regierung in der Krakauer Frage, die für ihn von prinzipieller Bedeutung war, Preußen gegenüber ausdrücklich zur Geltung zu bringen.

Er erledigte dies in seinem Briefe an König Friedrich Wilhelm IV. vom 21. Dezember 1846.[8])

Krakau war 1815 zu einem Freistaat erhoben und unter den Schutz Preußens, Rußlands, Österreichs gestellt worden. Es

---

[1]) E. Marcks, Die Einheitlichkeit der englischen Auslandspolitik von 1500 bis zur Gegenwart S. 11.

[2]) Ebenda S. 14, 28.

[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 191.

[4]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 579.

[5]) Ebenda S. 577.

[6]) Ebenda S. 579.

[7]) Ernst II. S. 145.

[8]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, Deutsche Ausg. Bd. 2 Appendix A S. 583—593.

war somit das einzige Gebiet des einstigen Königreichs Polen, das noch nicht unter die drei Mächte aufgeteilt worden war und nunmehr naturgemäß zum Herd der großpolnischen Propaganda wurde. Es lag daher im dringendsten Interesse der Schutzmächte, diese Quelle ewiger Unruhen zu unterdrücken. Schon 1836 war das Gebiet einmal wegen Begünstigung der polnischen Revolutionäre von den drei Mächten besetzt worden. Dem Kabinett von St. James war die Nachricht hiervon nicht übermittelt worden, was im englischen Parlament großen Sturm erregte. Schon damals erklärte Palmerston das Vorgehen der Ostmächte als Vertragsverletzung. Thiers, der damalige französische Minister, hatte dagegen nicht protestiert, „hatte doch der kleine polnische Freistaat durch Verletzung des Vertragsartikels, welcher ihm verbot, den von den Gerichten verfolgten Untertanen anderer Staaten Aufnahme zu gewähren, die Verletzung jenes anderen Vertragsartikels herbeigeführt, welcher die Unverletzlichkeit seines Gebietes feststellte und jede Besetzung durch fremde Truppen unter welchem Vorwand auch immer untersagte".[1]) Mit Zustimmung Preußens und Rußlands verleibte daher Metternich, der schon längst auf eine günstige Gelegenheit gewartet,[2]) im November 1846 die Stadt der Donaumonarchie ein.

Dies war ohne vorherige Mitteilung an die beiden Westmächte geschehen; ein am 11. November 1846 erlassenes Edikt erklärte einfach die Bestimmungen des Wiener Vertrags als zurückgenommen. Palmerston sprach nun seine Meinung dahin aus, „daß wenn die Wiener Verträge an der Weichsel nicht mehr gültig seien, sie auch am Rhein und am Po ungültig werden könnten".[3])

Der englische Minister hatte in dieser Angelegenheit die Königin und den Prinzen Albert ganz auf seiner Seite.[4])

Der Brief des Prinzen vom 21. Dezember 1846 ist ein glänzendes Beispiel für sein scharfes, fast spitzfindiges Denken. Stockmar erwähnt ihn an mehreren Stellen und legt ihm das größte Gewicht bei. Es scheint sich in ihm der Gedankeninhalt alles dessen, was Prinz Albert seit Beginn des Briefwechsels

---

[1]) K. Hillebrand, Geschichte Frankreichs Bd. 1 S. 606.

[2]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 381, 382 Anm. 2.

[3]) Th. Martin Bd. 1 S. 380 ff.

[4]) The letters of Queen Victoria, a selection from Her Majesty's correspondence between the years 1837 and 1861. Published by authorithy of His Majesty the King: Queen Victoria to Viscount Palmerston, 14th Dec. 1846, Bd. 2.

mit Friedrich Wilhelm IV. diesem bis zum gegenwärtigen Augenblick über den Zustand Deutschlands und seine Beziehungen zu England in anderen, noch unveröffentlichten Briefen gesagt hatte, niedergeschlagen und konzentriert zu haben.[1]) Der Prinz hat, wie er in den einleitenden Worten selbst gesteht, die Feder aus Liebe zu seinem Vaterlande ergriffen und spricht sich dem Könige gegenüber rückhaltlos, zuweilen fast in etwas starken Ausdrücken aus.

Der Gedankengang des Briefes ist folgender: Der Prinz bedauert den zunehmenden Verfall des Staatengebäudes, wie es bis zum 1. September dieses Jahres bestanden hat und das durch die jüngste französische Politik schwer in seinen Grundfesten erschüttert worden ist. Doch ist er der Überzeugung, daß die treulose Politik Frankreichs bei weitem kein so schwerer Schlag ist wie die willkürliche Vernichtung der Republik Krakau, die einem Bruch des öffentlichen Rechts in Europa gleichzusetzen ist und deshalb die auf ihm ruhende allgemeine Ordnung schwer gefährdet.

Wenn er recht unterrichtet sei, so habe der König an dieser Handlung nicht nur keinen aktiven Anteil genommen, sondern abgeraten, sehr lange widerstanden und endlich nur einem übermächtigen äußeren Drucke „aus kindlicher Achtung gegen früher übernommene Verpflichtungen und aus überlegter Betrachtung der Gefahr, welche für Preußen durch eine plötzliche Trennung von einer seit mehr als 30 Jahren bestehenden Allianz entstehen könnte“, nachgegeben.[2]) Aus diesem Grunde, unter Annahme, daß das eben Gesagte vollkommen wahr sei, halte er es auch für gerechtfertigt, ihm sowohl seine persönliche als auch die wahre Meinung Englands zur Kenntnis zu bringen, „deren Richtigkeit in Frage zu stellen, er wohl genug politisch-praktische Gründe haben möge“.

Nach Feststellung der Tatsache, daß die Einverleibung Krakaus eine Verletzung eines allgemeinen Vertrags, nämlich der Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815 sei, „deren Stipulationen ohne Zuziehung der übrigen Kontrahenten zu verändern die drei Mächte nicht das geringste Recht hatten“, entwickelt er in sechs weiteren Punkten die Wirkungen dieses Rechtsbruches auf Europa sowohl in politischer als auch moralischer Hinsicht.

Auf dem verletzten Vertrage beruht das heutige europäische Völkerrecht; Österreich, Preußen, Bayern, Sardinien, Schweden und andere Staaten haben Rechtstitel für gewisse Länderteile

---

[1]) Th. Martin Deutsche Ausg. Bd. 2 S. 20, 54.
[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 583, 584.

ihres Gebiets nur nach diesem Vertrag; durch die Verletzung werden auch die Rechtstitel vernichtet, es steht ihnen daher ein rechtmäßiger Besitz auf diese Länderteile, die sie jetzt nur mit ihrer materiellen Macht behaupten, nicht mehr zu. Ein völliges Ausschalten der Moral, d. h. „die Verwirklichung solcher Maximen", würde eine Verwirrung und Verkennung aller Rechtsbegriffe und Gefühle verursachen und die gegenwärtig bestehende Ordnung der Staaten unter sich aufheben. Dieser Gewaltsschritt der drei Mächte ist ein ganz unnötiger gewesen, da niemand bezweifeln kann, „daß sie ihr Recht gegen Krakau auch auf legalem Wege, in Einverständnis und Zustimmung mit den übrigen Kontrahenten erlangt haben würden".

Der von ihnen gewählte Zeitpunkt einer ernsten Spannung zwischen Frankreich und England kompromittiert ihre eigene Würde und verdächtigt ihr Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der eigenen Handlung.

Es mußte ein eigentümliches Licht auf die Machtstellung der drei Staaten im Innern werfen, wenn sie erklärten, „daß Krakau ‚n'était qu'un atome dans le monde', daß aber das Fortbestehen dieser Stadt als independenter Staat, ôtait à la Russie, la Prusse et l'Autriche toute garantie de sécurité et stabilité politique". „Ich hätte mich lieber lebendig begraben lassen, als eine solche Erklärung abzugeben", so schließt der Prinz einen Brief an die verwitwete Herzogin von Koburg, dem die vorangehenden Worte entnommen sind.[2])

Im weiteren Verlaufe des Briefes an den König vom 21. Dezember kennzeichnet der Prinz, „ganz abgesehen davon, wer in dieser Frage das Recht klarer zu erkennen meinen möge", die Macht und das große moralische Gewicht der öffentlichen Meinung Englands in ihrer schwerwiegenden Bedeutung, „welche unter allen Umständen und in allen Ländern die überlegteste Rücksicht verdiene".

Er glaubt nicht, daß der König bei seiner edlen Gesinnung der Meinung sei, daß sich der Rechtssinn und das Gefühl eines so tüchtigen Volkes, wie es die Engländer seien, in einer derartigen, der ganzen zivilisierten Welt naheliegenden Frage so gänzlich verirrt haben könne. Er hoffe im Gegenteil, daß er die Bedeutung dieser öffentlichen Meinung für ganz Europa zugestehen und sich nicht der täuschenden Meinung hingeben werde, sie existiere, ohne lebendig zu wirken und ohne durch ihre innere Wahrheit einen mächtigen Einfluß auf die politischen

---

[1]) Th. Martin Bd. 1 S. 381, 382: Prinz Albert v. 26. 11. 1846.

Zustände und Verhältnisse aller Staaten auszuüben.[1]) Diese entschiedene Meinung Englands über Krakaus Vernichtung wird nun, wie Prinz Albert weiter folgert, verursachen, daß England „für jetzt und vielleicht für lange Zeit sich gezwungen fühlen muß, allein zu stehen, zu wählen, zu entscheiden, zu handeln". Er sieht in dieser Isolierung keine Gefahr für die selbständige Existenz Englands; allerdings werde es trotz seiner politischen Absonderung, da es doch ein Teil des Ganzen sei, auch die Leiden desselben fühlen müssen. Aber derselbe Geist, der England in vergangenen Jahrhunderten groß gemacht habe, werde es auch über diese Krise glücklich hinweghelfen.

Hierauf kommt er auf Deutschland und den übrigen Kontinent zu sprechen, deren Geschick ihn beunruhigt. Er glaubt, daß es bei einem vorwiegenden Einfluß Rußlands auf der einen oder Frankreichs auf der anderen Seite für Preußen, Österreich und Deutschland keine selbständige innere und äußere Politik mehr geben wird, und ist überzeugt, daß angesichts der Politik Rußlands in der Krakauer und Frankreichs in Angelegenheit der spanischen Heiraten keine „beruhigenden Gründe gegen die Wahrscheinlichkeit gewonnen werden können, daß jene Mächte jede Gelegenheit benutzen werden, eine den übrigen Mächten nachteilige Separatpolitik zu verfolgen".

Sein und seiner Gattin größter Schmerz sei daher jetzt, daß die Hoffnung auf eine aufrichtige und enge Verbindung Englands mit Deutschland und seinen beiden Großmächten, welche alle ehrlichen und aufrichtigen Staatsmänner Englands bisher als die wahre Hilfe gegen die Gefahren solcher Konjekturen angesehen hätten, jetzt von Preußen und Österreich selbst vernichtet worden sei.

Die Erwiderung, daß Deutschland selbst stark genug sei, um sich zu verteidigen, kann ihn nicht beruhigen.[2]) Frankreich wird mit heimlicher Freude die Lockerung der Verträge, deren Geist beabsichtigte, vorzugsweise dieses Land zu binden, begrüßen. Nun, da Louis Philipp die Entente cordiale, „deren Aufgabe im eigentlichsten Sinne die war, Frankreich auf freundlichem und friedlichem Wege zur Erfüllung seiner vertragsmäßigen Pflichten gegen Europa anzuhalten", in mutwilligster Weise gesprengt hat, werden die französischen Minister in der Krakauer Angelegenheit einen Vorwand suchen, um Deutschland einen Krieg aufzuzwingen. Nehme man nun an, daß Deutschland materiell und numerisch sehr stark sei, so zweifle er doch an einem erfolg-

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 585, 586.
[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 587.

reichen Kampf, da den Völkern, wenigstens denen Preußens und Deutschlands, bei einem Kriege, geführt zur Verteidigung der Politik, welche zur Einverleibung Krakaus führte, die kräftigste aller Stützen, „der Glaube der Völker an die Gerechtigkeit der Sache", fehlen werde. „Wenn sie auch im Anfange willig ihre Hände hergeben würden, so würden doch ihre Herzen versagen und im Laufe des Kampfes der zwingenden Kraft des großen moralischen Gesetzes, das diese Welt regiere, mehr gehorchen als ihren Regierungen."[1]) Denn der Gedanke, daß die europäischen Regierungen unserer Zeit verpflichtet seien, die Geschicke ihrer Völker nur nach Grundsätzen wahrer Gesetzmäßigkeit zu leiten, sei tief in das Bewußtsein aller Völker Europas, in das eine weniger als in das andere, eingedrungen.

Am meisten aber lag dem Prinzen wohl die Aufgabe am Herzen, Friedrich Wilhelm IV., wie auch Ernst II. mitteilt,[2]) zu bewegen, die Bahnen der heiligen Allianz zu verlassen. Diesem Gegenstand sind die folgenden Zeilen bis zum Schluß des Briefes gewidmet.

Er erörtert zuerst die Ursachen dieser Allianz und erkennt sie im Drang des allgemeinen und tiefen Elends mit seinen inneren und äußeren Notwendigkeiten. Dieser Bund ist, wie er sagt, aus Elementen verschiedener Art zusammengesetzt. Gleichartig sind nur die materiellen Kräfte und die Absicht und der Wille der Regierungen, diese zu einem gemeinschaftlichen und gleichartigen Zweck zu verwenden, nämlich Europa von äußerer Sklaverei zu befreien. Indessen aber trug dieser Bund den Keim der Zersetzung in sich, er umfaßte den geistigen und kulturellen Unterschied zwischen den einzelnen beim Bunde beteiligten Völkern. Solange nun der gleichartige Zweck verfolgt wurde, wirkten nur die gleichartigen, materiellen Kräfte. Die Wirkungen jenes inneren Widerspruchs konnten sich nicht äußern, sie unterlagen der Wucht des Befreiungsgedankens, das fremde Joch abzuschütteln.

Sobald der gemeinschaftliche Feind bezwungen, war der Zweck des Bundes erreicht. Nur die Furcht vor zukünftigen Gefahren, vor dem in seine Grenzen zurückverwiesenen Frankreich, vor den fortschrittlichen Ideen, die dort die Revolution erzeugt, die Furcht der Legitimität vor dem Prinzipe der Nationalsouveränität, vor dem drohenden Liberalismus und zugleich Radikalismus, konnte eine Allianz aufrechterhalten, aus deren Körper das Wesentliche, das zur Allianz führte, entfloh und nur die

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 588.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 145.

starre äußere Form zurückließ. Der Gegenstand des Bundes lag von nun an nur noch in Befürchtungen hervorbringenden Auffassungen, „die teils absichtlich, teils irrtümlich von den Staatsmännern der Zeit vergrößert wurden".

Der Bund wurde auch jetzt noch von den leitenden Persönlichkeiten als lebendig betrachtet, darunter litt aber das andere Element, das er mit einschloß, die individuelle Eigenart der beteiligten Völker, auf deren Bedürfnisse aber nicht geachtet wurde. Sie verlangte nun ihre berechtigte Pflege, da aber immer noch die solidarische Politik der Regierungen nach außen bestand, die den ungleichen geistigen Bedürfnissen der Völker nicht Rechnung trug und die alten Zustände erhalten wissen wollte, so war der innere Widerspruch zum Leben gelangt.

Trotz dieser Einseitigkeit des Verfahrens gingen nun keineswegs nur schädliche Folgen daraus hervor: die heilige Allianz bildete einen starken Wall gegen die neuerungs- und zerstörungssüchtigen Fluten eines maßlosen Radikalismus.

Trotz allem ist es aber zu bedauern, daß das Einzelleben der Staaten bei allem Guten auf der anderen Seite, in seiner organischen Entwicklung gehemmt wurde; „die solidarische Politik der drei Mächte seit dem Frieden hemmte vorzüglich die gesunde Entwicklung deutscher und preußischer Kraft auf das nachteiligste".

Die Enge und Starrheit der Maxime, auf welcher dieser Bund beruhe, könne unmöglich dem wachsenden und stürmischen Zeitgeist und seinen Forderungen gerecht werden. Wenn man auch das Interesse Rußlands, an diesem Bunde festzuhalten, einmal anerkennen wolle, so liege dies doch sicherlich nicht in dem Preußens und Österreichs, deren innere und äußere Politik durch den unveränderten Fortbestand des Bundes verfälscht werde. Preußen und Österreich könnten auch ohne ihn gute Nachbarn Rußlands sein, letzteres würde dann weniger Mittel haben, beide Länder für seine egoistischen Zwecke auszubeuten. Besonders für Österreich liege große Gefahr im Festhalten an dem Bunde. Es brauche aus Furcht vor Frankreich und dem Liberalismus gegen dieses Land und seine Propaganda einen Popanz, womit es drohen könne, und einen mächtigen Beistand in wirklicher Gefahr.[1]) Durch diese Politik Österreichs könne es geschehen, daß es sich in Abhängigkeit zu Rußland begebe.

Preußen aber leidet in diesem Bunde am meisten, „es wird gezwungen, sich dem kolossalen Drucke einer echt russischen Politik auf der einen Seite, auf der anderen dem irreführenden

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 591.

Einflusse der vielköpfigen österreichischen Staatskunst hinzugeben. Dieses Verhältnis hat ferner verhindert, daß es Europa gegenüber eine richtige Stellung einnahm. Dagegen ist eine engere Verbindung zwischen Preußen und Österreich nicht von der Hand zu weisen, aber auch sie ist nur unter gewissen Bedingungen und für bestimmte Zwecke zu gestatten.

Der Prinz schließt dieses denkwürdige Schriftstück mit den die Lage richtig würdigenden, gleichsam prophetischen Worten, daß, „da in Österreichs Herzen ein so vielfach verschiedenes Blut fließe, es diesem unmöglich sei, ein echt deutsches Gefühl zu hegen, einen echt deutschen Sinn zu pflegen, und deshalb auch nicht sich in echter deutscher Weise am wahren Wohl unseres Vaterlands beteiligen könne".[1])

„Solange er daher sähe, daß die wahren Interessen Preußens und Deutschlands in erster Instanz durch das Bündnis der drei Mächte und in zweiter durch die undeutsche Vormundschaft des Wiener Kabinetts vertreten würden, solange müsse er für das gegenwärtige und zukünftige Wohl Preußens und Deutschlands fürchten und sähe darin eine Vermehrung der bereits vorhandenen Verwicklungen in der allgemeinen europäischen Politik."

Bei der Beurteilung dieses Briefes ist zuerst festzustellen, daß Prinz Albert mit einer gewissen Berechtigung, wenn auch geschichtliche Tatsachen und Gründe der praktischen Politik gegen seine Auffassung sprachen, „gegen die gewaltsame Vernichtung eines allgemein anerkannten europäischen Staates" protestieren konnte.[2])

Seine sich an diesen Fall anschließenden Ausführungen werfen ein interessantes Licht auf seine Auffassung über Politik im allgemeinen und über die in ihr tätigen Gesetze und Kräfte.

Prinz Albert ist der Ansicht, daß auch in der Politik nach moralischen Gesetzen gehandelt werden muß, um überall Gerechtigkeit üben zu können. Er ist von der Tatsache überzeugt, daß sie sich in allen Irrgängen, auf allen Irrwegen staatsmännischen Handelns immer wieder siegreich durchsetzen werden. Man wird bei dieser hohen Wertschätzung der Ethik durch den Prinzen unwillkürlich an einen seiner Aussprüche erinnert, dessen er sich in einem Briefe an Baron Stockmar gegen Ende des Jahres 1847 bedient und der lautet:

„Glücklich der, welcher an seinem Abende sich sagen kann, daß die göttlichen Gesetze der Moral und Logik die Richtschnur

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 592.

[2]) H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 551 554, 555—558.

seiner Handlungen waren; sollten sie auch nur wenige Früchte getragen haben, so können diese Früchte doch nur gute sein".[1])

In diesem Sinne spricht er auch von einer unsittlichen Politik.[2])

Diese Gesetzmäßigkeit ist es, nach welcher die europäischen Regierungen verpflichtet sind die Völker zu leiten.[3]) Dieser Gedanke ist tief in das Bewußtsein der Völker eingegraben; sie werden daher auf die Dauer ihre Kraft nicht zur Verfolgung einer gesetz- und naturwidrigen Politik hergeben.

Hier zeigt sich bei ihm der Einfluß des weitgehenden naturwissenschaftlichen Unterrichts, der in seinen Studien einen großen Raum einnahm,[4]) auch die ehemaligen Unterweisungen Quételets, des bedeutenden belgischen Statistikers und Mathematikers, mögen zu diesen Auffassungen des Prinzen beigetragen haben.[5])

Die aufrichtige Vaterlandsliebe des Prinzen erkannte die wahren Ursachen der Zerrissenheit Deutschlands. Gegen die Gefahren einer russischen oder französischen, Preußen und Österreich nachteiligen Separatpolitik hielt er ein Bündnis Deutschlands mit England für nötig. Eine Gesundung Preußens, Deutschlands und auch Österreichs war nach seiner Ansicht nur dadurch zu erreichen, daß die Allianz mit Rußland aufgegeben wurde, vor allem aber mußte Preußen und Deutschland der undeutschen Vormundschaft des Wiener Kabinetts entzogen werden. Als volksfreundlicher, weitblickender Staatsmann und Sozialpolitiker erwies er sich, wenn er aussprach, daß die individuellen Bedürfnisse der Völker „von Gottes und Rechts wegen" ihre besondere Pflege verlangten.

Als Lösung der deutschen Frage will er ein freundschaftliches Verhältnis Preußens und Österreichs zu Rußland, ebenso notwendig erscheint ihm ein engerer Bund zwischen Preußen und Österreich, aber nur unter gewissen Bedingungen und für bestimmte Zwecke, — also Gedanken, die später Bismarck ausführte.

Preußen muß seine Pflichten gegen Deutschland erfüllen und die Führung übernehmen, dies ist der Sinn des Briefes,[6]) dies

---

[1]) Th. Martin Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 465.

[2]) Ebenda Deutsche Ausg. Bd. 2 S. 590; Ernst II. Bd. 2 S. 11: Prinz Albert an Ernst II. v. 18. 1. 1851: ... gegenwärtig ist England schlimmer als nichts, von einem unsittlichen Staatsmann in den äußeren Angelegenheiten geleitet ...

[3]) Th. Martin Bd. 2 S. 588.

[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 19/20.

[5]) Ebenda Bd. 1 S. 63.

[6]) Th. Martin Bd. 2 S. 592.

die Devise, welcher der Prinz in dem hier behandelten Zeitraum, allerdings mit einer einmaligen Änderung seiner Ansicht von kurzer Dauer,[1]) treugeblieben, welche seiner deutschen Politik voranzustellen ist.

§ 2.

Die preußische Verfassungsfrage und die deutsche Einheit vom Dezember 1846 bis September 1847; Auffassungen des Prinzen Albert und Lord Palmerstons über die Führung der auswärtigen Politik.

Diese Lage Europas, wie sie sich Ende des Jahres 1846 und Anfang 1847 darstellte, war somit durch den Bruch der Entente wesentlich verschärft worden. Insofern nun die englische Regierung die oppositionellen Forderungen in allen Ländern Europas unterstützte, die meistens auf Erlangung einer Konstitution, in Italien und Deutschland außerdem auf das Ziel nationaler Einheit hinstrebten, spitzten sich die Dinge immer mehr zu und deuteten auf eine naheliegende gewaltsame Umwälzung. Portugal befand sich in offener Rebellion gegen sein Königshaus, auch in Spanien kehrte keine Ruhe ein, England hatte eine große wirtschaftliche Krise und Irland eine Hungersnot durchzumachen.[2])

Bei dieser für die Zukunft wenig ermutigenden Gesamtlage mochte es daher dem Prinzen Albert als großer Trost, als ein den liberalen Wünschen Europas entgegenkommendes Ereignis erscheinen, als Friedrich Wilhelm IV. durch das Patent vom 3. Februar 1847 den Vereinigten Landtag einberief.

Die Einberufung dieses Landtags war das vorläufige Resultat der Verfassungsbewegung in Preußen, die mit dem Huldigungslandtag zu Königsberg vom 29. August 1840 neu einsetzte. Hier wurden die Stände durch ein feierliches Eröffnungsdekret aufgefordert, zu beraten, „ob und welche Bestätigung etwa noch bestehender Privilegien sie zu erbitten hätten“. Daraufhin beschlossen diese in einem Antrag vom 6. September den König zu bitten, daß er „gemäß der Verordnung Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815 einer zu Berlin zu ernennenden Kommission mit Zuziehung der Provinzialstände die Ausarbeitung einer schriftlichen Urkunde als Verfassung des preußischen Reichs

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 158 (157); Stockmars Denkwürdigkeiten S. 567; Ernst II. Bd. 1 S. 283 oben.

[2]) Th. Martin Bd. 1 S. 402—408.

nach den in besagter Verordnung festgestellten Grundsätzen auftragen und diese Verfassung der preußischen Nation huldreichst verleihen wolle". Der Antrag erregte das freudigste Aufsehen, und die Antwort des Königs vom 9. September wurde günstig ausgelegt. Die Freude aber wurde zunichte gemacht durch die Kabinettsorder vom 4. Oktober, welche der Ansicht entgegentrat, „als ob der König durch den Landtagsabschied seine Zustimmung zu dem in der (von Alfred v. Auerswald ausgearbeiteten) ständischen Denkschrift enthaltenen Antrage auf Entwicklung der Landesverfassung im Sinne der Verordnung vom 22. Mai 1815 ausgesprochen hätte". Schließlich bewilligte der König den Provinziallandtagen, die im nächsten Jahre einberufen wurden, eine beratende, keine beschließende Stimme, zweijährige Periodizität, eine beschränkte Öffentlichkeit und die Bildung von Ausschüssen, die am 18. Oktober 1842 als „Vereinigte Ausschüsse" zusammentraten. War schon vorher die Antwort des Königs und die Kabinettsorder in mehreren Schriften kritisiert worden, so erhob sich jetzt die Kritik um so mehr, da der König 1841 eine ziemlich liberale Instruktion für die Zensoren erlassen hatte. Nach langen Verfassungsberatungen in Kommissionen, die vom Juli 1845 bis März 1846 währten, wurde endlich 1847 der „Vereinigte Landtag" einberufen. Dieser sollte nur zur Bewilligung neuer Steuern, oder bei erforderlicher Erhöhung der bestehenden, oder bei Aufnahme neuer Anleihen, sonst aber nur nach königlichem Ermessen einberufen werden. Die wichtigste Bestimmung für die Bevölkerung lag aber darin, daß den Abgeordneten nur eine beratende Stimme zuerteilt war. Die in dem Patent vom 3. Februar ausgesprochenen Bestimmungen befriedigten in keiner Weise. Die allgemeine Mißstimmung war so groß, daß selbst liberale Gesetze, wie die Erweiterung der Öffentlichkeit bei strafrechtlichen Verhandlungen, das Interesse der Bevölkerung nur in geringem Maße erregten.

Am 11. April 1847 wurde dann in Berlin der Vereinigte Landtag durch den König mit einer der bekannten, schwungvollen, aus dem Stegreif gehaltenen Reden eröffnet, in welcher Friedrich Wilhelm die Gedanken des Patents wiederholte und sich auf den Boden der Provinzialstände stellte.

Diese Rede, die als die letzte große Manifestation des mit dem Ständewesen verbundenen Königtums gelten kann und die die Summe der Ideen Friedrich Wilhelms hinsichtlich seiner Auffassung von der Stellung des Königs zum Staat und der Fortentwicklung der ständischen Institutionen wiedergibt,[1]) gab

[1]) Ranke, Sämtliche Werke Bd. 49/50 S. 423/24.

dem Prinzen Albert die Veranlassung, seine Ansichten hierüber und den Eindruck, den sie auf ihn gemacht, in zwei Briefen an seinen politischen Lehrmeister, Baron Stockmar, vom 15. und 17. April 1847, niederzulegen.[1])

In dem ersten schreibt er, daß er die Rede des Königs, zumal noch in einer schlechten, wörtlichen Übersetzung, nur mit Schrecken habe lesen können. Er unterscheidet zwischen dem Eindruck, den die Rede auf Verehrer des Königs, die ihn kennen und lieben, und dem, welchen sie auf ein kaltes, kritisierendes Publikum, das sich in ganz anderen Anschauungen und Gefühlen bewege und sich sein Ziel in ganz anderen Formen darstelle, gemacht habe. Die ersten werden in jedem seiner Worte seine Gefühle und Ansichten wiedererkannt haben und werden ihm für seine Freimütigkeit dankbar sein. Stelle man sich aber auf den Standpunkt des letzteren, so könne man keinen guten Eindruck prophezeien.

Daß dies in der Tat der Fall war, ist ein Zeichen dafür, wie gut der Prinz, begünstigt von seiner kühlen, objektiven Art, die Dinge zu sehen, die Stimmung in Deutschland und Preußen beurteilte. Hatten schon die Bestimmungen des Patents keinen guten Eindruck gemacht, so wirkten sie, hier wiederholt, auf viele gar nicht ein, bei den meisten verursachten sie Verstimmung und forderten in verstärktem Maße die Kritik der öffentlichen Meinung heraus.

Am wenigsten aber billigte der Prinz die öffentlichen Ansprachen des Königs aus dem Stegreife. Er, der nur nach sorgfältigster Vorbereitung öffentlich sprach, da er meinte, seinen Hörern nur das Beste bieten zu dürfen, und sich der hohen Verantwortung ihnen gegenüber bewußt war, mußte sich hierin in starkem Gegensatze zu ihm befinden, der es liebte, zu improvisieren und in umfangreicher, geistreicher Rede, die zwar zu Herzen drang, aber den Verstand unbefriedigt ließ, die schwierigsten Punkte in allgemeinen Sätzen Knall und Fall abzutun, dann aber auch gewöhnlich anders verstanden wurde, als er gemeint.

Der Tadel über die Sprechweise des Königs erweiterte sich noch in dem Briefe des Prinzen vom 17. April: Der König lasse sich von Gleichnissen verführen, die oft die wahre Lage der Dinge gar nicht wiedergäben und die er nur so weit ausführe, soweit sie ihm paßten. Er lege als Beweggründe seiner Handlungen subjektive Gefühle und Ansichten unter, die auch allen anderen

---

[1]) Th. Martin Bd. 1 S. 409/10.

heilig und teuer sein sollten;[1]) dahin gehörten auch die Pietätsgefühle gegen den verstorbenen König und die aus gewissen Studien und Gedanken für ihn entsprungenen Lieblingsmaximen. „Das sei aber eine subjektive Brandenburgische, Hohenzollernsche, Friedrich Wilhelmsche Ansicht . . .“

Indessen kam der Prinz in diesem Briefe doch zu dem Schlusse, daß seit Dezember 1846 die deutschen Verhältnisse auf jeden Fall besser geworden seien. Rußland plane vor der Hand kein weiteres Attentat auf die Nationalität Polens, und Preußen sei durch den Eintritt ins konstitutionelle Leben dem solidarischen Bündnis der nordischen Mächte entrückt; wenn auch Friedrich Wilhelm den Bund aufrechterhalten wolle, so würde er bald einsehen, daß die beiden anderen ihn nicht mehr haben möchten.

Prinz Albert überschätzte damit wohl die Bedeutung des von Friedrich Wilhelm IV. gemachten Schrittes. Zwar war das Mißtrauen Rußlands und Österreichs Preußen gegenüber wachgerufen worden,[2]) allein es war dem König doch gelungen, gleich nach dem Falle Krakaus im November 1846 mit Rußland und Österreich ein Abkommen zu treffen zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich gemeinschaftlich gegen die Reformbewegung in Europa zu wenden.[3])

Friedrich Wilhelm war mit dem Entschlusse, an der Legitimität festzuhalten, indessen doch zu der Einsicht gelangt, von der ihm zustehenden unumschränkten Gewalt einen Teil aufzugeben. Aber er hatte keine Konstitution, die ein modernes Parlament in sich schloß und das Ziel des Liberalismus war, im Sinne, eine solche haßte er als revolutionäres Gebilde. Nimmermehr wollte er zugeben, wie die berühmten Worte in der Eröffnungsrede vom 11. April 1847 lauten, „daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindrängte“, er wollte den Repräsentativverfassungen eine andere von ständischer Natur zur Seite stellen. Aber damit, daß er die Provinzialstände zu einem Vereinigten Landtag nach Berlin einberief, war es ihm, der mächtigen Wirkung der liberalen Ideen zufolge, nicht nur unmöglich gemacht, wieder in das absolute System zurückzufallen, sondern er konnte nicht einmal die Mittelstellung seiner eigenen Schöpfung, eben dieses Vereinigten Landtags, zwischen den Extremen behaupten.

---

[1]) v. Ranke, S. W. Bd. 49/50 S. 425.
[2]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 137.
[3]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert Bd. 2 S. 52/53.

Er hätte zwar, da er absoluter Herrscher war, diese Einrichtung wieder rückgängig machen können, aber der Zeitgeist, der bald darauf in der französischen Februarrevolution zum Siege geführt wurde, trieb auch ihn zum Weiterschreiten auf der einmal eingeschlagenen Bahn vorwärts, so daß er im März 1848 dem Vereinigten Landtag die vierjährige Periodizität übertrug, die ursprünglich nur den „Vereinigten Ausschüssen" zukam. Die mächtig gesteigerte Agitation, die Macht, die in der öffentlichen Kritik einer solchen Versammlung an und für sich lag, konnte nur zu Reichsständen, zu einem mit voller Legislative und Exekutive ausgestatteten Parlament führen;[1]) nur ein ganz starker, zielbewußter Wille, der Friedrich Wilhelm IV. nicht zu eigen war, hätte seine eigne Schöpfung, trotz der liberalen Ideen, vielleicht weiterentwickeln können.[2])

In diesem Punkte hatte Metternich größeren Scharfsinn bewiesen als der König. Er hatte, als der König sich mit ihm über seine Absicht, die Provinzialstände zu einer vereinigten Versammlung nach Berlin zu berufen, unterredete, die Ansicht ausgesprochen, daß sie als Provinzialstände kommen und als Reichsstände gehen würden.

In der Thronrede vom 11. April hatte der König unter anderem auch die Ansicht verlauten lassen, daß die große Neuerung, zu der er sich entschlossen habe, eine günstige Rückwirkung auf die allgemeinen deutschen Angelegenheiten ausüben werde.[3])

Die Auffassungen über die deutsche Politik des Königs vom Tage seiner Thronbesteigung an bis zu den Tagen der Berliner Märzrevolution vom Jahre 1848 sind sehr verschiedene und zum Teil sich direkt widersprechende, so diejenigen Rachfahls und Meineckes. Im besonderen hat sich noch eine Kontroverse erhoben über eines der wichtigsten Zeugnisse für die Politik Friedrich Wilhelms IV. im Vormärz, über die von Radowitz, dem Leiter der späteren Unionspolitik Preußens, verfaßte „Denkschrift über die vom Deutschen Bunde zu ergreifenden Maßregeln", datiert vom 20. November 1847.[4]) Es handelt sich bei der Beurteilung der deutschen Politik des Königs in dieser Zeit vorzugsweise und in erster Linie um folgende Fragen: Wie verhielt sich Friedrich Wilhelm IV. zu der Einheitsbewegung und den damit eng verbundenen konstitutionellen Bestrebungen? Welche Stellung nahm er seit 1840 Österreich gegenüber ein? Aus welchen Ursachen

---

[1]) v. Ranke, S. W. Bd. 49/50 S. 424.
[2]) vgl. hierzu v. Rankes Ansicht Bd. 49/50 S. 426.
[3]) Ebenda S. 427.
[4]) Radowitz, Ges. Schriften Bd. 3 S. 314ff.

heraus ist sein Verhalten diesen wichtigen Zeitfragen gegenüber zu erklären?

Friedrich Wilhelm IV. brachte im Gegensatz zu seinem Vater, der sich sowohl in der deutschen wie auch in der Verfassungsfrage schroff abwehrend verhalten hatte, diesen beiden Bewegungen gewisse Sympathien entgegen. Diese waren freilich frei von jeder Beimischung mit den modernen, aus dem Aufklärungszeitalter überkommenen politischen Ideen, sie wurzelten in der Romantik.[1]) „Ebenso entfernt wie vom starren Altpreußentum seines Vaters war der neue König von dessen unbedingtem Absolutismus.[2]) Sein Herz war erfüllt von dem Gedanken der „teutschen Freiheit", wie er sie meinte. Nimmermehr glaubte er, der in sich das stolze Gefühl des Gottesgnadentums trug, sich der in Westeuropa ausgebildeten konstitutionellen Doktrin, welche in der im parlamentarischen System ihre praktische Anwendung findenden Lehre von der Volkssouveränität gipfelte, unterwerfen zu dürfen.[2]) Diese teutsche Freiheit, die ihm als Ideal vorschwebte, stand nun keineswegs wie die konstitutionelle Doktrin im Gegensatz zur Krone, sondern war, wie es ihm dünkte, unzertrennlich mit dieser ihrem Wesen nach verbunden". Auch mit dieser Ansicht bewegte er sich auf dem Boden der Romantik.[3]) Er wollte seinem Staate zwar eine Verfassung schenken, aber nicht eine, die auf dem Grunde der politischen Lehren des Aufklärungszeitalters beruhte, sondern er ging auf die Vergangenheit zurück, „das alte, wie er meinte, spezifisch-deutsche Ständewesen wollte er benutzen, um durch seine den Zeitbedürfnissen entsprechende Fortbildung eine neue und ganz eigenartige Form des deutschen Verfassungslebens zu begründen". Man hegte die Einbildung, etwas gang Eigentümliches schaffen zu können, was man deutsch und historisch nennen will, und meinte alles vermeiden zu müssen, was an die politischen Erzeugnisse des Auslands erinnern könnte.[3])

Friedrich Wilhelm IV. ging von der Ansicht aus, daß Ständetum und Volkssouveränität sich ausschlössen, und glaubte, daß nur von der letzteren Seite her dem Königtume ein Verlust seiner Autorität im Staatswesen drohe.[4]) Sein Vorgehen in der preußischen Verfassungsfrage ist oben dargelegt worden. Hand in Hand mit diesen Verfassungsbestrebungen in Preußen gingen die, welche auf eine Reform des Deutschen Bundes, auf die

---

[1]) Rachfahl: Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution S. 16.
[2]) Ebenda S. 17.
[3]) Ebenda S. 18.
[4]) Ebenda S. 21.

Errichtung des deutschen Einheitsstaates und der Aufstellung einer Reichsverfassung hinausliefen. Auch hier griff der preußische König alsbald nach seiner Thronbesteigung tätig ein. Sein Berater darin wurde der obenerwähnte General v. Radowitz. Die Verhandlungen mit Metternich in den Jahren 1840 und 1845 über eine Reform des Deutschen Bundes blieben fast ganz ergebnislos.[1]) Ein fruchtbares Resultat wurde 1845 wiederum nicht erzielt. Bestimmte Zusagen, so berichtet v. Radowitz, wurden nicht erlangt und den allgemeinen Verabredungen in Wien keine Folge gegeben. Diese Erfahrungen mußten immer mehr zu der Überzeugung hinführen, daß es unmöglich sei, auf dem Wege des bloßen diplomatischen Verkehrs zu irgend etwas Gedeihlichem zu gelangen. Daß man in dem Geiste der Nation selbst den mächtigsten Verbündeten aufzusuchen habe, dieses wurde im Schlosse von Berlin immer deutlicher erkannt.[2]) Mannigfaltige Anregungen, welche in dieser Richtung hin den König mit fortreißen sollten, machten sich in den nächsten Jahren bemerkbar, so in den an anderer Stelle behandelten Denkschriften des Prinzen Albert und des Fürsten Leiningen über die deutsche Frage und in der erwähnten Denkschrift des Generals v. Radowitz, sämtlich vom Jahre 1847.

Über die Konsequenzen, die sich aus letzterer ergaben, besteht, wie schon gesagt, eine große Meinungsverschiedenheit.

Nach Rachfahl soll die Haltung des Königs vor und in der Märzrevolution als Glied in der Kette seiner deutschen Politik verstanden werden.[3]) Das höchste Bestreben des Königs sei gewesen, Preußen zur Zentralautorität im Bunde mit Ausschluß Österreichs zu erheben. Dieses Streben sei hervorgerufen worden durch die Einsicht, daß der preußische Staat kein vollgültiges Mitglied der europäischen Pentarchie sein könne, ohne das außerösterreichische Deutschland mit in die Wagschale legen zu können.[4])

In den Gedankengängen Friedrich Wilhelms IV. sei also ein Vorwiegen des preußischen Interesses festzustellen. Deshalb habe der König eben in jenen Tagen (November 1847) dem Reformplane des Generals zugestimmt, der im letzten Grunde auf eine langsame aber um so sicherere Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland zugeschnitten gewesen sei.[5]) Bewußt gewollt sei dieses Endziel ja „vielleicht“ noch nicht gewesen, aber es sei die notwendige Konsequenz gewesen.[5])

---

[1]) Rachfahl S. 29.
[2]) Ebenda S. 33.
[3]) Meinecke, Friedrich Wilhelm IV. und Deutschland, in der Hist. Zeitschr. Bd. 89 S. 18.
[4]) Rachfahl S. 28.
[5]) Rachfahl S. 36; Meinecke S. 29.

Im Gegensatz zu dieser Ansicht Rachfahls behauptet nun Meinecke,[1]) daß bei dem König das deutsche Ideal vorgeherrscht habe. Dies gehe z. B. hervor aus den von Rachfahl übersehenen Äußerungen Friedrich Wilhelms IV. zu Lord Aberdeen im Herbste 1845. Der König eröffnete damals diesem: „Die Einigkeit und Stärke Deutschlands sei der Mittelpunkt seiner Politik. Damit sei gesagt, daß Österreich und Preußen innig verbunden sein müßten. Deutschland als ein Ganzes stark zu machen und zu erhalten, sei von höchster Wichtigkeit für die preußische wie die gesamte europäische Politik.[2]) Leider müßte er sich seit 1842 über Österreichs Saumseligkeit beklagen, und er sei entschlossen, falls Österreich nicht bald die Sache angreife, selbst die Initiative zu ergreifen". Meinecke erkennt im Gegenteil aus der Denkschrift vom 20. November 1847 den Primat des nationalethischen vor dem preußischen Gedanken, des Ideals vor dem Interesse;[3]) Preußen werde wohl, wenn Österreich bei einer Reform der deutschen Bundesverhältnisse versage, diese Reform in die Hand nehmen, wenn diese vollbracht sei, aber Österreich wieder den Vortritt geben.[4])

Jedenfalls sind die Gründe für das Scheitern des Königs sowohl in der preußischen Verfassungs- wie in der deutschen Einheitsfrage zu suchen, erstens in seinen Anschauungen über den Staat und dessen Verhältnis zum Monarchen, die mit dem Zeitgeist kontrastierten, zweitens ergeben sie sich aus seiner Veranlagung. Es ist allgemein bekannt, daß Friedrich Wilhelm IV. zwar hervorragende Geistesgaben besaß, daß ihm aber ein rücksichtsloser Wille fehlte, der ihn befähigt hätte, seine Pläne in konsequenter Weise durchzuführen.[5]) Eine große geistige Beweglichkeit, ein Reichtum an Interessen hatte ihn naturgemäß mit Männern der verschiedensten Lebensanschauungen und Betätigungen in Berührung gebracht. Sehr nahe stand ihm die sogen. Kamarilla, ein Kreis bedeutender Männer, unter ihnen die

---

[1]) Hist. Zeitschr. Bd. 89 S. 17 ff.

[2]) Nippold, Bunsen Bd. 2 S. 387; Meinecke S. 28.

[3]) Meinecke S. 29, 30.

[4]) vgl. hierzu Hist. Zeitschr. Bd. 98 S. 181: „Die Radowitzsche Reformpolitik hatte bis Frühjahr 1848", so urteilt Hassel, „in allen ihren Phasen die Erhaltung der bestehenden Bundesverfassung zur Voraussetzung und war keineswegs in dem Grade antiösterreichisch gedacht, wie Oncken und Rachfahl wollen".

[5]) vgl. Canitz, Denkschriften Bd. 2 S. 252: „Jener eiserne Wille, der seinen Weg nach dem fest ins Auge gefaßten Ziel verfolgt . . . war nicht dieses Geistes Erbteil . . . sehr zugänglich für Ratschläge, fremde, selbst mißfällige Ideen, schnell auffassend, blieb es immer höchst zweifelhaft, ob ein Rat ausgeführt werden oder unbeachtet bleiben würde".

drei Brüder Gerlach, die streng absolutistisch gesinnt waren. Zu ihnen gehörte anfangs auch Radowitz. Er stand seit dem Jahre 1824 zum König in Beziehungen[1]) und wurde 1840 auf Veranlassung des Ministers Canitz[2]) nach Berlin berufen, um den König in seiner deutschen Politik zu unterstützen.[3]) Sein politisches Ideal bestand bis zum Jahre 1839 in der Verkörperung eines rigoros christlich-germanischen Wesens,[4]) das den Liberalismus in Bausch und Bogen verwarf; erst seit den Märztagen bekannte er sich zur Repräsentativmonarchie, zu einem gemäßigten Konstitutionalismus, aber seine alte Abneigung gegen die Majoritätenregierungen[5]) überwand er nie, zum Anhänger einer rein parlamentarischen Regierung ist er nie geworden.[6])

Meinecke[7]) schließt sein Urteil über die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. vor 1848 in die Worte zusammen: „Wunsch und Wille also waren in Widerstreit in der Seele des Königs“... „Der bewußte, durch religiöse Postulate geleitete Wille hielt den Wunsch, die Weltanschauung, den Machttrieb in Schranken“. Wenn schon diese innere Zerrissenheit den König daran hinderte, seine Verfassungspläne durchzuführen und eine konsequente deutsche Politik zu verfolgen, so mußten die mannigfaltigen Einwirkungen, die sich von allen Seiten her geltend machten, diesen Mangel nicht gerade einschränken, wenn sie ihn nicht erhöhten. Die widersprechendsten Ansichten über deutsche Politik und preußische Verfassung stürmten auf ihn ein, man denke nur an die absolutistischen Anschauungen der Kamarilla, an diejenigen Radowitz', die seit 1839 in der Umbildung begriffen waren,[8]) an die gemäßigt liberalen Bodelschwinghs, Bunsens und des Prinzen Albert. Es mußte angesichts der Veranlagung des Königs und der geschilderten Verhältnisse, zumal da der Zar und Österreich die ständischen Projekte des Königs sehr bedenklich fanden,[9]) ein Schwanken in der Politik, ein gewisses Experimentieren die Folge sein.

Wie nahe lag es daher, um vor allem aus der unbequemen und unwürdigen russischen Abhängigkeit zu kommen, an der

---

[1]) Hassel Bd. 1 S. 22.
[2]) Gerlach Bd. 1 S. 229 und Hassel Bd. 1 S. 74.
[3]) Hassel Bd. 1 S. 307.
[4]) F. Meinecke, Hist. Zeitschr. Bd. 98 S. 181. „Zur Kritik der Radowitzschen Fragmente“ von Fr. Meinecke in „Historische Aufsätze, Karl Zeumer zum 60. Geburtstage als Festgabe dargebracht von Freunden u. Schülern“ S. 51.
[5]) Hassel Bd. 1 S. 67.
[6]) Zur Kritik der Radowitzschen Fragmente S. 54.
[7]) Hist. Zeitschr. Bd. 89 S. 52, 53.
[8]) Hist. Zeitschr. Bd. 98 S. 181.
[9]) Rachfahl S. 20.

Macht, für die der König eine natürliche Sympathie hatte, deren Souverän ihn durch den Prinzen Albert schon längst zu einem Zusammengehen in der Politik aufgefordert hatte, die für ihn hinsichtlich einer Unterstützung bei Ausführung seiner Verfassungspläne innerhalb seines Staates von allen europäischen Mächten allein in Betracht kam, einen starken Rückhalt zu suchen!

Seine Regierung beschloß daher 1847, in Unterhandlungen mit England einzutreten. Im Spätsommer dieses Jahres frug der damalige preußische Minister des Äußeren, Freiherr v. Canitz, bei Bunsen in London an,

„ob es nicht möglich sein sollte, sich mit England praktisch über die leitenden Punkte der Politik der Gegenwart besser zu verstehen, und dadurch ein ersprießliches Einverständnis in der europäischen Politik herbeizuführen?“ [1])

Bunsen antwortete hierauf in zwei Briefen vom 25. September und 24. Oktober 1847, in denen er die gegenwärtige Stellung Englands zu den verschiedenen europäischen Staaten erörterte. In dem letzteren berührt er auch die Meinungen und Ansichten der englischen Regierung Preußen gegenüber. In England herrsche, so führt er aus, der Wunsch vor, Friedrich Wilhelm solle sich an die Spitze der Bewegung des gesetzlichen Fortschritts stellen, dies sei ein Schutz für Deutschland, eine Beute seiner Nachbarn im Osten und Westen zu werden. „England sieht nur in Preußen die Möglichkeit, Deutschland ferner zusammenzuhalten, ja noch viel mehr, zu einigen und zu kräftigen. „Der Maßstab für Preußens politischen Einfluß in England ist jetzt mehr als je seine Macht in Deutschland, d. h. seine Leitung des deutschen Fortschritts.“ [2])

„Daß aber wie Preußen (an der Spitze Deutschlands) für England,[3]) so England für Preußen und Deutschland in allen ernsten

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 144; Bunsens Leben Bd 2 S. 393—402; Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 708.

[2]) Leben Bunsens Bd. 2 S. 401/02.

[3]) vgl. hierzu als gegenteilige Ansichten z. B. die Ansicht Palmerstons v. 17. 3. 1834: H. Francis, Ansichten und Politik des Viscount Palmerston: „Es liegt am Tage, daß eine solche Verbindung (zwischen Frankreich und England) nicht länger bestehen kann, als sie mit den Interessen beider Länder übereinstimmt; wenn aber zwei solche Staaten verbunden sind nicht nur durch die Bande des Interesses, sondern auch durch die Bande der Rechtlichkeit, des Vertrauens und der Ehre, so möge das Haus wohl erwägen, daß sie in Europa eine Macht von nicht geringer Bedeutung bilden!“ — Francis S. 406: Palmerston v. 16. 3. 1848; S. 367: Palmerston v. 1. 6. 1840; S. 404ff. Palmerston v. 1. 3. 1848: „Wir haben keine ewigen Verbündeten und keine beständigen Feinde“.

Verwicklungen der Zukunft, welche nicht ausbleiben können, der beste, der einzige, zugleich sichere und mächtige Bundesgenosse sei, ist das gewisseste Axiom der Staatsweisheit, des Friedens und der Erhaltung in diesem Jahrhunderte, und hat sich als solches ebensowohl Peel als Russell aufgedrängt".

Diese Anschauungen mochten wohl bei einzelnen englischen Ministern vorhanden sein, wenigstens in der Theorie, in der Praxis sah es damit etwas anders aus. —

Lord Palmerston, der damals in England maßgebende Minister, gibt selbst darüber Aufschluß. Er hatte den Prinzen Albert 1847 während einer Reise in die schottischen Hochlande begleitet. Dort in Ardverikie, einem Jagdschloß der englischen Königsfamilie, wo auch das nachher zu besprechende Memorandum des Prinzen Albert über die deutschen Angelegenheiten vom 11. September 1847 entstand, scheinen zwischen dem Prinzen und dem Minister Gespräche über die Beziehungen Englands zu Deutschland geführt worden zu sein.[1]) Im Anschluß an das Memorandum des Prinzen legte Palmerston seine Ansichten über dieses Thema in einem solchen ebenfalls nieder (16. September 1847).

Wir ersehen daraus, daß einige Punkte des ersten Teils dieser Denkschrift mit den Gedanken des Bunsenschen Briefes vom 24. Oktober 1847 übereinstimmen. — Beide Länder, so führt der Minister aus, werden von Rußland und Frankreich bedroht. Er schildert die verschiedenen Lagen, in die Deutschland und England durch einen Angriff von seiten der genannten Länder versetzt werden könnten, und spricht den frommen Wunsch aus, „daß England und Deutschland beiderseits ein direktes Interesse haben, sich gegenseitig zu helfen, reich, einig und stark zu werden, und es dürfte daher kein aufgeklärter Mann in einem der beiden Länder ein Gefühl der Eifersucht in betreff der von dem anderen Lande gemachten Fortschritte auf der Bahn der Zivilisation und des Gedeihens hegen".[2])

„In betreff dieser allgemeinen gesunden Ansichten — so urteilt Th. Martin — war Lord Palmerston mit dem Prinzen völlig einig. Aber es gab noch eine andere Seite der Frage, welche einen ersichtlich überwiegenden Einfluß auf die Auffassung des britischen Ministers ausübte." Der Zollverein war in seiner Förderung der Entwicklung der Industrie, des Handels und daraus folgend des Reichtums und Gedeihens Deutschlands eine treffliche Sache, aber er hielt ein System von Prohibitivzöllen gegen englische Manufakturwaren aufrecht,

[1]) Th. Martin Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 448.
[2]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 449.

welche dadurch großen Schaden erlitten und nur auf dem Umwege durch einige Staaten Norddeutschlands, welche dem Zollvereine nicht angehörten, in die zu ihm gehörigen Staaten eingeschmuggelt werden konnten.[1]) Palmerston ergeht sich infolgedessen über die Verwerflichkeit aller Schutzzölle, besonders wertlos, wenn sie England gegenüber angewandt wurden, was aber, da Prinz Albert ein entschiedener Freihändler, und das Memorandum doch an ihn gerichtet ist, nichts anderes heißen konnte: „Die deutsche Einheit ist ein sehr hübscher Traum. Verwirklicht ihn, wie ihr könnt, aber wenn ihr etwas wirklich Gutes tun wollt, bringt das Land dahin, die Prohibitivzölle auf unsre Waren zu beseitigen, oder England wird alles, was in seinen Kräften steht, tun, die bestehenden Spaltungen aufrechtzuerhalten".[2]) „Man müßte von jedem englischen Ministerium denken, daß es seine Pflicht im höchsten Grade vernachlässige und das kommerzielle Interesse des Landes opfere,"[3]) so schloß der Minister seine Ausführungen, „wenn es nicht alle geeigneten Schritte tue, die Staaten des nördlichen Deutschlands, welche sich dem Zollvereine nicht angeschlossen haben, zu bewegen, auch ferner von einem solchen Anschlusse Abstand zu nehmen."

Den Engländern war es am liebsten, wenn Deutschland in dem Zustande verharrte, in dem es war; es sollte zwar nicht in die Gefahr kommen, unter Frankreich und Rußland aufgeteilt zu werden, dann wurde auch die Lage für England gefährlich, aber eine immerwährende sanfte Kriegsgefahr mußte über dem Kontinente liegen, dies war die günstigste Situation für England, um im Trüben fischen und ungestört sein Weltreich ausbauen zu können. — Wie gefährlich konnten daher, wie Treitschke sagt, der preußischen Regierung die sanguinischen Berichte Bunsens werden.[4]) Es mußte sich doch beim Studium der Geschichte der gegenseitigen Beziehungen beider Länder sagen, daß es in keinem der früheren Jahrhunderte die gegenseitige Neigung gewesen, die Engländer und Deutsche nebeneinander gestellt hatte.[5]) Nicht einmal um ein längeres gegenseitiges Suchen der Diplomaten hatte es sich immer gehandelt, sondern die Ereignisse, die harte Notwendigkeit hatten es verursacht, daß die

[1]) Th. Martin Bd. 1 S. 449.
[2]) Th. Martin Bd. 1 S. 449/450.
[3]) vgl. hierzu: G. H. Francis, Ansichten u. Politik des Visc. Palmerston als Minister, Diplomat u. Staatsmann. Aus d. Engl. von Esmarch (House of Commons 19. 3. 1839).
[4]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 126; Ernst II. Bd. 1 S. 144.
[5]) E. Marcks, Deutschland und England in den großen europäischen Krisen seit der Reformation S. 37.

zwei Nationen, so zueinander geschoben, zueinander gezwungen wurden. Aus den Reden Palmerstons ging doch mit genügender Deutlichkeit hervor, daß er ein engeres Bündnis nur dann mit einem Staate eingehen würde, wenn Englands Interessen mit diesem Staate übereinstimmten,[1]) — das Interesse Englands war ihm der Polarstern in der auswärtigen Politik; [2]) er nannte es eine engherzige Politik, anzunehmen, daß dieses oder jenes Land dazu ausersehen sei, der ewige Verbündete oder der beständige Feind Englands zu sein.[3]) „Wir haben keine ewigen Verbündeten", so sagte er Anfang 1848, „und keine beständigen Feinde. Unsere Interessen sind ewig und beständig, und diesen Interessen zu folgen, ist unsere Pflicht. Wenn wir andere Länder in derselben Richtung fortschreiten und denselben Zweck wie wir selber verfolgen sehen, betrachten wir sie als unsere Freunde und glauben für den Augenblick, daß wir auf dem besten Fuße mit ihnen stehen; wenn wir sehen, daß andere Länder einen anderen Gesichtspunkt einnehmen und uns in den Zwecken, die wir verfolgen, durchkreuzen, so ist es unsere Pflicht, der verschiedenen Art, in welcher sie denselben Zweck verfolgen mögen, Rechnung zu tragen." „. . . Und wenn mir erlaubt ist, den Grundsatz, der, wie ich glaube, einen englischen Minister leiten sollte, in einem Satze auszudrücken, so würde ich den Ausspruch Cannings annehmen und sagen, daß für jeden britischen Minister die Interessen Englands das Schiboleth seiner Politik sein müssen."[4])

Bunsen muß sich, nach seinen eigenen Worten zu urteilen, dieser Auffassungen des britischen Ministers bewußt gewesen sein, spricht er doch in dem erwähnten Briefe vom 25. September 1847, in welchem er den Standpunkt Englands zur Politik der Gegenwart erläutert und in dieser den persönlichen Charakter Lord Palmerstons und seine Geschichte,[5]) seinen Haß gegen Louis Philipp und Guizot, seine Bitterkeit gegen Metternich wegen der vom Fürsten in der spanischen Frage genommenen Stellung als zwar geringfügige aber doch wirksame Faktoren in der auswärtigen Politik Englands erkennt, am Schlusse davon, daß die Macht der Tatsachen, die Notwendigkeit Englands in seiner Weltstellung unendlich mehr seien. In dem folgenden Briefe an Canitz vom 24. Oktober 1847 stellt es sich nun heraus,[6]) daß unter dieser „Notwendigkeit Englands" bezüglich Spaniens verstanden wird,

[1]) Francis, Palmerston v. 17. 3. 1834.
[2]) Francis, Palmerston v. 19. 3. 1839.
[3]) Francis, Palmerston v. 1. 3. 1848.
[4]) Francis, Palmerston v. 1. 3. 1848.
[5]) Bunsens Leben Bd. 2 S. 394.
[6]) Bunsens Leben Bd. 2 S. 397.

hier die Übermacht des französischen Einflusses zu verhindern. Als Mittel zu diesem Zweck soll die Einführung einer freien Konstitution und Bekämpfung der Kamarilla dienen; das erstere soll in Griechenland geschehen „als Mittel die Nation selbständig zu machen und die Dynastie gegen offene und geheime Feinde zu schützen".[1]) Dies festzuhalten sei englische Notwendigkeit, in Italien, der Schweiz und Deutschland kämpfe man teils gegen Österreich, teils gegen Frankreich und Rußland. Es bestand hier überall die Notwendigkeit Englands darin, ein Überwiegen des Einflusses dieser anderen Länder zu verhüten, damit in erster Linie die englischen Handelsinteressen nicht geschädigt würden.[2])

„Diese Notwendigkeit, diese Tatsachen zu ändern, stehe in keines Menschen Macht, denn sie wurzele in einem politischen Instinkt, der von 30 Millionen Menschen getragen werde, und zwar in einer unangreifbaren Insel. Auswärtiger Einfluß sei dabei nur zu denken, wenn man dieselbe Flagge aufziehen, mit demselben Winde segeln wolle."[3])

Dieses unbeugsame Festhalten der englischen Politik an ihren politischen und Handelsinteressen, als einzigem und höchstem Prinzipe, gibt sich in den Worten Palmerstons im House of Commons vom 1. Juni 1840 kund, wenn er damals sagte: „Die Regierung Großbritanniens darf weder der Politik Frankreichs, insofern sie derjenigen Britanniens entgegensteht, noch der Politik Preußens, Österreichs oder irgendeines anderen Landes folgen, sie muß lediglich auf die Interessen Britanniens sehen, ohne irgendeine Rücksicht auf die Meinungen irgendeiner fremden Regierung oder eines fremden Ministers zu nehmen.

Es ist das Entscheidende, zu zeigen, daß irgendeine vorschlagene Politik mit den Interessen Großbritanniens übereinstimmt; und wenn das dargetan ist, gereicht die Weigerung, dieselbe zu befolgen, der Regierung zum Vorwurf.

Aber die bloße Tatsache, daß ein fremder Minister eine gewisse Meinung über eine Frage hegt, ist kein Grund und beweist nichts für die Richtigkeit seiner Politik oder die Unrichtigkeit der Politik des englischen Ministers, wenn sie zufällig von einander abweichen".[4])

Auch aus einem rein formellen Grunde könnte man annehmen, daß Palmerston bei Erwähnung der englischen Interessen in erster Linie an die materiellen dachte, wenn er, nachdem er, wie schon oben erwähnt (S. 27), eine Verbindung zwischen

---

[1]) Francis, Palmerston v. 5. 2. 1830 (S. 128, 132).
[2]) Francis S. 132: Palmerston v. 5. 2. 1830 über Griechenland.
[3]) Bunsens Leben Bd. 2 S. 396/97.
[4]) Francis S. 367 ff.

Frankreich und England nur so lange für zulässig erklärt, als sie mit den Interessen beider Länder übereinstimme, dann fortfährt, daß „wenn aber zwei solche Staaten verbunden sind, nicht nur durch die Bande des Interesses, sondern auch durch die Bande der Rechtlichkeit, des Vertrauens und der Ehre, so möge das Haus wohl erwägen, daß sie in Europa eine Macht von nicht geringer Bedeutung bilden". Bunsen hätte also bei diesen Überzeugungen des englischen Staatsmannes, zu denen er sich, wie gezeigt, nach seinen eignen Worten selbst bekannte, England dem preußischen Staatsmanne nicht als besten, einzigen und zugleich sicheren und mächtigen Bundesgenossen in allen ernsten Verwicklungen der Zukunft empfehlen dürfen. In welche Lage wäre er seiner Regierung gegenüber gekommen, wenn sich im gegebenen Falle herausgestellt hätte, daß Preußen und England ganz verschiedene, sich vielleicht sogar bekämpfende Interessen gehabt hätten!

Welchen Standpunkt vertrat nun Prinz Albert gegenüber diesen Anschauungen Palmerstons und Bunsens?

Nach Th. Martin[1]) sieht es aus, als ob der Prinz in wichtigen Fragen der äußeren Politik mit dem Minister nicht einverstanden gewesen wäre. Es tauchen an dieser Stelle verschiedene Fragen auf: Welches waren die Ziele, die Prinz Albert in der äußeren Politik verfolgte, waren sie diejenigen Lord Palmerstons oder nicht? Welche Wege wollte er dabei eingeschlagen wissen, welches waren die Mittel und aus welchen Motiven gingen sie hervor? Handelte er nach Prinzipien oder nicht?

Wir erfahren aus einem Briefe des Prinzen vom 28. September 1847[2]) an Bunsen, daß er von dessen Brief vom 25. September an Canitz Kenntnis genommen hatte. Er nannte die Antwort Bunsens ganz vortrefflich, war also mit diesem darin einverstanden, durch welche Triebfeder die äußere Politik Englands in Bewegung gesetzt wurde. „Die Politik Englands", so äußert er sich in Anschluß an Bunsens Worte, „ist eine Politik der Notwendigkeit"; jeder kontinentale Staatsmann könne, wenn er sich das von Bunsen gezeichnete Bild stets vor Augen halte, nicht einen Augenblick darüber in Zweifel sein, was er von hier in betreff jeder europäischen Frage zu erwarten habe. „Man schreibt", so lauten die Schlußworte seines Briefes, „auf dem Kontinente den einzelnen Persönlichkeiten englischer Staatsmänner noch immer viel zu viel Gewicht und Einfluß

[1]) Leben des Prinzen Albert Bd. 1 S. 449.
[2]) Deutsche Revue Bd. 23,1 S. 212.

zu, glaubt mit ihren Capricen zu tun zu haben und darum ihre Meinungen leicht durch Vorstellungen modifizieren und ändern zu können und wundert sich dann über die Hartnäckigkeit und den schlechten Willen, den sie zeigen, indem sie die Vorstellungen kaum zu berücksichtigen scheinen (in Lord Palmerston ist dies alles am stärksten ausgeprägt und wird es am meisten gesucht, doch ist dies ein Irrtum, der zu einer Menge falscher Urteile und Schritte von seiten der Kontinentalpolitiker führt)".

Palmerston, wie Bunsen, wie Prinz Albert waren darin eins, daß die Handels- und politischen Interessen Englands aufs beste gewahrt werden müßten, so verlangten es die öffentliche Meinung, die Engländer als Handelsvolk. Die Frage war nur die, durch welche Mittel dies am besten geschehen würde. Es wird im folgenden gezeigt werden, daß zwar Prinz Albert wie Palmerston, um einen konkreten Fall ins Auge zu fassen, die Einführung von Reformen in fremden Ländern begünstigten, daß aber doch in der beiderseitigen Motivierung ein ganz erheblicher Unterschied wahrzunehmen ist.

Mannigfache Aussprüche des Prinzen und der Königin bezeugen nun, daß er auch in der Politik gewisse Gesetze, nach denen gehandelt werden müsse, als wirksam erkannte, nämlich die Gesetze der Ethik: „Nur was moralisch recht ist, kann auch politisch klug sein",[1]) ist einer der bezeichnendsten von ihnen. Indem er nun nach ethischen Gesetzen handeln wollte, geriet er oft in einen Gegensatz zur Handlungsweise Palmerstons. Dieser suchte, wie seine Reden beweisen, den Wohlstand und die Interessen Englands, worunter er in erster Linie Handels- und politische Interessen verstand, auf alle Fälle und mit allen Mitteln zu wahren und zu fördern, es war vorauszusehen, daß er dabei nicht immer den Forderungen ethischer Gesetze gerecht zu werden vermochte, nach denen aber Prinz Albert zu handeln beabsichtigte. Der Prinz wußte genau, daß der Minister nicht im entferntesten daran dachte, nach irgendwelchen abstrakten Prinzipien zu handeln,[2]) auch der Sinn vieler Aussprüche des letzteren ergibt dies.[3]) Prinz Albert handelte nach ethischen Prinzipien in der Politik, Palmerston brauchte alle Mittel, um die Interessen seines Landes zu wahren. Das Gebot der Selbsterhaltung veranlaßte ihn meistens nach dem Prinzip der Non-Intervention, d. h. in negativem Sinne zu handeln, und wo er es für die Interessen Englands ersprießlich hielt, sich in

[1]) The letters of Queen Victoria Bd. 2 S. 323.
[2]) Leben des Prinzen Albert Bd. 1 S. 429.
[3]) vgl. Francis, Palmerston v. 9. 7. 1833 S. 223; v. 3. 2. 1808.

die Verhältnisse andrer Staaten einzumischen.[1]) Der Prinzgemahl dagegen wünschte nicht, daß die Interessen des Landes, an dessen Spitze er gestellt war, auf Unkosten anderer Staaten gefördert wurden.

Handelt man nicht nach den Vorschriften der Moral und Ethik, in diesen Satz läßt sich vielleicht die Auffassung des Prinzen zusammenfassen, so verstößt das Handeln eben gegen das wahre Wohl und die wirklichen Interessen Englands.

Wie sich ihm nun die auswärtige Politik Englands gemäß seinen Prinzipien darstellte, kann man nebst einigen Beispielen für seine altruistische Politik aus den Ausführungen ersehen, die er in einem Memorandum über italienische Angelegenheiten vom 29. August 1847,[2]) noch mehr in einem Briefe vom 2. September d. J. an Stockmar[3]) und besonders vom 5. September[4]) an Lord J. Russell niederlegte.

Seine Anschauungen darin sind diese (es handelt sich in diesem Falle um das Verhältnis Österreichs zu Italien): „In der europäischen Politik wird Österreich England in eine entsetzliche Komplikation in Italien bringen, indem es nämlich versuchen wird, die konstitutionellen und Einheitsbewegungen in diesem Lande zu unterdrücken. Es ist daher sehr angebracht und er ist selbst sehr dafür, daß die englische Regierung beizeiten erklärt, daß sie Interventionen anderer Mächte in unabhängigen Staaten, ausgeführt zu dem ausgesprochenen Zwecke, Reformen, die letztere ihres inneren Fortschritts halber einzuführen gedenken, mit Gewalt zu hindern nicht dulden werde.[5])

Dies gelte für England auch Deutschland, der Schweiz gegenüber.[3]) Wenn England sich kühn für das Recht unabhängiger Staaten ausspricht, ihre inneren Angelegenheiten nach ihren eignen Ansichten zu regeln, so wird eine solche Erklärung auf dem Festlande und besonders in Deutschland im höchsten Grade populär sein.[6]) Englands Mission, Pflicht und Interesse ist es, da es durch seine Energie und die glücklichen Umstände, unter denen es hat handeln können, einen großen Vorsprung vor allen Nationen in bezug auf Zivilisation, Freiheit und Wohlstand hat, sich an die Spitze der Zivilisation und der Erreichung der Freiheit zu stellen und jede Bemühung eines Staates, in dieser Richtung fortzuschreiten, zu fördern und zu schützen.[7])

[1]) Francis, Palmerston v. 1. 6. 1829.
[2]) Th. Martin, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 430ff.
[3]) Th. Martin, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 428ff.
[4]) Th. Martin, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 434.
[5]) Francis. Palmerston v. 1. 6. 1829.
[6]) Th. Martin Bd. 1 S. 432.
[7]) Th. Martin Bd. 1 S. 434, 435.

„Es muß sich aber auch vorsehen, keine Nation über ihren natürlichen Entwicklungsgang hinauszudrängen und keiner Nation etwas zu oktroyieren, was diese Nation nicht aus sich selbst hervorbringt; aber es erkläre sich für den Beschützer und Freund aller auf dem Wege des Fortschritts begriffener Staaten und lasse diese das Vertrauen zu England gewinnen, daß sie es erforderlichenfalls auf eigne Gefahr und Kosten verteidigen werde. Das wird ihm die stärkste moralische Stellung verleihen, welche je ein Land behauptet hat".

In Anbetracht des Ziels in der auswärtigen Politik Englands waren Prinz Albert und Lord Palmerston im großen und ganzen einig; bei dem Prinzen, so könnte man vielleicht sagen, trat noch ein altruistisches, kosmopolitisches Element hinzu, während dies bei dem Minister nicht der Fall war. Die Mittel, die zur Verwirklichung desselben führen sollten, waren bedingt durch die Weltanschauung beider Männer. Der Minister sprach die Ansicht aus, daß die englischen Interessen in jedem Fall mit allen Mitteln gewahrt werden müßten, er gab zwar einerseits vor, seine auswärtige Politik gemäß der Lehre von der Nichtintervention zu gestalten (Francis, Palmerston vom 1. Juni 1829), andrerseits aber kam es ihm nötigenfalls gar nicht darauf an, diese Doktrin gänzlich beiseite zu schieben, um sich in die inneren Zustände anderer Länder einzumischen, nur um die Interessen Englands befriedigen zu können, ganz gleich, ob darunter das Wohl dieser Länder litt. — Prinz Albert dagegen war der Meinung, daß die Interessen Englands nur dann nachdrücklich und erfolgreich gefördert werden könnten, wenn auch im diplomatischen Verkehre den moralischen Gesetzen gemäß gehandelt und infolgedessen das Wohl andrer Länder in uneigennütziger Weise erstrebt würde. Deshalb fordert er, daß England Eingriffe andrer Länder in die inneren Zustände derjenigen, die aus freiem Willen Reformen einzuführen gedächten, nicht dulden sollte, in diesem Falle wäre also Englands Einmischung ebenfalls erforderlich gewesen, die im Gegensatz zu dem Minister allerdings einen ganz uneigennützigen Charakter tragen sollte. —

Wenn an der Aufrichtigkeit der Auffassung des Prinzen hinsichtlich dieser Doktrin von der Nichtintervention nicht gezweifelt werden darf, so waren jedenfalls diese Lehren in den Augen der meisten Staatsmänner dieser Zeit überhaupt keine Prinzipien, die hätten befolgt werden müssen, sondern nur Phrasen und Aushängeschilder, die man nach Bedarf auswechseln konnte. Die Lehre von der Nichteinmischung tauchte zuerst in Frankreich nach 1830 auf.[1]) Sie bedeutete praktisch genommen das-

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 4 S. 53 ff.

selbe wie die legitimistische Interventionspolitik der Heiligen Allianz, was Talleyrand, der diesen Begriff zuerst aufbrachte, selbst zugestand, d. h. nur mit dem Unterschied, daß, während die Interventionspolitik der Ostmächte die alten staatlichen Zustände aufrechterhalten wollte, der neue Grundsatz der Westmächte die fortschrittlichen und auch radikalen Bewegungen begünstigte und in dem Falle, daß die Ostmächte dagegen einschritten, sie durch Intervention ihrerseits zu fördern und zu unterstützen versprach. Es war der Grundsatz der revolutionären Propaganda,[1]) der hier ausgesprochen wurde, und da in den verschiedenen Ländern der Ruf nach Reformen meist im Gegensatz zu den Regierenden erklang, die Parteien die Regierungen bekämpften, so war damit die Unterstützung jedes Aufstandes grundsätzlich anerkannt.[2]) Sobald Palmerston in England ans Ruder gelangte, nützte er dies sofort aus; er nahm alles freudig auf, was den Unfrieden auf dem Festlande nähren konnte. Prinzipienlos aber wie er war, kam es ihm andererseits nicht darauf an, das „Prinzip" der Non-Intervention offenkundig zu verletzen.

Am 22. April 1834 schlossen Frankreich und England, — letzteres hatte seit Canning die Bahnen der Restaurationspolitik verlassen — mit den Königinnen von Spanien und Portugal und deren Regierungen eine Quadrupelallianz und versprachen, diese bei der Vertreibung der Prätendenten Don Carlos und Don Miguel zu unterstützen, setzten sich also über das kurz zuvor ausgesprochene Prinzip der Nichtintervention hinweg.[3]) Palmerston unterstützte die konstitutionellen Bewegungen Südeuropas deshalb, weil er sich sagte, daß dann die nationale Partei des Landes immer zugleich auch die englische sein werde.[4])

Die Völker waren zwar bei dem Siege dieser Ideen frei, gerieten aber dann durch Zugeständnisse für die englische Unterstützung, wie der Fall Portugals zeigt, in eine desto drückendere Abhängigkeit von dem englischen Handelsmonopol. Der englische Staatsmann handelte also ganz im egoistischen Interesse, für die Sicherung seines Reichs,[5]) wenn er die Unterstützung gewährte.

Diese Politik war nach englischer Ansicht durchaus keine

---

[1]) Leben Bunsens Bd. 2 S. 398.

[2]) Treitschke Bd. 4 S. 54.

[3]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 4 S. 501.

[4]) Ebenda Bd. 5 S. 530; Bunsens Leben Bd. 2 S. 395; Francis, Palmerston v. 24. 6. 1835: „Es ist ein englisches Interesse, daß die Sache der Königin von Spanien siegreich bleibe"; ebenda v. 5. 2. 1830 (S. 128), v. 26. 2. 1836 (S. 264), v. 20. 4. 1836 (S. 281).

[5]) Leben Bunsens Bd. 2 S. 398.

unsittliche,[6]) sondern, wie Bunsen sagte, sogar eine edle: denn sie stellt allgemeinen Frieden und Wohlstand Europas in Aussicht, gestützt auf gesetzliche Freiheit und gesicherten Fortschritt, wohl aber, wie aus den vorangehenden Erörterungen nicht anders zu erwarten ist, nach der Ansicht des Prinzen Albert. Es spricht doch ganz und gar gegen die Politik Palmerstons,[1]) wenn er sagt, daß nach seiner Überzeugung England den Staaten, die Reformen einzuführen gedächten, das Vertrauen einflößen müsse, daß es sie erforderlichenfalls auf eigene Gefahr und Kosten verteidigen werde.[2]) Für ganz fehlerhaft hielt es der Prinz, Staaten, die es gar nicht wollen, in konstitutionelle Reformen zu stürzen.[3])

Zivilisation und liberale Institutionen gereichen einem Volke nur dann zum Heile, wenn sie einem nationalen Bedürfnisse entsprechen und organisch und nicht sprungweise weiterentwickelt werden. „Institutionen, welche den Zuständen der Gesellschaft, für welche sie bestimmt sind, nicht entsprechen, können nicht die richtigen sein, selbst wenn sie besser sein sollten als die Zustände, in welchen sich die fragliche Gesellschaft befindet.[4])

Der Prinz stand also zu Palmerston, wenn auch die Mittel mitunter die gleichen sein konnten, infolge der Verschiedenheit der Motive — das Handeln des Prinzen war bestimmt durch ethische Motive — in einem inneren Widerspruch. Utilitaritätspolitik unter dem Gesichtspunkte des englischen Staats- und Handelsinteresses hätte jedem Staatsmann Englands ein ehrliches Handeln im Sinne des Prinzen und seiner Prinzipien unmöglich gemacht.

Prinz Albert hatte wahre Volksbeglückung im Auge, nicht nur hinsichtlich seines Adoptivvaterlandes, sondern aller Völker, Förderung der Interessen Englands auf Kosten der letzteren konnte daher nicht in seinem Sinne liegen, aus Liebe zum Fortschritt, zum liberalen Prinzip, wünschte er Konstitutionen und liberale Einrichtungen. Palmerston dagegen besaß zwar liberale Neigungen, sein Endzweck lag aber in erster Linie in der Wahrung des materiellen Wohlstands Englands, in dem Ausbau

---

[1]) Bunsens Leben Bd. 2 S. 398.

[2]) Th. Martin Bd. 1 S. 434: Bezüglich Italiens sagt hier Prinz Albert, daß bei der neuen Stellungnahme Englands diesem Lande gegenüber es wünschenswert sei, daß der erste Schritt, welcher auf lange Zeit hin den Impuls und die Richtung für die übrigen Staaten geben wird, der richtige, ein auf den Prinzipien „der Gerechtigkeit und Mäßigkeit beruhender", für ganz Europa verständlicher sei.

[3]) Th. Martin Bd. 1 S. 435.

[4]) Ebenda S. 428.

[5]) Th. Martin Bd. 1 S. 435.

des britischen Weltreiches, wobei es ihm nicht darauf ankam, die anderen Länder für diesen Zweck auszubeuten.

Die öffentliche Meinung, die der führenden Kreise Englands, verkörperte sich bezüglich der auswärtigen Politik in Lord Palmerston. Letzterer war sich dieses Rückhalts wohl bewußt, er erlaubte sich daher immer wieder Übergriffe und Eigenmächtigkeiten, die ihm schließlich, infolge der Verletzung der verfassungsrechtlich festgelegten Bestimmungen über den Verkehr des Ministers des Auswärtigen mit der Krone, zum Fallstrick wurden (eigenmächtiges Gutheißen des Staatsstreiches Napoleons III.).

So mußte Prinz Albert, zumal bei der beschränkten Macht der englischen Krone, sich damit begnügen, die Schritte des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu überwachen, mußte versuchen, eine übertriebene Interessenpolitik desselben und jedes anderen Inhabers dieses Postens durch seinen Einfluß zu mildern und so allenthalben mit den Prinzipien der Königin, die auch die seinigen waren, in Einklang zu bringen. Es wird im folgenden gezeigt werden, daß er seinen Prinzipien treu blieb, daß sich aber auch die Kluft erweiterte, die ihn von Palmerston trennte, was sich besonders in der schleswig-holsteinischen Frage zeigen sollte.

§ 3.

Die Denkschriften des Prinzen Albert und des Fürsten Carl von Leiningen über den Zustand der Angelegenheiten in Deutschland vom 11. September und 22. September 1847.

1. Die Entstehung der Denkschriften.

Im August und September 1847, während des Aufenthaltes der königlichen Familie in Ardverikie, fanden zwischen dem Prinzen Albert und dem Fürsten von Leiningen eingehende Erörterungen über die Lage Deutschlands und die Formen seiner zukünftigen Einheit statt.[1]) Der Fürst, der einen großen Teil seiner Jugend in England verlebt und dort den Segen einer starken nationalen Einheit aus der Nähe kennen gelernt hatte,[2]) war Präsident des bayerischen Reichsrats und übernahm am 9. August 1848 auf kurze Zeit den Vorsitz im ersten Frankfurter Reichsministerium.

Als aktiver Staatsmann schien er daher nicht ungeeignet, dem Prinzen über die politische Lage Deutschlands in dieser Zeit, über die Wünsche des deutschen Volkes, über die Be-

[1]) Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, Deutsche Ausg. Bd. 1 S. 428.
[2]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 691.

strebungen seiner Parteien Bericht zu erstatten und sich mit ihm darüber zu beraten. Daß Prinz Albert von den politischen Fähigkeiten und der Einsicht seines Vetters eine hohe Meinung hatte, — was sich aber geändert haben muß, der Fürst neigte späterhin den österreichischen Ansichten zu[1]) — geht sowohl aus seinem Briefe an Baron Stockmar vom 2. September 1847[2]) als auch aus dem an Bunsen vom 9. Oktober desselben Jahres hervor.[3])

Der Fürst verfaßte ein Memoire über die deutsche Frage; ein revidiertes Exemplar davon, datiert vom 22. September 1847, sandte er an den Prinzen, der sich folgendermaßen darüber äußert[3]):

„Der Fürst setzte ein Memoir auf, in welchem er die politischen Gefahren schildert, die den deutschen Fürsten aus der Gärung der gegenwärtigen deutschen Verhältnisse drohen, und die Notwendigkeit dartut, daß die Fürsten selbst diese Gefahren erkennen und ihnen vorbeugen mögen. Ich stimme ganz mit des Fürsten Ansichten überein, glaube indessen, daß es nicht hinreicht, die Notwendigkeit, den Gefahren vorzubeugen, zu erkennen, sondern daß es auch notwendig ist, zugleich die Mittel zu eruieren, die sich uns darbieten, um jene gefahrdrohenden Bewegungen selbst zu einem heilsamen Ziele zu lenken. Nach längerer Prüfung hat sich mir die Sache in Zusammenhang und Form dargestellt, und ich habe sie so zu Papier gebracht". Der Prinz sandte dieses Memorandum dann mit einem Erläuterungsbrief des Fürsten von demselben Tage und seiner eigenen Denkschrift vom 11. September an Bunsen mit der Absicht, sie zur Kenntnis Friedrich Wilhelms IV. zu bringen.

Nach einer Anmerkung bei R. Koser: Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution,[4]) hat der preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff, der am 7. August 1847 den Aufsatz des Fürsten von Leiningen und am 31. Dezember die Antwort des Prinzen Albert (Ardverikie, 11. September) nach Berlin — ersteren wahrscheinlich an Radowitz, der ihn dann am 9. August Friedrich Wilhelm IV. überbrachte[5]) — eingesandt hatte, in einem Schreiben an den Minister Canitz seinen Zweifel darüber ausgesprochen, daß Prinz Albert und Fürst Leiningen die Materien dazu allein geliefert haben sollten.

„Jetzt habe sich ergeben, daß der dem Fürsten Leiningen näher bekannte Gesandte v. Blittersdorff die Quelle jener Materien sei." Auch Treitschke meint, daß die Ratschläge des Prinzen

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 601.
[2]) Th. Martin Bd. 1 S. 428.
[3]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 173.
[4]) Histor. Zeitschr. 1899 Bd. 83 S. 48.
[5]) P. Hassel, J. M. v. Radowitz Bd. 1 S. 455 Anm.

am Ende mit Blittersdorffs österreichischen Denkschriften übereinstimmten.[1])

Letzterer hatte nach seiner eigenen Angabe vom 5. November 1847 [2]) schon in früheren Jahren dem österreichischen Hofe seine Ansichten über deutsche Zustände entwickelt.

Aus seinem Schreiben an den „Fürsten von Leiningen" vom 18. Dezember 1847,[3]) worunter nur der Vetter des Prinzen Albert gemeint sein kann, geht hervor, daß er mit dem Fürsten brieflichen Verkehr gepflogen haben muß.[4]) Auch der folgende Brief ist an dieselbe Adresse gerichtet.[5]) Vergleicht man nun die Briefe Blittersdorffs an Münch-Bellinghausen vom 5., 6. und 27. November 1847 und den an den Fürsten von Leiningen vom 18. Dezember mit den Denkschriften des Prinzen Albert und des Fürsten Leiningen, so fallen tatsächlich gewisse Übereinstimmungen mit diesen auf.

Allerdings gehören die Briefe Blittersdorffs einem etwas späteren Zeitpunkte an; nimmt man aber an, daß er seine Ansichten über die deutschen Zustände, und zwar in erweitertem Maßstabe, schon früher dem Fürsten gegenüber ausgesprochen, so ist die Vermutung des preußischen Gesandten, daß er der geistige Urheber vieler Vorschläge in den Denkschriften beider Fürsten sei, nicht von der Hand zu weisen.

2. Die Denkschriften des Fürsten Leiningen vom 22. September 1847.

Wie aus dem obenerwähnten Briefe des Prinzen Albert an Bunsen vom 9. Oktober 1847 [6]) hervorgeht, stimmte der Prinz „ganz mit des Fürsten Ansichten überein"; es sei aber nötig, nicht nur die Notwendigkeit, den Gefahren vorzubeugen, zu erkennen, sondern auch die Mittel zu erforschen, durch welche jene gefahrdrohenden Bewegungen zu einem heilsamen Ziele gelenkt werden könnten.

Es ist daher angebracht, an dieser Stelle eine Inhaltsangabe der Denkschrift Leiningens vom 22. September 1847 einzufügen:

Das Streben nach konstitutionellen Regierungsformen und nach nationaler Einheit ist jetzt die treibende Kraft, die Deutschland bewegt. Die Geschichte der letzten 30 Jahre und die täglichen Ereignisse beweisen dies. Die beiden gewaltigen Kräfte treten den dynastischen Interessen der Fürsten, identifiziert mit

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 692 (690).
[2]) „Einiges aus der Mappe des Freiherrn v. Blittersdorff", Mainz 1849, S. 52: Blittersdorff an den Grafen v. Münch-Bellinghausen in Wien.
[3]) Ebenda S. 68.
[4]) Ebenda S. 3.
[5]) Ebenda S. 73.
[6]) Deutsche Revue 1897, Bd. 22, 3 S. 173/74.

dem strengen Souveränitätsprinzip, feindlich entgegen. Wird das parlamentarische System in den deutschen Staaten eingeführt, so ist damit die vollständige Ausübung gewisser Vorrechte durch die Krone unmöglich gemacht, ohne welche aber die staatlichen Regierungssysteme in Republik und Anarchie ausarten und überhaupt alles Regieren der Regenten in konstitutionellen Staaten ein Ende nehmen würden. Der Kampf, den man mit den konstitutionellen Bewegungen aufgenommen hat, ist, wie die Gegenwart zeigt, zuungunsten der Regenten ausgefallen.

Die Kronen sind geschwächt, die Macht der Kammern ist in hohem Grade gesteigert worden. Das Erlöschen der einzelnen Souveränitäten, anarchische Zustände, Einschreiten mächtigerer Staaten, die konstitutionelle Gefahren nicht zu fürchten haben, werden die unausbleiblichen Folgen sein.

In gleicher Richtung, aber in erhöhtem Maße wirken die nationalen Einheitsbestrebungen.

Die Erfahrung zeigt nun, daß der Kampf mit allen diesen Bestrebungen ein fruchtloser war, für die Zukunft ist auch kein besserer Erfolg zu erhoffen. Infolgedessen liegt die Frage nahe:

„Ob es nicht einer gesunden und allein rettenden Politik entspreche, statt mit feindlichen Elementen den ungleichen und unglücklichen Kampf fortzukämpfen, sich mit denselben zu befreunden?“

Leiningen versteht unter dieser Befreundung das Aufgeben dieses unglücklichen und ungleichen Kampfes seitens der Fürsten und Begünstigung des parlamentarischen Regierungssystems und der damit verbundenen freien Institutionen derart, daß eine völlige Entwicklung derselben herbeigeführt wird. Sie sollen ferner die Bestrebungen der deutschen Nation zur Erreichung der Einheit zu ihren eigenen machen und, einzelner Teile ihrer Souveränität freiwillig entsagend, dem bestehenden Bunde eine weitere Ausdehnung geben oder sich in einem neuen vereinigen. Die kleineren Staaten werden gut tun, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, sich einzeln den völlig entwickelten Repräsentativsystemen gegenüber zu behaupten, sich zu vereinigen und eine gemeinsame Vertretung aller kleineren Regierungen zu schaffen. Für die nationalen Bestrebungen ist ein kräftiger Bund noch wichtiger, er würde eine Garantie für den Fortbestand der meisten souveränen Fürsten geben. Der Gedanke ist jetzt vielfach verbreitet, daß die vielen Regenten in Deutschland das Hindernis für die Entwicklung freier und nationaler Institutionen seien, daß sie es seien, welche Deutschland verhinderten, den ersten Rang unter allen Nationen einzunehmen. Dieser Gedanke sei teils begründet, vielfach aber auch fälschlich verbreitet; ist

er beseitigt, so wird das Segensreiche, — welches darin liegt, daß Deutschland durch viele Fürsten regiert wird und die Anhänglichkeit der Deutschen an ihre Herrscherhäuser —, sich als mächtiges konservatives Element betätigen.

Das Aufgeben einzelner Souveränitätsrechte seitens der Fürsten zugunsten des Bundes sei zwar mit Schwierigkeiten verknüpft, aber sie müßten doch bedenken, daß die eigentliche Souveränität einzelner von ihnen nicht deutschen Ursprungs und sehr illusorisch sei, „da die meisten Regenten entweder von ihrer Bureaukratie, oder von ihren Ständen, oder von beiden zugleich bereits gefesselt seien".

Zum Schutz dynastischer Interessen aber fremde Hilfe anzurufen, sei Vaterlandsverrat, der sich blutig rächen würde.

Eine gewisse Erweiterung zu dieser Denkschrift bildet der bei ihrer Übersendung an Prinz Albert an diesen gerichtete Brief des Fürsten von demselben Datum. Hierin wird zuerst der Zweck des Fürstenbundes genauer bestimmt. Dieser dürfe nicht reaktionären Zwecken dienen, sondern müsse sich an die Spitze der liberalen und nationalen Bewegung stellen. Für Österreich ist es aus letzteren Gründen unmöglich, an diesem Bunde teilzunehmen, es müßte denn sein jetziges Regierungssystem völlig umstürzen. Dagegen muß Preußen wie im Zollvereine an die Spitze treten, es würde dann in der europäischen Wagschale als Preußen plus Deutschland gelten.

Österreich, Rußland, Frankreich wirken indessen einer solchen Entwicklung entgegen. Man müßte nun denken, daß die preußische Politik durch die Österreichs von selbst bedingt würde, aber dies geschehe nicht. Man erlebe im Gegenteil täglich das wahrhaft monströse Schauspiel, wie Österreich Preußen am Schlepptau ziehe: „der lebenskräftige Jüngling zusammengekettet mit dem schon halb verfaulten Greise, bereit, sich mit demselben in dasselbe Grab zu legen".

Die Geschicke unseres Vaterlandes liegen ausschließlich in den Händen des Königs von Preußen; wenn er entschlossen ist, konstitutionell zu regieren, wird ihm die große Majorität der deutschen Nation entgegenkommen. Ist der erste Schritt auf dieser Bahn getan, dann hilft ein Zaudern nicht mehr. Klare Erkenntnis der Sachlage verriet es auch, wenn der Fürst ein Ausscheiden Österreichs aus den inneren deutschen Angelegenheiten direkt befürwortete.

Befremdlich bleibt jedenfalls der Widerspruch, in den sich der Fürst in seiner Denkschrift verwickelt, wenn er zuerst sagt, daß die Einführung des vollständigen parlamentarischen Regierungssystems den Zusammenbruch der monarchischen Regierungen

oder wenigstens das Aufhören eines wirklichen Regierens des Regenten herbeiführen würde, dann aber, da er keinen anderen Ausweg weiß, vorschlägt, daß die Fürsten die völlige Entwicklung dieses Systems begünstigen und selbst die Hand dazu reichen sollen.[1])

Es ist schon gesagt worden, daß Prinz Albert sich ganz zu diesen Ansichten in der Denkschrift seines Vetters bekannte. Er sprach damit nichts Neues aus: schon im Dezember 1846 hatten wir gesehen, wie er Friedrich Wilhelm IV. anläßlich der Einverleibung Krakaus drängte, die heilige Allianz aufzugeben, wie er ein Ausscheiden Österreichs forderte.[2])

Dem Könige allerdings waren die Forderungen Leiningens zu radikal, er war fast empört darüber und sah in einer allmählichen Entfernung Österreichs aus dem Bunde einen Treubruch.[3])

„Die vorherrschende Gefahr und das Rettungsmittel dürften als Tatsachen wohl erwiesen sein; der größte Hauptteil, die Anwendung und Ausführung, bleibt hier aber noch unerledigt, so hatte der Fürst am 22. September 1847 an den Prinzen geschrieben. Die Rettungsmittel im einzelnen darzulegen und die Möglichkeit ihrer Anwendung zu untersuchen, an diese Aufgabe war der Prinz schon Ende August und Anfang September 1847 herangetreten und hatte sie in seinem Memorandum über die deutschen Angelegenheiten vom 11. September 1847 gelöst.

3. Die Denkschrift des Prinzen Albert vom 11. September 1847.[4])

Die Hauptgedanken des Fürsten Leiningen treten in dieser Denkschrift des Prinzen wieder auf.

Eine Vervollständigung besteht aber in dem Versuche des Prinzen, die Aufgabe zu lösen, die in der Auffindung des Auskunftsmittels liegt, „eine deutsche Entwicklung am Bunde mit der Erhaltung Oesterreichs in demselben und der Bewahrung deutscher Interessen vor dem hemmenden, erstickenden Einflusse Österreichs zu vereinbaren.

Er schildert zuerst die gegenwärtigen politischen Verhältnisse Deutschlands, hierauf macht er sich an die erwähnte Aufgabe und sucht mittels organischer Fortentwicklung der Zustände[5]) das ihm vorschwebende Ziel zu erreichen.

Der nähere Inhalt seiner Denkschrift ist folgender:

---

[1]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 1897 S. 177/78.
[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 592.
[3]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 693.
[4]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 1897 S. 179—184.
[5]) Th. Martin Bd. 1 S. 435.

I. In Deutschland wirksame Kräfte, Schilderung des gegenwärtigen Zustands, Ursachen der Stagnation, Ziel und Aufgabe.

Der gegenwärtige Zustand Deutschlands ist nur der Übergang zu einem künftigen, von dessen wirklicher Beschaffenheit sich vielleicht nur wenige ein klares Bild machen.

Die öffentliche Meinung Deutschlands strebt

1. nach Ausbildung volkstümlicher Regierungsformen und
2. nach Herstellung eines einigen Deutschlands.

Diese Tatsache wird von allen deutschen Staatsmännern und Politikern als bestehend anerkannt werden.

Die Entwicklung zu konstitutionellen Regierungsformen eilt mit schnellen Schritten vorwärts und wird in kurzer Zeit am Ziele angelangt sein. Mit dem Eintreten politischer Volkstätigkeit wird das Streben nach Einheit nicht nur vermehrt werden, sondern es werden zur Erreichung derselben auch die Mittel gegeben sein. Wie ist nun diese Entwicklung zu beeinflussen? Diese Frage müssen sich die deutschen Fürsten und Regierungen vorlegen.

Die Idee der deutschen Einheit ist den Deutschen zuerst nach den großen Unglücken von 1805 und 1806 ins Bewußtsein getreten; sie wird von allen Bundesstaaten und Regierungen zur Abwehr gegen Angriffe von außen als notwendig erkannt.

In dieser Beziehung ist man sich einig, über die innere Einheit aber, die das Substrat der äußeren ist, über die Notwendigkeit der politischen, kommerziellen und geistigen Einheit, herrschen die größten Widersprüche.

Die Frage ist nun: „Wie ist zu helfen? und auf welchem Wege ist diese Einheit glücklich und für immer heilbringend zu erreichen?“

„Als allgemeiner Grundsatz bei Lösung aller politischen Fragen ist anzunehmen, daß die organische Entwicklung des Bestehenden eine bessere Aussicht auf Erlangung eines zukünftigen, wirklich heilsamen Zustandes gewährt als das Konstruieren einer Zukunft aus einer freigeschaffenen (und darum willkürlichen) Theorie, sei diese dem absoluten Ideale der Vollkommenheit auch noch so nahe kommend.“[1])

---

[1]) vgl. hierzu: Th. Martin Bd. 1 S. 435: Prinz Albert an Lord J. Russell vom 5. September 1847, Deutsche Ausg.

Nach einer kurzen Charakteristik der gegenwärtigen innerpolitischen Einrichtungen Deutschlands und ihres Vereinigungspunktes, des Deutschen Bundes, forscht der Prinz nach den Gründen des Verfalls dieses einzigen deutschen Gesamtinstituts und erkennt sie

1. in der Eifersucht der verschiedenen deutschen Regierungen gegeneinander und dem Wahn der Regenten, daß ein den Beschlüssen eines tätigen Bundes Sichunterordnen ihrer Souveränität Eintrag tun hönnte,

2. in dem erstickenden Einfluß Österreichs auf Deutschland. Jenes könne seines Völkergemisches halber[1]) und infolge seines politischen Systems zu einem Fortschritte irgendeiner Art nicht die Hand bieten.

„Österreich hindert und erstickt jede lebendige Regung des Bundes, und im Unmute hierüber ist Deutschland versucht, den Bund selbst für das Haupthindernis deutscher Einheit zu halten."

Prinz Albert kommt daher zu dem Schluß, „daß im Bunde doch noch das einzige Mittel zur Erlangung dieser Einheit auf friedlichem und legalem Wege, mit Vermeidung der entsetzlichsten Konvulsionen liege".

Durch die Entwicklung der konstitutionellen Verfassungen ist die Beeinträchtigung der Souveränität, welche die Regenten bisher vom Bunde befürchteten, zum großen Teile bereits eingetreten, und die Fürsten sollten nun im Bunde eher einen Schutz für ihre Souveränität als eine weitere Gefahr erblicken.[2]) Das Anerkennen einer Bundesoberhoheit würde auch den Wünschen der Volksvertretungen entgegenkommen, die eine Unterordnung der Einzelinteressen unter die allgemein deutschen, die der Bund vertritt oder vertreten sollte, fordern. „Ferner haben die Souveräne in Ermangelung eines deutschen Vereins sich in einem der wichtigsten Punkte schon ihrer Souveränität begeben, indem sie sich unter die Vormundschaft Preußens zu stellen gezwungen sahen, als sie in den Zollverein traten."

„Es sollte aus allen diesen Gründen nicht schwer halten, den deutschen Souveränen darzutun, daß in jeder Weise, anstatt durch Kräftigung des Bundes an Gewicht und Kraft zu verlieren, sie dadurch erst vielmehr die Stellung gewinnen können, die sie sich wünschen.

Sind die deutschen Staaten hierüber einig, so bleibt nur noch Österreich als Hindernis einer Bundesentwicklung übrig,

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 592.

[2]) Denkschrift Leiningens vom 22. September S. 178/79 in der Deutschen Revue Bd. 22, 3.

das an derselben nicht teilnehmen will und nicht teilnehmen kann. Dennoch wäre das Ausscheiden Österreichs aus dem Bunde eine Auflösung des Bundes selbst und würde die Stärke Deutschlands nach außen bedeutend schwächen".

Die Macht Österreichs in der allgemeinen europäischen Politik mit in die Wagschale werfen zu können und doch zugleich die inneren deutschen Interessen vor dem hemmenden, erstickenden Einfluß dieses Staates zu bewahren, dies ist die Aufgabe, die gelöst werden muß.

II. Plan des Prinzen Albert zur Regeneration des Deutschen Bundes.

Prinz Albert hält zu diesem Zweck folgende Maßregeln für notwendig: Die Regierungen übertragen den bedeutendsten Männern ihres Staats ihre Repräsentation am Bundestage in Frankfurt, um eine Quintessenz der Intelligenz und der Kenntnis der einzelnen Staatsangelegenheiten an einem Orte zu konzentrieren.

Diesen werden die bisherigen gegenseitigen Verhandlungen übertragen. Der Prinz erwartet von dieser Maßregel vorzugsweise größere Einheit der Geschäfte, Behandlung derselben von deutschem Standpunkte, überhaupt bessere Wahrnehmung sowohl der allgemeinen deutschen als auch partiellen Angelegenheiten. Als weitere Maßregel empfiehlt er Zentralisierung aller Kongresse, wie der über Eisenbahn-, Schiffahrts-, Zoll- und Münzwesen, Wechselrecht, Kriminalgesetzgebung, öffentlichen Unterricht, ein für alle Male in Frankfurt, sie sind unter der Leitung der dortigen Gesandten, denen Kommissare beizugeben sind, abzuhalten. Davon verspricht er sich Vereinfachung und wohlfeilere Führung der Geschäfte. Indessen sieht er den Hauptvorteil darin, daß diese Kongresse deutsche sein werden, im Gegensatz zu denen, die bisher abgehalten wurden und meist partikularistischen Interessen dienten. — Der Anfang ist mit dem Zollverein zu machen, für diesen ist in Frankfurt eine permanente Kommission, gebildet aus Gesandten der betreffenden Staaten und Fachmännern, einzurichten. (Es könnten auch zu solchen Kommissären Deputierte der Kammern der verschiedenen Staaten erlesen werden.)

Ist einer von diesen Vereinen durch Bundesbeschluß in den Bund aufgenommen worden, dann soll für ihn eine Kommission analog der bestehenden Militärkommission am Bunde errichtet werden und die Spezialarbeiten übernehmen.

Dann wird alles deutsche Leben in Frankfurt konzentriert und der Bund instand gesetzt sein, jede seiner Einheit Gefahr drohende Einzelbewegung in sich selber aufzunehmen. Manches für Deutschland heilsame Werk wird dort geschaffen werden, ohne daß Österreich sich dabei beteiligt oder berührt findet. Beteiligen sich alle Bundesstaaten und auch Österreich an irgendeiner Maßregel, so ist dieselbe dem Bundestage zu übertragen und zum Bundesbeschlusse zu erheben. —

Was er aber vor allem wünscht, ist die Veröffentlichung der Bundesverhandlungen, von der er annimmt, daß sie einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben werde. Die Hoffnung sei dann vorhanden, daß es dieser möglich sein werde, den Bund aus seiner Erstarrung zu erwecken, indem sie ihren Einfluß auf die Beratungen geltend machen und zuletzt selbst Österreich zwingen werde, — zu seinem Heile an deutscher Entwicklung teilzunehmen.

Seine Überzeugung ist die, daß Preußen die ganze politische Reformation in die Hand nehmen müsse, sonst würden sich die der besonnenen Leitung entbehrenden deutschen Lebenskräfte auf Irrwegen Luft machen.

Prinz Albert stellt in seiner Denkschrift anfangs fest, daß Österreich, ohne sein Regierungssystem, das so gänzlich auf Stillstand gebaut sei, zu zertrümmern, zu einem Fortschritte irgendeiner Art die Hand nicht bieten könne.[1]) Späterhin erblickt er indessen in einem Ausscheiden dieses Staates aus dem Bunde eine Schwächung Deutschlands auf dem Gebiete der äußeren Politik und wünscht den alten Bund, mit Einschluß Österreichs, wieder zu beleben.

Fürst Leiningen dagegen ist entschieden für eine preußische Führung, ohne auf Österreich Rücksicht zu nehmen. Er wünscht, daß das schmähliche Verhalten Österreichs Preußen und Deutschland gegenüber ersteres veranlassen würde, eine energische Sprache und entschiedene Politik zu führen.[2]) „Jegliche Garantie für Preußens eigenen Fortbestand in Zeiten der Stürme, jegliche Wahrung gegen die so bedenkliche Gefahr der Überstürzung im Fortschritt, jegliche Aussicht auf Erfüllung der heißesten Wünsche für Deutschlands Erhaltung, Wohl, Ruhm und Größe vereinigen sich in einer solchen Gestaltung der Dinge". Prinz Albert sah sich vor die Wahl gestellt, entweder eine Auseinandersetzung Preußens mit Österreich gutzuheißen, oder eine Wiederbelebung des Bundes mit Österreich anzustreben. Die Schwierig-

[1]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 181.
[2]) Ebenda S. 176/77.

keit die darin lag, verursachte sein Schwanken und bedingte den Widerspruch, in den er sich verwickelte, wenn er forderte, daß Preußen und Österreich gemeinsam am Bunde zwecks Einführung von Reformen vorgehen sollten, andrerseits aber zugab, daß Österreich jede Reform grundsätzlich hindere.[1])

Doch mochte er wenig an den guten Willen Österreichs glauben, dieser Grundton seiner Stimmung tritt immer wieder hervor; wenn er schon 1846 [2]) an eine engere Verbindung zwischen beiden Mächten, aber nur für bestimmte Zwecke, dachte, so klammerte er sich in den Schlußworten zu seiner Denkschrift ganz an Preußen als einziges Rettungsmittel für Deutschland.

Die Unsicherheit des Prinzen in der Wahl zwischen Preußen und Österreich mag vielleicht auch dadurch mit verursacht worden sein, daß die Befürchtung in ihm laut wurde, was in den folgenden Jahren öfters hervortrat, Preußen könnte, wenn Österreich ganz und gar aus Deutschland ausscheiden würde, die kleineren Fürsten mediatisieren und ihre Gebiete seinem Staatsverbande einverleiben. Daß eine solche Gestaltung der Lage von den mediatisierten Fürsten als ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit angesehen und gefordert wurde, ist z. B. vom Fürsten Leiningen anzunehmen. In diesem Sinne sind auch die Worte Treitschkes aufzufassen, wenn er sagt: Prinz Albert stand der partikularistischen Dynastengesinnung viel näher als sein deutscher Schwager, und namentlich der Gedanke der preußischen Hegemonie blieb ihm unheimlich.[1])

Während die Denkschrift des Fürsten Leiningen radikaler ist, nimmt Prinz Albert eine vermittelnde Stellung ein. Das Hauptverdienst der Denkschriften liegt jedenfalls darin, daß in ihnen der Warnruf an die Fürsten Deutschlands ergeht, die Zeichen der Zeit und die Gefahren, die durch sie verkündigt werden, nicht zu verkennen, und im allgemeinen die Maßregeln angegeben werden, die den drohenden Gefahren vorbeugen sollen. Beide betonen außerdem die Schaffung einer starken Zentralgewalt, das Ausscheiden Österreichs aus den inneren politischen Verhältnissen Deutschlands und die Übernahme der Führung durch Preußen.

Zweitens sind sie deshalb von Wichtigkeit, daß zum ersten Male von so prominenter Stelle aus, von Fürsten, die Bedeutung der nationalen und liberalen Ideen für Deutschlands Gedeihen

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 692; Deutsche Revue S. 176, 181.

[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 592.

[2]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 692.

in der Öffentlichkeit der regierenden und diplomatischen Welt ausgesprochen wurden und Österreich als das Haupthindernis in dieser Entwicklung gekennzeichnet wurde.

Vor allem aber bezweckten beide Fürsten, Friedrich Wilhelm IV. auf der Bahn, die er durch das Patent vom 3. Februar 1847 betreten, zu erhalten und möglichst vorwärts zu drängen und ihm Preußens zukünftigen Beruf recht deutlich vor Augen zu führen.[1]) Beide verrieten zugleich eine klare Einsicht in die Sachlage und praktische Gedanken.

III. Zeitgenössische Urteile.

Die Ansichten der Zeitgenossen unter den Fürsten und Diplomaten über diese Denkschriften waren geteilte.

Hier ist zuerst Bunsen zu nennen, der als einer der ersten in diese Denkschriften Einsicht nahm. Er erhielt die Schriftstücke durch den Prinzen am 9. Oktober 1847 zugesandt.[2])

Er stimmt dem Inhalt der Denkschrift des Prinzen freudig zu. Zu wünschen wäre es vielleicht noch, wenn unter die praktischen Vorschläge die Hereinziehung ständischer Abgeordneter aufgenommen würde.[3]) Ein mächtiger Impuls sei ihm, wie er selbst gesteht, durch die Kenntnisnahme der Denkschrift gegeben worden. Es gewähre ihm „mitten in dieser schwülen, sturmkündenden Zeit“ Trost und Freudigkeit zum Ausharren und Mut zu jeder Anstrengung, zu sehen, mit welchem treuen, edlen, wahrhaft fürstlichen Herzen der Prinz dem deutschen Vaterlande und seiner Zukunft anhänge.[3]) Nicht allein bedeutend erweitert und fortgeführt habe der Prinz die Gedanken des Fürsten Leiningen, sondern, wie es ihm scheine, auch praktischer und leichter ausführbar gemacht[4]) und nicht etwa den ihm natürlichen dynastischen Standpunkt festgehalten, sondern ganz umgekehrt die Notwendigkeit gezeigt, denselben dem nationalen unterzuordnen.[5]) Prinz Albert will, so sagt Bunsen an anderer Stelle, ebenso wie Leiningen Österreich nicht ausschließen, viel-

---

[1]) Th. Martin Bd. 1 S. 459.

[2]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 174.

[3]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 174/75: Bunsen an Prinz Albert vom 12. 10. 1847.

[4]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 174: Bunsen an Prinz Albert v. 12. 10. 1847.

[5]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 175: Bunsen an Meyer über Stockmars Kritik der deutschen Denkschr. Prinz Alberts v. 27. 10. 1847.

mehr es zu seiner Rettung nötigen, in den wahren deutschen Bund einzutreten und ein deutsches System zu befolgen.[1])

„Der Brief Stockmars ist philosophisch und edel gedacht und geschrieben. Allein er stellt sich unter der Denkschrift etwas ganz anderes vor, als was sie enthält und will", mit diesen Worten kritisiert Bunsen in dem schon erwähnten Briefe an den Privatsekretär des Prinzen Albert vom 27. Oktober die Ansichten Stockmars (S. 49 Anm. 5).

Der Prinz hatte diesem bereits angekündigt, daß er sich mit seinem Schwager über die deutschen Angelegenheiten unterhalte und Memoirs verfasse.[2]) Am 30. September teilte er ihm mit, daß er mit dem Fürsten die deutschen Angelegenheiten gründlich erörtert und einen Plan für die Wiedergeburt Deutschlands ausgearbeitet habe, den er dem Könige von Preußen vorzulegen gedenke.[3]) Stockmar mag nun durch das letztere beunruhigt worden sein. Er fürchtete jeden falschen Schritt, der dazu angetan war, die Verwirklichung der deutschen Einheit zu verzögern.[3])

Daß er, wie Ernst II. in seinem Werke behauptet, dem Prinzen Albert abgeraten habe, diesen Schritt zu tun, nur weil er, wie der Herzog meinte, nach seiner Weise, wenn es Ernst werde, den Dingen aus dem Wege gehe[4]) und die Verantwortung scheue, wird wohl am besten durch Stockmars Brief vom 15. Oktober 1847 selbst widerlegt,[5]) der auch die Gründe zeigt, die ihn seine Warnungen an den Prinzen gelangen ließen, bevor er dessen Denkschrift überhaupt zu Gesicht bekommen hatte. Er wird darin der Gesinnung des Prinzen, die notwendigerweise einem solchen Unternehmen zugrunde liegen müsse, völlig gerecht; er warnt ihn nur davor, überflüssige Dinge zu tun, die deshalb unnötig seien, weil sie nichts nützen können, und fordert ihn auf, nur nach reiflichster Überlegung die Denkschrift dem Könige übermitteln zu lassen.[6])

Er setzt den größten Zweifel in die Kenntnis des Prinzen von den in der Zeit wirklich begründeten Bedürfnissen des deutschen Volkes und spricht ihm den Standpunkt ab, der ihm

---

[1]) Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 219: Bunsen an Prinz Albert v. 19. 12. 1847.
[2]) Th. Martin Bd. 1 S. 428.
[3]) Ebenda Bd. 1 S. 450.
[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 145/46.
[5]) Th. Martin Bd. 1 S. 450—457.
[6]) Th. Martin Bd. 1 S. 451ff.: Stockmar an Prinz Albert v. 15. 10. 1847.

zur tüchtigen Bewältigung seines Gegenstands die ihm hierzu freieste Anwendung seines Wissens und seiner Kräfte einräumt.

Der Prinz habe vor acht Jahren die Heimat verlassen, wie könne es ihm möglich gewesen sein, fern von dieser, sich gründlich über deren heutige Zustände und Bedürfnisse zu unterrichten. Den Fürsten Leiningen hat er im Verdacht dynastischer Gesinnung, es sei deshalb anzunehmen, daß er von diesem nur ein einseitiges Bild deutscher Verhältnisse erhalten haben werde. Ferner fürchtet er, daß Prinz Albert geneigt sein möchte, den ihm aus genauer Kenntnis der europäisch-englischen Verhältnisse geläufigen Maßstab auf deutsche Zustände ohne die der Volkstümlichkeit gebührende Rücksicht zu übertragen.

Endlich meint er, daß diese ihm nur in der Farbe des deutsch-dynastischen Vorteils erscheinen würden.[1])

Im Gegenteil hierzu legte Herzog Ernst der Denkschrift seines Bruders eine große Bedeutung bei. „Die epochemachenden Grundsätze der deutschen Zukunftspolitik mit solcher Schärfe ausgesprochen zu haben, bleibe das unbestreitbare Verdienst des Prinzen Albert.“ [2])

Ferner heißt es bei ihm: „Endlich schickte er dem Könige das tiefeingreifende Memorandum vom Ardverikie vom 11. September 1847, welches der Zeit nach einen kleinen Vorsprung vor der vorhinerwähnten Denkschrift des Generals v. Radowitz hat und also wohl einzig in seiner Bedeutung dasteht“.

Der Herzog übersah aber dabei nur, daß Radowitz schon 1839 [3]) u. 1843 [4]) viele praktische Maßregeln, die Prinz Albert zur Stärkung des Bundes für notwendig hält, in seinen Denkschriften erwähnt, die zur Grundlage seines nationalen Programms bis 1848, damit also zu der seiner Denkschrift vom 20. November 1847 wurden.[5]) Für ihn stand schon längst fest, daß die Forderungen der Zeit — im besonderen das Verlangen nach einer Reform des Bundes —, wenn ihnen von den Regierungen nicht Rechnung getragen würde, sich auf revolutionärem Wege Luft schaffen würden.[6])

So hatte Radowitz schon 1839 Gemeinschaft in allen wesentlichen Dingen, wie gemeinsame Münze, einheitliches Maß und Gewicht, eine gewisse Übereinstimmung im literarischen Verkehr

---

[1]) Th. Martin Bd. 1 S. 453.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 145/46.
[3]) J. M. v. Radowitz, Gesammelte Schriften Bd. 4 S. 97 ff.: Preußische Politik 1839.
[4]) P. Hassel, J. M. v. Radowitz Bd. 1 S. 384—385.
[5]) Ebenda S. 386.
[6]) Ebenda S. 443 (vgl. hierzu Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 184).

gefordert. Das Gefühl der Gemeinschaft sei schon unschätzbar;[1]) er sagte damit dasselbe, was Prinz Albert in seiner Denkschrift folgenderweise zum Ausdruck brachte: „... der Hauptvorteil wird aber darin bestehen, daß diese Kongresse deutsche sein werden, selbst wenn auch nur eine gewisse Anzahl der deutschen Staaten daran teilnimmt ...“[2]) „Das Programm der schon im Jahre 1839 von Radowitz vorgeschlagenen Mittel“, so fährt P. Hassel in seinem Buche über Radowitz weiter fort, „hat im Laufe der Zeit erheblich an Umfang gewonnen.“ Die Hauptpunkte, für die er (1843) plädiert, sind: Ausdehnung des Zollvereins über ganz Deutschland, Einheit des Münzsystems, der Maße und Gewichte, deutsche Schiffahrt und Kolonisierung, Regelung des Auswanderungswesens, allgemeine Durchführung eines Eisenbahnnetzes, gemeinsame Heimatsrechte, ein allgemeines Gesetzbuch für Deutschland, namentlich auf dem Gebiete des Strafrechts, Begründung eines Bundeskreditsystems. „Das Aufbringen gemeinsamer Geldmittel würde eines der stärksten Bande des Zusammenhaltens sein. Der Bund bedarf ebenso gemeinschaftlicher Finanzen und einer gemeinsamen Vertretung gegen das Ausland, als er eine gemeinsame Kriegsmacht erhalten hat. Erst dann nimmt er seine wahre Stellung unter den Weltmächten ein.[3])

Man sieht, daß die Vorschläge des Generals denen des Prinzen Albert an Umfang nicht nachstanden, ja sogar noch weitergingen (vgl. S. 46).

Andererseits muß man aber auch dem Herzog beipflichten, denn der enge Zusammenhang zwischen den nationalen und liberalen Tendenzen war weder in der Denkschrift Radowitz' vom 13. Oktober noch vom 20. November 1847 ausgesprochen, ebensowenig die Schaffung einer starken Zentralgewalt und[4]) die dazu nötige Beschränkung der Souveränitätsrechte.

Doch war bei beiden, sowohl bei dem Prinzen[5]) wie bei Radowitz, über das Verhältnis Österreichs zu einer Bundesverfassung, an deren Spitze Preußen zu stehen hätte, keine Klarheit zu erlangen.

Sehr bezeichnend für die eigentümliche Stellung Friedrich Wilhelms IV. Österreich gegenüber und für seine Ansichten über konstitutionelle Reformen war die Antwort desselben an

---

[1]) J. M. v. Radowitz, Gesammelte Werke Bd. 4 S. 99.
[2]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 182.
[3]) P. Hassel, J. M. v. Radowitz Bd. 1 S. 385.
[4]) P. Hassel, J. M. v. Radowitz Bd. 1 S. 455/56.
[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 146.

den Prinzen Albert und sein Brief an Bunsen.[1]) Die Denkschrift des Prinzen nennt er meisterhaft und ihm bis auf zwei Dinge, auf die es aber gerade ankam, „aus der Seele geschrieben.“ [2]) Diese zwei points de dissentiment bestanden in dem Aufgeben von Teilen der Souveränität seitens der Fürsten zugunsten einer starken Zentralgewalt und in dem Voranschreiten Preußens auf dem Wege des modernen Konstitutionalismus. Das erstere hält er für vollkommen unausführbar, es ist nach seiner Meinung das Resultat des Sitzens am Tisch fern von Deutschland.[3]) Das letztere tue er deshalb nicht, weil er ein Freund der Freiheit sei, Freiheit und Konstitution (nicht im englischen, sondern in dem jetzt geläufigen Sinne) seien sich widersprechende Dinge und miteinander unvereinbar. Er hält geradezu eine Revue ab über die unermeßlichen Schäden, die durch den Konstitutionalismus in Frankreich, Spanien, Portugal, der Schweiz und Griechenland verursacht worden sind, er war ihm gleichbedeutend mit Partei- und Ministertyrannei, zehnfach erhöhten Abgaben, Defizit und gräßlichster Korruption.[4]) Besonders aber graute ihm vor dem Gedanken Leiningens, nämlich daß Österreich aus dem Bunde gedrängt werden und Preußen seine Stellung einnehmen könnte.[5]) Vor diesem Wunsche möge mich unser Herr Gott im Himmel bewahren, schrieb er an den Prinzen.[4])

§ 4.

Der Kurhessische Verfassungsstreit.

In demselben Jahre (1847) wurde dem Prinzen abermals die Gelegenheit gegeben, seine warnende Stimme zu erheben. Am 15. September 1830 hatte in Kurhessen eine Adresse der Bürger von Kassel, veranlaßt durch die Mißwirtschaft des Kurfürsten Wilhelm II., die Berufung des Landtags gefordert. Aus Angst vor einem Aufstand wurde diese bewilligt.

Im Januar 1831 setzten die Stände sodann unter Führung von Sylvester Jordan eine neue Verfassung durch. Als der Kurfürst hierauf von der Kammer vor die Wahl gestellt wurde, entweder von Hanau, wohin er sich mit seiner Maitresse geflüchtet

---

[1]) Friedrich Wilhelm IV. an Prinz Albert v. 6. 11. 1847, in Deutsche Revue Bd. 22,3 S. 184; v. Ranke, Sämtliche Werke Bd. 49/50 S. 428: Friedrich Wilhelm IV. an Bunsen v. 11. 11. 1847.

[2]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 185: Prinz Albert an Bunsen v. 15. 11. 1847.

[3]) v. Ranke, Sämtliche Werke Bd. 49/50 S. 428.

[4]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 185.

[5]) Ebenda S. 177.

hatte, nach Kassel zurückzukehren oder dieser zu entsagen, wählte er das letztere und ernannte seinen Sohn, den späteren Kurfürsten Friedrich Wilhelm I., zum Mitregenten. Dieser haßte die aufgezwungene Verfassung und berief deshalb 1832 Hassenpflug, der den Kampf gegen dieselbe mit allen Mitteln des Polizeidrucks aufnahm, aber 1837 wieder entlassen wurde. Zehn Jahre später folgte der Kurprinz seinem Vater als Friedrich Wilhelm I. und hätte nun sogleich nichts lieber getan, als die Verfassung, die er beschworen, umzustoßen. Doch fürchtete er die Opposition der Kammern und gedachte daher nicht zu handeln, ohne einen Rückhalt an Preußen und Österreich gefunden zu haben.[1])

Die Kunde davon war zu den Ohren des Prinzen Albert gedrungen, nach seiner Beurteilung ein neues und wenigstens für Deutschland noch gefährlicheres Ereignis[2]) als die Schweizer Sonderbundsfrage, in welcher es soeben sein Bemühen gewesen war, ein Einvernehmen zwischen England und Preußen anzubahnen.[3]) Er wandte sich deshalb am 12. Dezember 1847 an den König von Preußen, „um ihn um unmittelbares Einschreiten gegen diese Gefahr anzurufen, ja anzuflehen".[2])

Der Prinz teilt in diesem Briefe mit dem Könige die Besorgnis über die mögliche Ausbreitung des radikalistischen und sozialistischen Elements in Europa und namentlich in Deutschland. Er glaubt eine Stärkung dieser Ideen durch den jüngsten Sieg der Radikalen in der Schweiz feststellen zu müssen und erblickt ihre Macht „in ihrer Anzahl und der eigentümlichen entschiedenen Verbindung politischer, sozialer und religiöser (d. h. antireligiöser) Grundsätze, von denen sie getrieben werden, gegenüber von Staaten und Kirchen, die über ihren eigenen Beruf und über ihr gegenseitiges Verhältnis in auffallender Unklarheit und Zerrissenheit dastehen".

Das einzige Mittel, die Flut des Radikalismus einzudämmen und in die ihm gehörigen Grenzen zu verweisen, ist nach seiner Überzeugung dies, daß man Besitz und Bildung, worunter er das eigentliche Volk versteht, zur Teilnahme an der Verwaltung heranzieht und so an die Regierung kettet. Geschehe dies nicht, so genieße es keine politische Erziehung, habe also weder Interesse noch Fähigkeit, der Regierung in ihrem ungleichen Kampfe

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. Bd. 5 S. 666/67; Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 220/21.

[2]) Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 215.

[3]) Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 211.

beizustehen; im Gegenteil, es werde sich über Niederlagen der Bureaukratie freuen, die es verhindert habe, den ihm gebührenden Anteil an der Regierung auszuüben und mit dem Fürsten in Berührung zu kommen. Es ist daher unweise von einer Regierung, auf das ihr gebotene Rettungsmittel zu verzichten, wahnsinnig aber, wo es schon ergriffen, wieder unterdrücken zu wollen und das Volk durch Entziehung seiner staatsrechtlich verbürgten Teilnahme an der Regierung gleichsam zum gesetzmäßigen Aufstande zu zwingen. Der Augenblick, den noch durch seinen Erfolg in der Schweiz siegestrunkenen Radikalismus zu einem Angriff auf das absolutistische System herauszufordern, kann für diesen nicht günstiger gewählt sein; in einem Falle, in dem der Vertreter des monarchischen Prinzips das entschiedenste Unrecht hat, würde ersterer vor den Augen Europas glänzend gerechtfertigt sein. Er sieht in dem sich jetzt für legitim und historisch-deutsch ausgebenden monarchischen Prinzip, in der Souveränität keine Anknüpfung an die alten deutschen Institutionen und Fortsetzung derselben, sondern eine Nachahmung des französischen Absolutismus, wie er sich in Louis XIV. verkörperte.

Ein mutiges Festhalten an den geschichtlichen Standes- und Volksrechten seitens des Volks bezeichnet Prinz Albert daher nicht, wie die meisten seiner Standesgenossen auf dem Kontinente, als radikal und französich, sondern als „echt deutsch und konservativ".

Der drohende Verfassungsbruch wird von ihm als offener Bruch des Fürstenworts gekennzeichnet.

Würde sich ein Monarch durch die Versprechungen und Handlungen seines Vorgängers nicht gebunden fühlen, so würde ein wichtiger Grundsatz des monarchischen Prinzips, nämlich der Grundsatz, ausgesprochen in den Worten „the king never dies" oder „le roi est mort, vive le roi", umgestoßen, der Staat dadurch in die Wirren einer Wahlmonarchie, wie die der polnischen, hineingestoßen werden.

Wie treulos das Benehmen des Kurfürsten sei, könne man daraus erkennen, daß er die Verfassung vor 16 Jahren als Mitregent beschworen und seitdem nach ihr regiert habe. Er streift hierauf das Gerücht, welches umhergehe, daß der Kurfürst die Verfassung deshalb stürzen müsse, um von Metternich die gewünschte Anerkennung der Kinder aus seiner unebenbürtigen Ehe zu erhalten.

Zum Schluß erinnert er den König wieder an die notwendige Weiterentwicklung des Bundes.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß Friedrich Wilhelm IV. hier keinen Augenblick schwankte; er wollte mit diesen Umsturz-

plänen nichts zu tun haben und ließ den Kurfürsten durch Canitz an den Bundestag verweisen, der die Bürgschaft für das Staatsgrundgesetz übernehmen sollte; dann ließen sich vielleicht einige Abänderungen mit den Ständen friedlich vereinbaren. Metternich handelte ebenfalls so, wahrscheinlich im Einverständnis mit dem preußischen Hofe. Durch die beiderseitigen Erklärungen wurde der Staatsstreich vorläufig zunichte gemacht.

Bunsen, der diesen Brief des Prinzen mit noch anderen zu lesen bekam, äußerte sich sehr anerkennend darüber und pries die treue Freundschaft des Prinzen für seinen Herrn und seine vaterländische Gesinnung.[1]) Er bittet ihn, nicht abzulassen, seinen königlichen Freund recht ernst zu nötigen, sich gewisser einengender Theorien zu entledigen und die Wirklichkeit klar aufzufassen.[2]) Über das Verhalten des Königs in der hessischen Sache war er befriedigt,[3]) weniger über die politische Lage Preußens. So weit sei es also gekommen, daß der Gesandte des Königs in Kassel, Graf Galen, nicht einmal eine Audienz beim Kurfürsten erlangt habe, während Metternich den Kurfürsten sofort zur Vernunft gebracht. Er schrieb diese Verminderung des preußischen Ansehens dem Umstand zu, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht den Ratschlägen der beiden Denkschriften gefolgt sei.

---

[1]) Deutsche Revue Bd. 23, 1 S. 218: Bunsen an Prinz Albert v. 16. 12. 1847.

[2]) Ebenda S. 219, 223: Bunsen an Prinz Albert v. 19. 12. 1847.

[3]) Ebenda S. 221: Bunsen an Prinz Albert v. 16. 1. 1848.

Zweites Kapitel.

Die deutsche Revolution 1848—1851.

§ 5.

Wiener und Berliner Märzrevolution.

So rückte allmählich das verhängnisvolle Ereignis heran, das von Prinz Albert schon längst vorhergesehen und vorhergesagt, von ihm und der Königin fast stündlich erwartet wurde.[1]) Noch am 13. Februar 1848 schrieb er unter Hinweis auf die Vorgänge in Italien, gleichsam als letzte Warnung, an Stockmar[2]): „Die politischen Dinge stehen sonderbar. Die Halsstarrigkeit des Königs von Neapel hat nun eine Krisis hervorgerufen, die alle seine Kollegen in Italien zwingen wird, mit ihren Reformen viel weiter zu gehen, als es noch vor kurzem nötig gewesen und vielleicht jetzt zweckmäßig sein mag. Ach wollten doch andere Monarchen etwas dabei lernen! Aber da glaubt man genug getan zu haben, wenn man den englischen Agenten Aufstände zugeschrieben hat".

In ähnlicher Weiße äußerte er sich am 11. März.[3])

Dieselbe Lage, die den deutschen Fürsten vorläufig ein freies Handeln unmöglich machte, trat wenige Wochen später in Deutschland ein.

Am 24. Februar war die Dynastie Orleans gestürzt worden, und nun nahm die Flut des Aufruhrs ihren Gang von Baden aus über alle deutsche Staaten und fand den Boden für ihre Wirksamkeit mehr oder weniger vorbereitet. Der Bundestag faßte, durch die Bewegung veranlaßt, Anfang März liberale Beschlüsse und trieb eine nationale Aktionspolitik, deren Leiter der preußische Bundesgesandte Graf Dönhoff war, welcher den Augenblick, da er in Abwesenheit des österreichischen Bundesgesandten das

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 193.
[2]) Th. Martin Bd. 1 S. 476.
[3]) Th. Martin Bd. 2 S. 14: Prinz Albert an Stockmar v. 11. 3. 1848.

Präsidium führte, benutzt hatte, „um den Bundestag in das Fahrwasser der nationalen Strömung hineinzulenken.[1]) Am 9. März beantragte Baden die Einsetzung einer Volksvertretung am Bunde.

Die Volksversammlung zu Offenburg am 27. Februar 1848 stellte unter zwölf Forderungen als wichtigste Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksversammlung, deutsches Parlament auf. Die Heidelberger vom 5. März legte auf letzteres besonderes Gewicht und berief das spätere Vorparlament ein, das am 30. März in Frankfurt zusammentreten sollte. In vielen deutschen Staaten erfolgte nun, durch Tumulte herbeigeführt, ein Wechsel der Personen und des Systems. Die deutschen Regierungen hatten, wie Prinz Albert ganz richtig gesagt, den geeigneten Zeitpunkt versehen,[2]) es wurden ihnen jetzt von ihren Völkern die wichtigsten Zugeständnisse abgerungen.

Er beobachtete von seiner hohen Warte in London den Ablauf der Ereignisse mit großem Interesse und bedauerte, daß die Deutschen, selbst mit in den Strudel hineingerissen, die Folgen der Pariser Ereignisse nicht beobachteten und eine Lehre für sich daraus zögen.[3]) Der Prinz faßte, wie aus einem Briefe an seinen Bruder vom 14. März 1848 hervorgeht,[4]) die ersten Ereignisse der deutschen Revolution — zumal da auch Berlin in den ersten Wochen des März ziemlich ruhig blieb[5]) — optimistisch auf.[6]) In diesem Briefe heißt es, „daß, nachdem der erte Ausbruch vorüber und einiges von den Regierungen Versäumte nachgeholt worden, eine deutlichere Erkenntnis des Rechten eintreten werde".

Auch die Anhänglichkeit des Volks an seine Fürsten will er nicht unberücksichtigt wissen lassen. Andererseits verkannte er aber auch nicht die Gefahren, welche Deutschland von Frankreich drohten, wenn es nicht einig sei.

Mit dem Umsturz des Wiener Systems glaubte er die Rettung Deutschlands und auch Italiens begrüßen zu müssen, insofern nämlich, als der schädliche Einfluß Österreichs in beiden Ländern damit beseitigt sei und im besonderen Preußen dadurch auf eigene Füße gestellt werde.[7]) Daß er sich hierin geirrt hatte, ergab die Folgezeit.

---

[1]) F. Rachfahl, Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution S. 73, 74.

[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 14: Prinz Albert an Stockmar v. 11. 3. 1848.

[3]) Ebenda S. 15: Prinz Albert an Stockmar v. 15. 3. 1848 und Ernst II. Bd. 1 S. 259.

[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 259.

[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 264.

[6]) Ebenda S. 258/59.

[7]) Ebenda S. 259/60: Prinz Albert an Leopold I. v. 21. 3. 1848.

Ebenso ging er in der Annahme fehl, daß Rußlands Einwirkung auf Preußen und Deutschland dahin sei. Er knüpfte an beide Bewegungen die extremsten Hoffnungen und entwickelte demgemäß seine Pläne. Einen Einblick in diese gewährt der schon erwähnte Brief an den König der Belgier. „Ich bilde mir ein", so schreibt er, „daß folgendes der neue Zustand werden wird: Österreichische Provinzialstände in Böhmen, Mähren, Tyrol, Österreich, Krain, Steiermark, Venedig, der Lombardei, vereinigter Landtag in Wien, nach Muster des preußischen.

Förmliche moderne Konstitution in Ungarn. Volkstümlich organisierter deutscher Bund mit deutschen Ständen, eine zwischen Österreich und Preußen alternierende Reichsverweserschaft (mit gewissen exekutiven Prärogativen), Zollverband für ganz Deutschland".

Würde sich eine solche Organisation bewähren, dann sollte sie auf Italien übertragen werden, also ein italienischer Bund und Zollverband, in welchen Österreich mit seinen italienischen Provinzen treten würde. In beiden Staatenbünden sollte es der Schwerpunkt und das Vereinigungsglied sein.

Damit griff er die mittelalterliche Idee des Zusammenschlusses Mitteleuropas wieder auf und wollte diesen Bund als Schutz gegen den Barbaren im Osten und den unruhigen Gallier im Westen angesehen wissen; seine Ausführungen gipfelten in dem utopistischen Satze: „Moderne, konstitutionelle Verwirklichung der mittelalterlichen Idee des heiligen römischen Reiches".

Utopistisch war dieser Gedanke deshalb, da, wenn Österreich sowohl in Italien wie in Deutschland den Schwerpunkt darstellen sollte, dies nichts anderes bedeutete als entweder Knechtschaft dieser Länder unter österreichischem Joche oder Zerfall des Kaiserstaates in drei selbständige Staatengebilde; letzteres war aber bei den noch heute bestehenden zentralistischen Tendenzen des damaligen Regiments in Österreich unmöglich, also blieb nur der erste Ausweg offen und damit der alte Zustand bestehen. Ernst II. war über das politische Phantasiegebilde seines Bruders erstaunt, er billigte zwar dem Gedanken seines Bruders etwas Anziehendes zu, sah aber im gegenwärtigen Augenblick gar keine Möglichkeit, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen.[1])

Trotz dieser Anschauungen und der Märzereignisse setzte der Prinz sein Vertrauen auf den König von Preußen — der Widerspruch der Denkschrift vom 11. September 1847 tritt damit wieder zutage —, das nicht einmal durch die Zweifel

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 260.

seines Bruders an der Aufrichtigkeit Friedrich Wilhelms IV. erschüttert werden konnte.[1]) Dieser hatte den König im Verdacht, daß er, um selbst sicher zu gehen, die kleinen Fürsten opfern würde. Am 21. März hatte letzterer die Proklamation: „An mein Volk und die deutsche Nation" erlassen, worin er versprach, von diesem Tage an die Leitung für die Tage der Gefahr zu übernehmen, und die in die berühmten Worte ausklang: „Preußen geht fortan in Deutschland auf". Österreich sah durch dieses Auftreten des Königs seine Hegemonie in Deutschland bedroht und protestierte in einer Zirkularnote vom 24. März gegen jede einseitige Änderung der Bundesverfassung.[2]) Auch die anderen deutschen Fürsten mußten bei diesem scheinbaren Sympathisieren des Königs mit dem Liberalismus für ihre Sicherheit besorgt werden, sie waren entrüstet über das Auftreten des Königs. „Es war nun", wie Stockmar schrieb, „in Deutschland dahin gekommen, daß niemand mehr etwas von ihm wissen wollte. Lieber den Kaiser von Österreich oder den König von Bayern.[3]) So verwechselt man bei uns die Sache mit den Personen."

Ernst II. teilte diese Besorgnisse. Prinz Albert dagegen pflichtete dem König in seiner Haltung bei, „er habe das allein getan, was ihm zu tun übrig blieb, und Deutschland dadurch einen ungeheuren Dienst geleistet".

Ein bedeutender deutscher Fürst müsse die Umformung Deutschlands in die Hand nehmen, geschähe dies nicht, dann gerate das Werk in die Hände von Klubs, Vereinen, Professoren, Theoretikern und Schwindlern. Ohne Kaiser als Oberhaupt werde eine Republik daraus mit endlicher Auflösung in einen amerikanischen oder Schweizer Zustand.[4]) In demselben Schreiben kündigte er seinen Verfassungsplan vom 28. März 1848 an, der ihm, wie er selbst sagte, eine größere Garantie für eine erfreuliche Zukunft zu geben schien als der Heidelberger „mit seinem der Pariser Constituante nachgemachten Parlamente von 90", und ersuchte seinen Bruder, ihn zu unterstützen.

Als eifrigem Liberalen mußte es dem Prinzen vor allem anderen in die Augen fallen, muß es ihn besonders gefreut haben, daß der König von Preußen sich nun endlich an die Spitze der liberalen Bewegung gestellt zu haben schien; er war demnach am Ziel seiner Wünche angelangt, seine langjährigen Bestrebungen waren äußerlich und für den Augenblick von Erfolg gekrönt.

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 266: Ernst II. an Prinz Albert v. 25. 3. 1848.
[2]) Ebenda S. 269/70.
[3]) Th. Martin Bd. 2 S. 20: Stockmar v. 31. 3. 1848.
[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 266: Prinz Albert an Ernst II. v. 30. 3. 1848.

Aus welchen inneren Gründen aber der König dies getan, wie er, von den Ereignissen überrumpelt, jede Entschlußfähigkeit verloren hatte und in dieser Weise seine Konzessionen machen mußte, davon konnte der Prinz in diesem Augenblicke noch nichts Genaues wissen. Er täuschte sich darin, daß er dem Könige Eigenschaften und Überzeugungen zuschrieb, die dieser gar nicht besaß, die aber allein nur etwas Dauerndes und Großes für Deutschland hervorbringen konnten.[1])

Herzog Ernst sagt über diesen Punkt: „Wie man aus voranstehenden[2]) und noch manchen anderen Briefen, auf die ich nachher zurückkomme, ersieht, hatte mein Bruder die preußischen Angelegenheiten und Ereignisse mit denen von Deutschland vollkommen identifiziert. Er vermochte kaum zu denken, daß König Friedrich Wilhelm seine Entschlüsse in den entscheidenden Tagen des März aus einem anderen Gesichtspunkte gefaßt hatte, als aus dem des deutschen Einigungswerks. In dieser Anschauung wurde er, wie zum Teil alle Welt, durch das Auftreten nach dem Abzuge des Militärs von Berlin bestärkt".[3])

Prinz Albert trat mit diesen Anschauungen gewissermaßen in Gegensatz zu seinem Bruder[4]) und auch zu Stockmar, der nach den Berliner Märztagen meinte: „Der arme König von Preußen hat total abgewirtschaftet. Immer hat er nur dann gehandelt, wenn es nicht nur zu spät war, sondern wenn es besser gewesen wäre, er hätte gar nichts getan. Sein Unglück wie das Deutschlands war Metternich und der russische Kaiser. Wenn er auf Prinz Alberts Briefe von 1846 hätte hören wollen[5]) usw." Doch muß dem Prinzen Albert darin beigepflichtet werden, daß er den Charakter des Königs bezüglich einer Annexion der Kleinstaaten durch Preußen richtiger beurteilte als sein Bruder. Er erkannte in ihm im Gegenteil die beste Garantie für die Sicherheit der anderen Fürsten.

Ein Fürst, so schrieb er, der aus Pietätsgefühl gegen Österreich und die anderen Souveräne seine meisten politischen Fehler gemacht, kann unmöglich, nur um sich zu retten, in eine unwürdige Abhängigkeit von den Radikalen geraten.[6])

Die Berliner Revolution gab ihm auch die Gelegenheit, mit einer Persönlichkeit, zu der er späterhin in die engsten verwandtschaftlichen Beziehungen infolge der Heirat seiner ältesten

---

[1]) vgl. hierzu Ernst II. Bd. 1 S. 272.
[2]) Ebenda S. 265—267.
[3]) Ebenda S. 267.
[4]) Ebenda S. 266: Ernst II. v. 25. 3. 1848.
[5]) Denkwürdigkeiten Stockmars S. 487: Stockmar v. 31. 3. 1848.
[6]) Ernst II. Bd. 1 S. 266.

Tochter mit dem nachmaligen Kaiser Friedrich treten sollte, näher bekannt zu werden, nämlich mit dem Prinzen von Preußen. Dieser hatte am 19. März dem Befehle des Königs, der Bodelschwingh aus dem Kabinett brachte und der die unbedingte Zurückziehung der Truppen von den Straßen und Barrikaden anordnete, heftig widersprochen. Das Volk sah ihn als Urheber des Blutbades der Märztage an. Um ihn vor dessen Wut zu schützen, sandte ihn der König nach England. Hier fand er im Hause Bunsens und beim englischen Hofe die freundlichste Aufnahme.

Während dieses Aufenthaltes vom März bis Mai 1848 wurde nun der Grund gelegt zu dem bis zum Tode des Prinzgemahls anhaltenden Briefwechsel. Letzterer erkannte während dieses vertrauten Umgangs bald den Wert und die Bedeutung des ersten deutschen Kaisers für Deutschland, er erging sich über ihn in den schmeichelhaftesten Ausdrücken[1] und konnte nur die Worte des Prinzen bestätigen, die dieser anläßlich der Verfassungsberatung vom 11. März 1846 aussprach: „Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue so erhaben und groß werden, wie das alte mit Ehre und Ruhm geworden ist.“ [2]

§ 6.

Der Verfassungsentwurf des Prinzen Albert vom 28. März 1848.

Die Folgen der Niederlage des preußischen Königtums zeigten sich bald, niemand erwartete von der preußischen Regierung vorläufig weitere Schritte in Sachen der nationalen Einheit.

Alle folgten den Vorgängen in Frankfurt, wo die Nationalversammlung die Führung in der deutschen Einheitsfrage übernommen hatte und den Weg zu ihrer Lösung zeigen und vorbereiten sollte.

Das vom 7er Ausschuß der Heidelberger Versammlung vom 5. März berufene Vorparlament trat am 31. März 1848 in der Paulskirche zusammen. Es tagte bis zum 4. April und ließ einen 50er Ausschuß zur Ausführung seiner Beschlüsse zurück mit der Befugnis, im Notfalle die Versammlung wieder berufen zu können. Das Wahlgesetz für die erste deutsche Nationalversammlung wurde festgesetzt.

---

[1] Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 261/262; Th. Martin Bd. 2 S. 59.

[2] vgl. hierzu Ernst II. Bd. 1 S. 266: Prinz Albert an Ernst II. vom 30. 3. 1848 (P. S. 1).

Die 17er Kommission, welche am 10. März von der Bundesversammlung einberufen war, arbeitete einen Verfassungsentwurf aus, der, von Dahlmann und Albrecht stammend, am 26. April dem Bundestag überreicht wurde.

Die Lösung dieses Problems erregte die größte Anteilnahme des Prinzen Albert. Seinen schon erwähnten Verfassungsentwurf vom 28. März hatte er den Höfen von Österreich, Preußen, Sachsen, Bayern mitgeteilt. Während in der Denkschrift des Prinzen vom Herbst 1847 die zu lösende Aufgabe in der Erreichung der inneren Einheit, worunter die Einigung in politischer, kommerzieller, geistiger Beziehung gesehen wird, hat sie sich in dem vorliegenden Entwurfe[1]) in dem Satze kristallisiert: „Deutschland soll aus einem Staatenbunde ein Bundesstaat werden".

Beiden Denkschriften ist der Gedanke gemeinsam, daß wenn die Lösung heilbringend und dauernd sein soll, der bestehende Tatbestand organisch fortentwickelt werden muß.[2]) Als weiteren allgemeinen Leitsatz für die Lösung stellt er jetzt folgenden auf: Durch die Zentralisation dürfen die Individualitäten der Völker nicht verletzt werden, denn in ihren Eigentümlichkeiten und Verschiedenheiten liegt gerade die vielseitige Lebenskraft und Lebensfrische des deutschen Volkes, darum dürfen auch die Kronen und Dynastien, die mit der Persönlichkeit dieser Staaten eins sind, nicht erniedrigt werden.

Die repräsentative, legislative und exekutive Macht der künftigen Reichsregierung stellt sich nach ihm folgendermaßen dar:

Die Fürsten des Deutschen Bundes, die sich durch Prinzen ihrer Häuser vertreten lassen können, und die Bürgermeister der vier Reichsstädte bilden einen Fürstentag.

Dieser wählt aus seiner Mitte einen deutschen Kaiser auf Lebenszeit oder eine Anzahl (10?) von Jahren. Er hat ein Veto gegen die Beschlüsse des Reichstags und gegen die Besetzung von Ämtern durch den Kaiser. Unter dessen Vorsitz ernennt er die Mitglieder der drei Reichskammern und den Bundesfeldherrn für Fall und Dauer eines Krieges. Ihm steht es zu, die vom Kaiser zu machenden Anträge zu sanktionieren. Bei Abstimmungen, bei denen sich die Fürsten vertreten lassen

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 273ff.; Vitzthum v. Eckstädt, London, Gastein und Sadowa, Anhang.

[2]) vgl. hierzu Fr. Chr. Dahlmann von Ant. Springer 2. Teil S. 224: Prinz Albert vom 3. 4. 1848; Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 180: Als allgemeiner Grundsatz bei Lösung aller politischen Fragen usw.; Th. Martin Bd. 1 S. 435.

können, entscheidet die Majorität, wobei die Fürsten größerer Staaten verhältnismäßig größere Stimmenzahl haben. Er sichert sowohl durch die Teilnahme an der Exekutive als auch an der Repräsentation den ungeschwächten Fortbestand der Macht und Hoheit aller deutschen Kronen.

Der Kaiser, dessen Würdigkeit durch die Wahl von und aus 37 Souveränen verbürgt ist, repräsentiert Deutschland; in seinem Namen werden alle Reichsgeschäfte getrieben. Er kann sich gelegentlich durch einen anderen Fürsten vertreten lassen. Ihm stehen drei Minister zur Seite, die dem Reichstage verantwortlich sind, ein Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, ein Handels- und ein Kriegsminister, die Vorsitzende einer Handelskammer bezw. eines Kriegsrats sind. Die Befugnisse des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten beschränken sich auf die Unterhandlung mit den Gesandten des Auslandes und auf die Sendung von Botschaftern an die fremden Höfe in außerordentlichen Fällen.

Die Handelskammer wird zusammengesetzt aus Dienern der einzelnen Staaten und hat das deutsche Zoll-, Schiffahrts-, Straßen-, Eisenbahn-, Post- und Verkehrswesen unter sich. Der deutsche Kriegsrat setzt sich aus Generälen der verschiedenen Armeen zusammen, er hat das deutsche Heer zu organisieren und führt die Oberaufsicht über die Festungen und die zukünftige Flotte.

Der Kaiser kann die Anträge des Fürstentags abschlagen, ein Reichsbeschluß wird nur durch seine Sanktion rechtskräftig. Er besetzt mit dem Fürstentage die Stellen und eröffnet an seiner Spitze den Reichstag.

Dieser wird gebildet aus Abgeordneten, die durch die verschiedenen Landtage aus der Mitte ihrer beiden Kammern gewählt werden, und zwar der Einwohnerzahl und Bedeutung der Staaten entsprechend.

Demnach bilden Landtagsabgeordnete der I. Kammer das Oberhaus, die der II. das Unterhaus. Er versammelt sich alle drei Jahre. Die Abgeordneten (Reichsboten?) sitzen und verhandeln zusammen, stimmen aber in zwei Kurien (Zweikammersystem). Ein Beschluß kommt durch Majorität zustande, weshalb zur Entscheidung die Übereinstimmung beider Kurien notwendig ist. Die Zahl der Mitglieder soll in der I. Kammer nicht über 50, in der II. nicht über 150 betragen. Der Präsident wird vom gesamten Reichstag aus der I. Kammer gewählt. Dadurch daß die Mitglieder aus den Kammern der einzelnen Staaten stammen, wird die Individualität derselben gut vertreten.

Als oberstes Gericht wünscht Prinz Albert ein Reichsgericht. Die Mitglieder desselben sind, einschließlich des Kanzlers,

unabsetzbar und dadurch allen äußeren Einflüssen entzogen. Es wird gebildet aus Angehörigen der Juristenfakultäten und soll in Streitfällen zwischen Regierungen und ihren Ständen sowie in allen deutschen Erbfolge- und Regentschaftsfragen, auch bei Teilungen und Erbfällen entscheiden.

Die Befugnis aller dieser Behörden darf sich nur auf Angelegenheiten von allgemein deutscher Bedeutung erstrecken, die noch festzusetzen sind, und darf nicht in das Gesetzgebungs- und Verwaltungsgebiet der Einzelstaaten eingreifen.

Der Denkschrift des Prinzen vom 11. September 1847 gegenüber ist jetzt in seinem Verfassungsentwurf insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als in festen Umrissen ein Bild von der legislativen und exekutiven Gewalt entworfen wird.

Der Gedanke einer einstigen Auseinandersetzung Preußens mit Österreich, der in der Denkschrift doch durchleuchtete, ist hier nicht wieder aufgegriffen. Im Gegenteil, Prinz Albert rechnet jetzt mit Österreich: die Fürsten des Deutschen Bundes sollen den Fürstentag wählen. Spätere Aussprüche des Prinzen und anderer beweisen noch die Richtigkeit dieser Annahme.[1])

Prinz Albert kam eben, wie alle anderen Verfasser derartiger Denkschriften in dieser Zeit, über das preußisch-österreichische Problem nicht hinweg. Es mußte sich natürlicherweise auch bei ihm der dynastische Standpunkt geltend machen, der sich in dem geforderten Fürstentag mit beratender und beschließender Stimme äußerte.

Ebenso ist das Wahlkaisertum auf das Konto des Dynastengefühls zu setzen, doch liegt hier ein Milderungsgrund darin, daß über die Erblichkeit der Kaiserwürde auch in der Versammlung der 17er die Stimmen geteilt waren.[2])

So hatte Uhland in der Kommission einen Vorschlag gemacht dahingehend, einen Kaiser auf fünf Jahre von den bisherigen Bundesgliedern im Einverständnisse mit dem Parlament wählen zu lassen.[3]) Schließlich stimmte eine geringe Majorität der Erblichkeit und dem Titel „Deutscher Kaiser“ zu.

Die Vorschläge des Prinzen Albert, wie sie in seinem Verfassungsentwurf vom 28. März zum Ausdruck kommen, unterscheiden sich ganz erheblich von denen der späteren Reichsverfassung vom 28. März 1849. Diese fordert im Gegensatz zu ihm Erblichkeit der Kaiserwürde im Mannesstamme und Oberbefehl des Kaisers über die bewaffnete Macht.

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 282/83; Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 503; Th. Martin Bd. 2 S. 58.

[2]) A. Springer, F. Ch. Dahlmann Bd. 2 S. 448, ebenda S. 222/23.

[3]) Ebenda S. 225: Friedrich Wilhelm IV. an Dahlmann v. 24. 4. 1848.

Ein großer Unterschied besteht auch in der Zusammensetzung des Reichstags. Er zerfällt nach der Reichsverfassung in ein Staaten- und Volkshaus. Ersteres wird gebildet aus Vertretern der deutschen Staaten, die zur Hälfte durch die Regierungen, zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt werden. Für das Volkshaus gilt allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht. Der Fürstentag des Prinzen Albert fehlt ganz.

Friedrich Wilhelm IV. erhielt diesen Entwurf in Potsdam und äußerte sich günstig darüber.[1]) Zugleich brachte er in einem inoffiziellen Zirkularschreiben an die Fürsten Deutschlands seine eignen Anschauungen über die künftige Verfassung zur Darstellung.[2]) Er führt darin aus, daß von allen Verfassungsprojekten für Deutschland das des geistreichen und klugen Prinzen am meisten seinen Ansichten entspreche. In Einzelheiten dagegen könne er auch diesem Projekte nicht beistimmen. Als aktives Bundeshaupt munde ihm der Kaiser nicht. Er verwirft sowohl den auf eine bestimmte Zeit als auch den auf Lebenszeit gewählten Kaiser, ersteren bezeichnet er als Monstruosität, den letzteren verwirft er Österreichs und Rußlands wegen, da es nicht denkbar sei, „daß der Erbe von 30 römischen Kaisern diesem gekürten Oberhaupte den Rang zedieren werde", auch der russische Kaiser werde „dieser Gattung deutschen Kaisers" nicht den ihm gebührenden Rang einräumen. An ein auf Zeit gewähltes Bundesoberhaupt solle man überhaupt nicht den Kaisertitel verschwenden, Regent müsse es heißen. Der Fürstentag des Prinzen Albert imponierte ihm am meisten: „er scheint mir ein ungemein gesunder Gedanke zu sein. Nur denke ich ihn mir gegliedert, ähnlich dem alten Reichstag, in ein Kollegium der Könige und Großherzoge, der Herzoge, der Fürsten". Er sollte das Oberhaus des Reichstags bilden, dessen Unterhaus das Haus oder die Kurie der Reichsboten wäre.

Diese Einrichtung des Fürstentags, die der Prinz vorschlug, begrüßte er auch deshalb mit besonderer Genugtuung, weil fast zu gleicher Zeit der Entwurf Dahlmanns gemeinsame Sitzungen der Fürsten und Reichsboten ins Auge gefaßt hatte. Er legte in seinem Schreiben daher sogleich einen förmlichen Protest ein gegen das Zusammendeliberieren des Fürsten- und Reichsbotenhauses: „Das tut nimmer gut und setzt die höchsten Herren möglicherweise Avanien aus, die vermieden werden müssen. Die

---

[1]) Springer S. 225: Friedrich Wilhelm IV. an Dahlmann v. 24. 4. 1848.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 275 ff.; Springer Bd. 2 S. 226.

Einzwängung von 50 Fürsten und 150 Reichsboten ist ungerecht und gibt ohne weiteres einen Reichsbotensieg".

Der österreichische Kaiser soll als „Ehrenhaupt deutscher Nation, als erblicher römischer Kaiser anerkannt werden. Dazu tritt der deutsche König, dessen Machtbereich sich nur auf Deutschland erstrecken soll.

Wie Rachfahl in seinem Buche über Friedrich Wilhelm IV. und Deutschland nachweist, haftet den deutschen Entwürfen des preußischen Königs vom April und Mai 1848 eine stark ausgesprochene antiösterreichische Tendenz an.[1]) Er zieht die Konsequenzen, die sich aus den Plänen des Königs über eine Reform des Bundes ergeben, die letzterer in seinem an Dahlmann gerichteten Briefe entwickelte,[2]) und führt für seine Auffassung Beweise aus dem Briefwechsel zwischen Ranke und Manteuffel an. Es geht daraus hervor, daß sich der König die Lösung der deutschen Frage und die zukünftige Stellung Preußens in Deutschland zwar etwas romantisch gefärbt vorstellte, daß aber hinter dem mittelalterlich anmutenden Beiwerke sich höchst reale Machtansprüche verbargen.[3]) Der König wünschte, daß Österreich die kaiserliche Würde in Deutschland erhielt und er selbst Reichserzfeldherr würde. Und zwar sollten ihm die zehn Reichswehrherzogtümer des engeren Deutschlands unterstellt werden, so daß er in diesem Gebiete das militärische Kommando, damit aber zugleich auch die reale Macht in den Händen gehabt hätte.[4]) Ferner war es sein geheimer Wunsch, daß die Kur zum „teutschen Könige" auf den König von Preußen, also auf ihn fallen möchte. Die Zentralgewalt sollte dann ihm übertragen und ein verantwortliches Reichsministerium errichtet werden, doch meinte er: „Ob dem Oberhaupte, zumal wenns der König der Teutschen ist, nicht etwas mehr freie Hand gelassen werden kann, lasse ich dahingestellt. Ich fordere aber unter gewissen, namentlich kriegerischen und rebellischen Zuständen die Diktatur für den teutschen König".[5]) Andrerseits faßte er aber auch den Fall ins Auge, daß die Zentralgewalt in die Hände des Habsburgischen Kaisers gelegt würde (natürlich mit Ausnahme der im Erzfeldherrnamte konzentrierten militärischen Gewalt). Für diesen Fall war vielmehr sein ausdrückliches Programm „die konstitutionelle

---

[1]) Rachfahl: Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution S. 299.
[2]) Springer Bd. 2 S. 225 ff.
[3]) Rachfahl S. 299.
[4]) Ebenda S. 294.
[5]) Springer Bd. 2 S. 228.

Regierung des Kaisers mit einem verantwortlichen Ministerium".[1]) „Den Kaiser aus dem Erzhause Österreich wollte er," dieser Ansicht ist Rachfahl, „falls ihm wirklich die Regierung im neuen Reiche übertragen werden sollte, Beschränkungen unterwerfen, die ihn zu einer konstitutionellen Scheinpuppe hinabdrückten."[1]) Sein Wunsch war es, Reichserzfeldherr, „König der Teutschen", „das besondere teutsche Oberhaupt" neben dem „Ehrenhaupt teutscher Nation", dem österreichischen Kaiser zu werden. In Österreich fühlte man den Plan, Österreich nach und nach aus dem Bunde zu drängen, aus des Königs Erörterungen wohl heraus. „Man betrachtete die Politik des Königs ganz richtig als einen Versuch, das Wesen der Macht um den Preis des Scheins der Macht zu erkaufen, durch eine bloße Ehrenstellung Österreich aus seiner althergebrachten Machtstellung zu verdrängen (S. 298).

Dem Prinzen gegenüber hatte der König dessen Plan „idealisch gut" geheißen; dieser aber erkannte in den „unbedeutenden" Abänderungen desselben doch solche, die ihm die Harmonie des Planes zu zerstören drohten; indes sah er bald ein, daß ein auf Lebenslänge gewählter Kaiser mehr Aussichten habe. „Aber einen römischen Kaiser und einen König der Deutschen, das werden sich die Deutschen nicht gefallen lassen, so historisch schön dies auch wäre."[2]) Er hatte seinen Plan am 30. März auch an Stockmar geschickt, der am 16. Mai[3]) 1848 nach langem Zögern als Vertrauensmann und Bundestagsgesandter der Koburger Regierung nach Frankfurt ging. Eine ziemlich lange Zeit verging, ehe er über den Verfassungsentwurf des Prinzen ein Urteil fällte. Er hatte um diese Zeit ebenfalls einen deutschen Verfassungsplan entworfen, der sich sehr von dem des Prinzen unterschied.[4]) Das Oberhaupt sollte nach ihm erblich sein, Österreich wurde die Wahl gelassen, mit seinen deutschen Ländern dem Einheitsstaat beizutreten oder ganz aus Deutschland auszuscheiden. Preußen erschien als Zentralgewalt, es mußte den Kaiser liefern, sein Gebiet sollte als unmittelbares Reichsland von Fankfurt aus regiert werden und einem Reichsministerium, aus Preußen und Nichtpreußen gebildet, unterworfen sein. Ein besonderes preußisches Parlament war seiner Ansicht nach nicht nötig, während den übrigen Staaten, die das mittelbare Reichsland bildeten, ein eigner Landtag gewährt wurde. In ihnen übte der Kaiser durch das Reichsministerium

---

[1]) Rachfahl S. 295.
[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 60: Prinz Albert an Stockmar v. 11. 4. 1848.
[3]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 488/89.
[4]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 489—497.

nur die Befugnisse aus, die im Verfassungsentwurf der 17er der Bundeszentralgewalt zugewiesen waren, was übrig blieb, wurde in den Einzellandtagen verhandelt. Preußen sollte sich erst mit deutschem Geiste sättigen und diesen dann mit seiner Eigenart, seinen guten Eigenschaften verschmelzen. Dieses Aufgehen Preußens in Deutschland, wie es Stockmar forderte, schon die Stellung seines Heeres unter Frankfurter Bundesgewalt, hätte der König und mit ihm das Altpreußentum nie und nimmer zugegeben.

Der vertraute Ratgeber der Höfe von Brüssel und London hatte von seinem Plan eine hohe Meinung, so schrieb er am 24. Mai 1848: „Die Möglichkeit der Ausführung dieses Planes hängt nur davon ab, wie ernstlich die Nation die Einheit will",[1]) und am 29. Mai: „Er ist der einzige von allen Plänen, die mir zu Gesichte gekommen, der erlaubt, von dem Bestandhabenden so viel als möglich beizubehalten und dasselbe staatsmännisch zu schonen".[2]) Auch die Mediatisierung der kleineren Staaten faßte er ins Auge.[3]) Bei der Ausführung eines solchen Planes komme es weniger auf den Widerstand der Regierungen als auf den Willen der Völker an. Er scheint aber sehr daran gezweifelt zu haben, ob die Nation über diesen Punkt bereits einer Meinung sei. Seiner Überzeugung nach lag die Rettung in diesem Augenblick in der Zentralisation der geistigen und materiellen Interessen, er näherte sich damit dem Standpunkt des Prinzen Albert, den dieser in seiner Denkschrift vom 11. September 1847[4]) einnahm, hielt aber trotzdem beide Entwürfe seines Schülers nicht für ausführbar.[5]) Auf dessen Plan mag sich auch mit seine Behauptung bezogen haben, daß in den bisherigen Vorschlägen zu einer Reichsverfassung der schwächste Punkt immer die Bestimmung des Reichsoberhauptes gewesen sei.[6])

Aber dem Prinzen sagte auch der Entwurf Stockmars nicht zu.[7]) Daß er ihn nicht beifällig aufnehmen konnte, lag schon in den grundverschiedenen Auffassungen beider Staatsmänner über die Kaiserwürde. Der Prinz konnte sich fernerhin nicht recht mit der ins Auge gefaßten Mediatisierung der kleineren deutschen Fürsten vertraut machen, ebensowenig wie mit einem Ausscheiden Österreichs. Er schrieb hierüber an Stockmar: er (Stockmar) errichte sein Gebäude auf der Prämisse, „daß ein

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 61.
[2]) Ebenda S. 62.
[3]) Ebenda S. 61.
[4]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 180.
[5]) Th. Martin Bd. 2 S. 62: Stockmar an Prinz Albert v. 29. 5. 1848.
[6]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 489.
[7]) Ebenda S. 503.

Turnus jede Einheit der Regierungsweise und alle Größe und Macht der Nation ausschließen oder doch verkrüppeln müsse". Und deshalb solle Österreich von Deutschland scheiden, sollten die übrigen Staaten von Preußen mediatisiert werden. Jene Prämisse sei aber erst zu beweisen.[1])

Bunsen stimmte mit dem Prinzen Albert in einem lebenslänglichen Wahlkaiser mit fürstlichem Reichsrat, zwei gesetzgebenden Versammlungen[2]) und dem Bundesgericht überein. Er wollte dem Oberhause die Rechte des amerikanischen Senats gegeben wissen und den Fürsten für das Aufgeben der „beiden glänzenden Kronjuwelen", der Vertretung und des militärischen Oberbefehls, wenigstens den Trost geben, ein kollektives Veto einlegen zu können.[3]) Deutschland ist, so war seine Ansicht, nicht von Berlin und der Wilhelmstraße aus zu regieren; mit dieser Behauptung näherte er sich der Ansicht Stockmars, obgleich er dessen Plan anfangs wenig zugeneigt war.[4])

Sehr scharf geht Ernst II. mit dem Verfassungsentwurf seines Bruders ins Gericht;[5]) er war der Meinung, daß sein vertrauter Umgang mit Bunsen ihn veranlasse, die ganze Lage der Verhältnisse Deutschlands allzusehr in preußischem Lichte zu sehen,[6]) sein Plan schien ihm ein Jahrhundert zu spät gekommen zu sein, der Radikalismus habe gesiegt, die Liberalen, bestrebt einander zu übertreffen, hätten Deutschland an den Rand der Republik gebracht.[7]) Immer wieder machte er ihm den Vorwurf des Optimismus.[8])

In dem Wahlkaisertum des Prinzen erkannte er sofort einen Mißgriff, der für das ganze Projekt tödlich werden mußte, und freute sich, mit Friedrich Wilhelm IV. darin einer Meinung zu sein; der Plan des Prinzen wetteifere andrerseits mit der Auffassung des Königs von Preußen „in doktrinärer Aufstellung von Unwahrscheinlichkeiten und Unmöglichkeiten".

Am 18. Mai wurde in Frankfurt das Parlament eröffnet. Nach Wahl des Präsidenten in Heinrich v. Gagern und Einsetzung einer provisorischen Exekutive in der Person des Erzherzogs Johann (29. Juni), der am 9. August 1848 sein erstes Ministerium unter Vorsitz des Fürsten von Leiningen bildete, ging man an die Beratung der Verfassung, von der man erst

---

[1]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 503.
[2]) Ebenda S. 499.
[3]) A. Springer, Fr. Chr. Dahlmann Bd. 2 S. 229, 230.
[4]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 499—501.
[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 275.
[6]) Ebenda S. 280.
[7]) Ebenda S. 279.
[8]) Ebenda S. 280, 281.

die Grundrechte absonderte und vom 19. Oktober an die einzelnen Abschnitte heranzog. Diesen Beratungen wurde der Dahlmannsche Verfassungsentwurf zugrunde gelegt.

Als Antwort auf diesen Verfassungsentwurf der 17er erließ Friedrich Wilhelm das schon obenerwähnte Schreiben an die Mitfürsten Deutschlands.[1]) Er hatte sich Metternich schon am 18. April verpflichtet, für Österreich die Kaiserwürde und für sich das Reichsfeldherrnamt zu erstreben. Von den übrigen deutschen Staaten hatte sich Bayern dazu geäußert, die bayerische Regierung verwarf ihn und arbeitete einen neuen aus.

Ernst II. nannte den Entwurf der 17er ein „unpraktisches und hoffnungsloses Operat eines volksfremden Doktrinarismus, welcher kaum eine starke Fühlung mit den großen Kreisen des Volkes habe“,[2]) er schrieb ihm aber das Verdienst zu, eine Unterlage für künftige Verhandlungen zu sein, die diese vor dem Versinken ins Bodenlose schützen konnte.[2])

§ 7.

Kritik des Prinzen Albert an dem Verfassungsentwurf Dahlmanns.

Dahlmann hatte seinen Entwurf auch nach London gesandt. Prinz Albert wandte sich sogleich gegen zwei Punkte, die ihm den Entwurf entsetzlich und unannehmbar machten,[3]) es war dies die Erblichkeit der Kaiserwürde und die Bestimmung, daß das Oberhaus aus den regierenden Fürsten und 161 durch die Kammern gewählten Reichsräten bestehen sollte. Ernst II. billigte die Kritik seines Bruders und stellte den tief niederschmetternden Eindruck fest, den sie in den Mitgliedern des 17er Ausschusses hervorbrachte.[4]) Dem Prinzen mochte das Treiben in Frankfurt, genährt durch Berichte seines Bruders,[5]) doch etwas unheimlich geworden sein, er wünschte daher, daß die Verfassungsverhandlungen aus Frankfurt, das zu sehr dem Einfluß des Badenser, Mainzer, Darmstädter Gesindels ausgesetzt sei, auch zu nahe an der französischen Grenze liege, nach Nürnberg, dem Zentrum Deutschlands verlegt würden.[6]) Doch war es ihm nicht möglich, ganz so pessimistisch in die Zukunft zu blicken wie sein Bruder.[7])

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 276; A. Springer, Fr. Chr. Dahlmann Bd. 2 S. 226.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 281.
[3]) Ebenda Bd. 1 S. 289: Prinz Albert v. 4. 5.
[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 281.
[5]) Ebenda; Ernst II. an Prinz Albert v. 5. u. 6. 4. 1848 S. 278—280.
[6]) Ebenda Bd. 1 S. 282.
[7]) Ebenda Bd. 1 S. 282: Prinz Albert v. 13. 4.

In der Kritik,[1]) die der Prinz an dem Verfassungsentwurf Dahlmanns ausübt, tritt nun sein aristokratisches Standesgefühl und seine dynastische Gesinnung klar zutage.[2])

Der Inhalt dieses an Dahlmann gerichteten Schreibens ist folgender: „Der Prinz erkennt darin zwar die ‚großartige Konsequenz', mit welcher die Grundidee festgehalten sei, an, verwirft aber nicht allein die Vermengung der Fürsten und ständischen Abgeordneten im Oberhause, sondern vermißt auch die gebührende Rücksicht auf die Aristokratie, ‚ohne welche kein Staat bestehen könne', deren Elemente in Deutschland er aber nur in den mediatisierten Fürsten entdeckte".

Mit größter Schärfe aber spricht er sich gegen die Erblichkeit der Kaiserwürde aus: „Ich halte sie", so schreibt er, „aus inneren und äußeren Gründen für etwas durchaus Ungehöriges und dem künftigen deutschen Reiche Verderbliches. Die Würde eines Kaisers wird, meiner Meinung nach, mit der der einzelnen Souveräne nur dann verträglich, wenn sie den letzteren durch eine jedesmalige Wahl Gelegenheit gibt, sich tätig zu erweisen und sich dadurch das Bewußtsein zu erhalten, daß die Obermacht, der man sich unterordnet, von den sich Unterordnenden fortwährend ausgeht. Dieses Bewußtsein, sowohl seitens des Kaisers als der übrigen Fürsten, scheint mir das einzige Mittel, um zwischen beiden Teilen einen fortwährenden Einklang zu erhalten. Ein erblicher deutscher Kaiser würde, wenn er beim Vergleiche seiner Stellung mit der der übrigen Monarchen Europas dieselbe durch die Staatssouveränitäten unter ihm eingeschränkt fände, leicht zu dem Versuche hingezogen werden, diese Souveränitäten mehr und mehr herabzudrücken und sie als die Erbfeinde seiner ungeteilten Macht allmählich zu vernichten. Und ebenso würden ihrerseits die einzelnen Souveräne in dem erblichen Kaiser das fortwährende Haupthindernis zu ihrer Gleichstellung mit ihren außerdeutschen Standesgenossen erblicken und im fortwährenden Mißtrauen gegen ihn den vereinten Widerstand gegen etwaige weitere Übergriffe der kaiserlichen Macht zu einer Hauptaufgabe ihrer Tätigkeit machen. Wird dagegen der Kaiser durch Wahl berufen, so muß er schon aus Rücksicht auf das Haus, dem er entnommen worden und in das vielleicht sein Sohn ohne Kaiserkrone wieder zurücktritt, die Souveräne unter ihm in ihren Rechten ebenso zu erhalten suchen, als er wünscht, daß ein künftiger Kaiser auch sein Haus in seinen Rechten unangetastet lasse. Den einzelnen Souveränen

---

[1]) A. Springer, Fr. Chr. Dahlmann S. 230—233.
[2]) vgl. hierzu Stockmars Denkwürdigkeiten S. 503.

aber wird ein jedesmal gewählter Kaiser als der Stolz ihrer aller erscheinen, und sie werden gern jedes mögliche Opfer zur Kräftigung einer Würde bringen, deren ein jeder unter ihnen selbst teilhaftig werden kann. Neben den festen Wurzeln, die das Kaisertum von der Erblichkeit der einzelnen Souveränitäten, aus denen es erwachsen ist, empfängt, bedarf es für dasselbe keiner besonderen Erblichkeit".

Prinz Albert zeigt sich mit diesen Ausführungen als Anhänger der Theorie absoluter Gleichheit aller deutschen Fürsten, verfällt also selbst dem Souveränitätsschwindel der kleinen Fürsten, gegen den er in seiner Denkschrift vom 11. September 1847 ankämpfte.[1]) Wir sehen, daß er in der Praxis ganz und gar nicht gesonnen war, die Souveränität der Fürsten, die im Ernstfalle ganz illusorisch wurde, den Vorteilen einer starken Zentralgewalt zu opfern; er wünschte vielmehr die drei Gewalten eines jeden einzelnen Staates mit vollständiger Wahrung der ihnen zukommenden Befähigung und Pflichten in der vereinigten Konstitution vertreten zu sehen.[2]) „Von diesem Gesichtspunkt ausgehend", so schrieb er in demselben Briefe an Dahlmann, „unterscheidet sich mein Plan von den übrigen, die mir bekannt geworden sind, namentlich durch zweierlei: einmal, daß er den künftigen großen Reichstag als eine letzte Gliederung an die bestehenden Einzellandtage bindet, zweitens, daß er den Fürsten, deren persönliche Tätigkeit er als etwas Wesentliches in sich aufnimmt, keine andere Art der Gewalt zuschreibt als die einem jeden derselben auch in seinem eigenen Staate zugehörende, nämlich die exekutive, verknüpft mit den symbolisch-repräsentativen". Sollte der Kaiser wirkliche Macht ausüben und nicht nur als primus inter pares eine vorwiegend repräsentative Rolle spielen, wie sie ihm im Verfassungsentwurf des Prinzen vom 28. März zuerteilt war, so mußten ihm persönlich wichtige Teile der Souveränität der Fürsten übertragen werden, so vor allem der Oberbefehl über das Heer, die alleinige Besetzung der wichtigsten Staatsämter; auch die Ministerverantwortlichkeit dem Reichstag gegenüber, eine englische Einrichtung, wäre für die damalige Lage nicht opportun gewesen. Ein Wahlkaiser im Sinne des Prinzen Albert erschien als Symbol der Summe koordinierter Fürstensouveränitäten. Im Widerspruch zu den Ausführungen in seiner früheren Denkschrift steht jedenfalls dies, wenn er jetzt verlangt, daß der Fürstentag durch seine Teilnahme an der exekutiven Gewalt und als Teilnehmer der

[1]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 181.
[2]) Springer, Dahlmann Bd. 2 S. 224: Prinz Albert v. 3. 4. 1847.

repräsentativen Bedeutung des Kaisers den ungeschwächten Fortbestand der Macht und Hoheit aller deutschen Kronen vollkommen sichern solle.[1]) Er ging in seinem Bestreben, „organisch weiterzuentwickeln", zweifellos zu weit, wenn er die Wahlkaiserwürde, ähnlich dem Reichstag, der dem Schoße der Einzellandtage entspringen sollte, als Produkt der erblichen Fürstensouveränität ansah. Die Nachteile, die Prinz Albert von einem Erbkaisertum erwartete, würden sich eher und als viel schädlicher für das Ganze bei einem Wahlkaisertum herausgestellt haben. — Das Einzwängen der Fürsten mit den 161 Reichsräten in ein Oberhaus, gegen das sich auch Friedrich Wilhelm IV. verwahrt hatte,[2]) war von Dahlmann selbst allmählich als unstatthaft erkannt worden.[3])

Über diesen Punkt und über die Frage, wer an die Spitze des künftigen Reichs treten sollte, schrieb der Prinz am 13. April 1848 an seinen Bruder[4]): „Ob Preußen an die Spitze tritt oder nicht, ist in meinem Plane (vom 28. März) ganz unberührt geblieben, sein wesentlicher Unterschied von dem Heidelberg-Frankfurter Plane liegt darin, daß Commons Commons bleiben, Pairs Pairs, Souveräne Souveräne, und doch ein konstitutionelles Ganzes daraus wird. Und nur so kann etwas daraus werden; denn der Kaiser von Österreich kann doch wahrhaftig nicht zu Hause Kaiser und in Deutschland Pair sein".

In dem Briefe an Dahlmann fortfahrend,[5]) meinte Prinz Albert, daß „zugleich mit der Verletzung des souveränen Wesens der Fürsten durch das Aufgeben eines erblichen Kaisertums auch noch das Mißverhältnis vermieden werde, in das der Hausstaat des erblichen Kaisers gegen die übrigen Staaten geraten müßte, wenn er entweder als des Kaisers Schoßkind in vielen Stücken vor den anderen bevorzugt oder durch permanente Abwesenheit des eigenen Souveräns ausnahmsweise benachteiligt würde". — Für die Güte des Wahlkaisertums versucht er sodann auch Beweise aus der Geschichte der deutschen Vergangenheit heranzuziehen. Er fürchtet, daß das unauflösliche Binden der Kaiserwürde an ein einziges Haus und Land der Entwicklung

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 275; vgl. hierzu Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 181: „Die Beeinträchtigung der Souveränität ... Zugleich würden sie durch unbedingtes Anerkennen einer Bundesoberhoheit ... Prinz Albert billigt außerdem die Denkschrift des Fürsten Leiningen ganz und gar (Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 173), vgl. S. 178/79.

[2]) Ebenda S. 277.

[3]) Springer Bd. 2 S. 225.

[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 281.

[5]) Springer Bd. 2 S. 232.

unseres nationalen Lebens eine gewisse unnatürliche Einseitigkeit aufzwingen müsse.

Die reiche Mannigfaltigkeit der von Kaisern aus fast allen deutschen Volksstämmen angeregten Lebensentwicklung in unserer älteren Geschichte würde bei der Einführung der erbkaiserlichen Würde von jetzt an wieder in der Einerleiheit eines einzigen Regierungswesens begraben werden. Nicht zu übersehen sei ferner die Tatsache, daß die höchste Glanzperiode des Deutschen Reichs mit der Wahlmonarchie sowie sein Verfall mit der faktischen Einführung des Erbkaisertums gleichzeitig gewesen.

Nachdem er so diese „inneren und dauernden Gründe" gegen das Erbkaisertum erörtert hat, bringt er noch einige mehr auf die Forderungen des Augenblicks bezügliche. — Die Ungeeignetheit des Augenblicks, dieses einzuführen, offenbart sich erstens darin, daß es Schwierigkeit haben würde, wenn man die Erblichkeit gegen den entschiedenen Wunsch nicht nur sämtlicher deutscher Fürsten, sondern auch einer starken Majorität in den meisten deutschen Staaten durchsetzen wollte, zweitens in der Ungerechtigkeit, die man begehen würde, gerade den gegenwärtigen, in allen seinen Bestandteilen weder geschichtlich noch naturgemäß notwendigen Bestand der deutschen Fürsten und Staaten zur Grundlage der Ernennung (oder vielleicht des Kampfes um die Ernennung) einer Dynastie zu machen, die, wenn sie in der Tat dauernd eingesetzt werden könnte, sich möglicherweise in kurzem von ganz anders beschaffenen deutschen Fürsten und Staaten umgeben finden würde, drittens, daß es der Widerstreit des Alten mit dem Neuen nur wenigen Persönlichkeiten gestatten würde, sich rein zu zeigen und noch weniger, rein beurteilt zu werden.

Erst die Festsetzung der Reichsverfassung, dann die Fixierung der neuen Kaiserwürde aus einer Konkurrenz nicht nur der deutschen Staaten, sondern auch der deutschen fürstlichen Persönlichkeiten.[1])

Kürzer und mit weniger Umschweifen sprach sich der Prinz seinem Bruder gegenüber aus, der ihm in seinen Ansichten beistimmte: „Die Hauptsache", schrieb er am 4. Mai 1848,[2]) „bleibt nun die Konstitution für Deutschland. Der Plan, von dem ich, als von den Siebzehnern angenommen, höre, ist entsetzlich!

---

[1]) Springer Bd. 2 S. 233.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 283.

Ihr müßt euer Äußerstes tun, um wenigstens einen Punkt zu modifizieren. Der Patriotismus kann sich allem unterwerfen, aber keiner Prinzipsverwechslung. Daß die Souveräne mit anderen Reichsräten als solche am Bunde sitzen sollen, ist nicht möglich, lieber gar nicht! Gehorcht dem deutschen Kaiser und Parlamente meinetwegen, aber laßt euch nicht zumuten, zu Hause Herzog, Großherzog, Kurfürst und König zu sein und in Frankfurt einer von 200 Reichsräten".

Und in demselben Briefe schrieb er: „Was das allgemeine Deutsche angeht, so rate ich unbedingt, sich temporär einer Zentralgewalt unterzuordnen, wenn eine solche sich bilden läßt, und für die Zukunft hauptsächlich darauf hinzuarbeiten, daß Österreich im deutschen Staatsverbande bleibt, und dann sich in ein Boot mit ihm zu setzen ... Ist nur noch Preußen übrig, so ist sein Übergewicht so groß, daß man den übrigen Schmähliches zumuten wird.

Beschränkt und sehr beschränkt müssen die einzelnen Staaten werden, aber sie brauchen nicht heruntergesetzt zu werden, um die Einheit darzustellen".

Der Prinz war also jetzt, obgleich er in seinem Entwurf vom 11. September 1847 neben der Überzeugung, „daß ein Ausscheiden Österreichs aus dem Bunde eine Auflösung des Bundes selbst bedeuten und die Stärke Deutschlands nach außen bedeutend schwächen würde",[1]) auch diese hegte, „daß die ganze politische Reformation Deutschlands in der Hand Preußens liege und daß dieses nur zu wollen habe, um alle von ihm angeführten Resultate zu erlangen",[2]) ganz und gar in kurzsichtige, egoistische Anschauungen eines kleinlichen Dynastentums verfallen und in österreichisches Fahrwasser geraten.

Die Ursachen davon lagen in der Furcht vor dem Cäsarismus, vor der Vergewaltigung der Kleinstaaten, in der Eifersucht auf die beiden deutschen Großmächte, im gegenwärtigen Augenblick in der Furcht vor Preußens Hegemonie[3]) und zarten Rücksichtnahme auf die selbständigen gleichen Rechte aller Einzelländer, in der Tat, wie A. Springer sagt, alles Einwürfe, die in den folgenden Jahrzehnten gegen die Aufrichtung eines einheitlichen Reiches gerichtet wurden.[4])

Auf Dahlmann machten diese Einwendungen des Prinzen einen tiefen Eindruck, und er bekam einen Einblick in die großen

---

[1]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 182.
[2]) Ebenda S. 184.
[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 283.
[4]) A. Springer Bd. 2 S. 234.

Schwierigkeiten, die der Ausführung der Verfassung entgegenstehen würden; doch ließ er sich bezüglich der Erblichkeit, bestärkt durch einen Brief Friedrich Wilhelms IV. vom 24. April und durch die glänzende Beurteilung seitens des Prinzen von Preußen, die dieser seinem Entwurf mit Ausnahme des Punktes, daß die Fürsten zusammen mit den Reichsräten beraten sollten, und einiger Militärverhältnisse berührenden Bestimmungen angedeihen ließ,[1]) in seiner Ansicht nicht erschüttern.[2])

§ 8.

Entwicklung in Deutschland: Preußen, Österreich, Frankfurt, Schleswig-Holstein vom März 1848 bis Mai 1849.

Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte Prinz Albert die weitere Entwicklung der Dinge in Europa und in Deutschland. Um sich eine möglichst richtige Anschauung von den Vorgängen zu bilden, hielt er sich eine große Anzahl englischer, französischer und deutscher Zeitungen, deren Lektüre fast alle seine freien Stunden ausfüllte.[3]) Auf keinen Fall wollte er den Zusammenhang verlieren und unrichtig urteilen, es mochte ihm daher zu gelegener Stunde kommen, als H. v. Gagern, der Präsident der Nationalversammlung, Anfang Mai bei einer Rundreise an die europäischen Höfe auch ihm einen Besuch abstattete und ihn in die Lage versetzte, „viel in die Karten sehen zu können".[4])

In Preußen war unterdes, veranlaßt durch die Erregung im Volke und das Drängen der Minister, der Zweite Vereinigte Landtag durch das Patent vom 18. März 1848 schon auf den 2. April einberufen worden.

Aus diesem Landtag ging das Wahlgesetz für die künftige preußische Nationalversammlung hervor.

Das am 29. März neu gebildete liberale Ministerium Camphausen, mit dem Friedrich Wilhelm IV. gemäß seinen Anschauungen von Herrscher und Volk nicht übereinstimmte und es deshalb handeln ließ, bis es ihm nach seiner Weise einmal gefiel, den „Deus ex machina" zu spielen, legte dieser Versammlung wichtige liberale Gesetzentwürfe vor, wie solche über Preßfreiheit, Einführung von Geschworenengerichten, die auch ge-

---

[1]) A. Springer S. 235—237.
[2]) A. Springer, Fr. Chr. Dahlmann S. 225.
[3]) Th. Martin Bd. 2 S. 78: Prinz Albert v. 7. 6. 1848.
[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 293.

nehmigt wurden. Am 22. Mai trat dann die preußische Nationalversammlung zusammen, in der zwar die Konservativen überwogen, die Radikalen aber vermöge ihres engen Zusammenhangs mit der Straße, mit Klubs und mit der Presse die Gegner oft mit sich fortrissen.[1])

In Wien hatte die am 25. April von der Regierung vorgelegte Verfassung wegen ihrer Wahlbestimmungen und der Existenz und der Zusammensetzung einer bevorrechteten I. Kammer im Volke viel Unwillen hervorgerufen.[2])

Dieser machte sich in den großen Straßenkämpfen vom 14. und 15. Mai Luft, infolgedessen der Hof nach Innsbruck floh. In Lombardo-Venetien, Böhmen, Ungarn setzten Bewegungen ein für verfassungsmäßig garantierte Rechte, unterstützt durch das Nationalitätsprinzip, die auf einen lockeren Zusammenhang mit Österreich, teilweise aber auch auf völlige Lostrennung von diesem hinzielten. Kein Wunder also, daß beim Empfang dieser Hiobspost Prinz Albert die schwersten Besorgnisse für die Zukunft Deutschlands hegte.[3]) Auch über die Zusammensetzung der Frankfurter Versammlung empfand er keine Freude.[3])

Die fortwährenden Straßenkämpfe und Ausschreitungen des Pöbels waren ihm widerwärtig, und er gibt dieser Stimmung Ausdruck, wenn er schreibt,[3]) daß die deutsche Bewegung, die anfangs von einem edlen Schwung erfüllt gewesen, jetzt an einer häßlichen Krankheit leide, die den deutschen Körper vernichte, wenn nicht bald abgeholfen werde.

Die dreitägige Straßenschlacht in Paris vom 23. bis 26. Juni, die die gemäßigte Regierung zur Herrin der Situation machte, war das erste Zeichen der hereinbrechenden Reaktion, gab den unterlegenen Regierungen den Mut, gegen die Auswüchse der Revolution vorzugehen.

Auch der Prinz hoffte von dem Pariser Ereignis, das er Anfang Juni vorhergesagt hatte,[3]) eine günstige Rückwirkung auf Deutschland und die Regierungen. Er fühlte sich mit Stockmar darin eins, daß am Ende auch hier Truppen die Werkzeuge sein müßten, um Frieden und Ordnung wiederherzustellen, daß die rohe Gewalt mit materiellen Mitteln bekämpft werden müsse.[4])

Die Wahl des Erzherzogs Johann durch die Paulskirche zum Reichsverweser am 29. Juni erfüllte ihn dagegen wieder mit frohem Mut, und er knüpfte an die Annahme dieser Würde

---

[1]) O. Weber, 1848. Sechs Vorträge S. 84.
[2]) O. Weber, 1848. Sechs Vorträge S. 31, 32.
[3]) Th. Martin Bd. 2 S. 78: Prinz Albert v. 7. 6. 1848.
[4]) Th. Martin Bd. 2 S. 82, 87.

seitens desselben die hoffnungsvollsten Erwartungen. Beim ersten Empfang der Nachricht hielt er Einheit und Monarchie zugleich gesichert,[1]) reduzierte aber sein Urteil darauf, daß die Annahme des Erzherzogs eine Beruhigung hervorgerufen habe, die die Vorbedingung zur Lösung aller schwierigen Fragen sei,[2]) um gegen Ende Juli wieder ziemlich pessimistisch in die Zukunft zu sehen.[3]) Nachdem so ein provisorisches Oberhaupt gewählt, also ein einheitliches Parlament, ein Herrscher vorhanden war und der Bundestag, indem er diesem seine Befugnisse übertrug, seine bisherige Wirksamkeit für beendet ansah, galt es auch ein Reichsministerium zu bilden und die Stellung der Einzelstaaten zur Zentralgewalt zu bestimmen. Ersteres war am 9. August, mit dem Fürsten Leiningen an der Spitze, gebildet. Schmerling übernahm die inneren Angelegenheiten; ein gemeinschaftliches Kriegs-, Justiz-, Finanz- und Handelsministerium, ein Ministerium des Äußern unter Vorsitz von Heckscher (Hamburg) konstituierte sich. Prinz Albert hielt diese Wahl seines Schwagers der Repräsentation halber für nicht unklug.[4])

Die Frage war nun, wie würden sich die Regierungen zur Zentralgewalt verhalten. Prinz Albert erkannte bald die Wichtigkeit dieses Augenblicks. Er schrieb am 28. Juli an Stockmar[5]): „Wir sind allerdings an dem Punkte angelangt, wo die Stellung der Einzelregierungen zu der Zentralgewalt bestimmt werden muß. Die Art und Weise, in der die Zentralgewalt von der Nationalversammlung geschaffen worden ist, war nicht der Art, den einzelnen Regierungen die zu bringenden Opfer angenehm zu machen. Vielleicht war dies auch nicht der Wunsch der Hauptführer, die in einer studentenhaften Grobheit gegen alle bestehenden Autoritäten oder gar hochgestellte Personen einen gewissen Reiz und Genuß finden. Dies hat uns jedoch an die Schwelle einer separatistischen Bewegung geführt, die es doch besser gewesen wäre nicht zu provozieren. Wenn ein Einklang der einzelnen Staaten mit den Zentralkörpern nicht hergestellt wird, so kann auch aus der Einheit nichts werden, und die Einheit gerade nur so zu wollen, daß die einzelnen Staaten nicht darin bestehen können, legt Deutschland den Kampf der Zer-

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 81: Prinz Albert an Stockmar v. 9. 7. 1848.
[2]) Ebenda Bd. 2 S. 92: Prinz Albert an Stockmar v. 18. 7. 1848.
[3]) Ebenda Bd. 2 S. 95: Prinz Albert an die verwitwete Herzogin von Koburg v. 25. 7.
[4]) Th. Martin Bd. 2 S. 102.
[5]) Th. Martin Bd. 2 S. 100.

störung derselben auf, der, wie er auch enden mag, ein entsetzliches Unglück sein wird".

Als Mittel zur Verständigung zwischen Zentral- und Sondergewalt empfahl er Beschickung der provisorischen Regierung durch Gesandte der Einzelstaaten und Sichenthalten von Provokationen seitens der Abgeordneten. Es erschien ihm als wichtigste Aufgabe des Reichsverwesers, die offizielle Anerkennung der Staaten, vor allem der deutschen Großmächte, zu erhalten[1]) und seine Regierung als Ausgeburt der Revolution von ihnen legitimieren zu lassen. Dies geschah, sobald der Bundestag sich auflöste.[2])

Durch die Ereignisse in Österreich, welche die dortige Regierung von den Vorgängen in Deutschland ablenkten, wurde die Frankfurter Versammlung in ihrer Sicherheit bestärkt; sie erkannte, daß Österreich in seiner Ohnmacht ihr nichts antun könne. Es hing aber alles davon ab, ob sie die Machtmittel eines der größeren Staaten für sich gewinnen würde. Daß dies nicht geschah, rächte sich, als sie beginnen wollte, ihre durch keine reale Macht gestützte Regierungsgewalt in die Praxis umzusetzen. Für den 6. August 1848 erließ der Reichskriegsminister eine Verfügung, wonach die gesamte Bundesarmee dem Reichsverweser huldigen und die deutsche Kokarde angelegt werden sollte. In den Kleinstaaten geschah dies, in Österreich unterblieb es, in Preußen ebenfalls mit Hinweis auf den Armeebefehl vom 29. Juli. Friedrich Wilhelm IV. hätte es nie über sich gebracht, sein Heer, das erste der Welt, die Schöpfung seines Hauses, in ein deutsches Reichsheer auch unter römisch-kaiserlicher Majestät aufgelöst zu sehen.[3]) Die Worte des Königs, die er am 15. August 1848 in Köln an eine Begrüßungsdeputation der Frankfurter Versammlung richtete: „Vergessen Sie nicht, daß es Fürsten in Deutschland gibt und daß ich einer derselben bin", mußten den Führern in Frankfurt eine Mahnung sein, vorsichtig vorzugehen und vereint mit den Fürsten, nicht über deren Köpfe hinweg dekretierend, ohne doch die Macht zu haben, ihren Befehlen den nötigen Nachdruck zu verleihen, das Verfassungswerk durchzuführen. Wie konnten die kleinen Fürsten Vertrauen zu der Frankfurter Regierung fassen, wenn Männer wie Fürst Leiningen und Stockmar als Mittel zur Einheit ihre Mediatisierung proklamierten.[4])

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 102.
[2]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 522.
[3]) A. Springer, Fr. Chr. Dahlmann Bd. 2 S. 242.
[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 301; Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 521.

Leiningen hat sich sowohl Ernst II. als auch Prinz Albert gegenüber ganz ernsthaft und rücksichtslos darüber ausgesprochen, daß die kleineren Fürsten ganz unhaltbar seien. Er konnte als Chef eines mediatisierten Hauses in einem solchen Gange der Entwicklung nur eine Art von ausgleichender Gerechtigkeit sehen.[1])

Prinz Albert war ärgerlich über dieses Bestreben seines Schwagers[2]) und sprach im Hinblick auf dessen Ratschläge von niedriger Auffassung hoher Interessen, während sein Bruder weit davon entfernt war, an eine Durchführung dieser Idee von seiten seines Vetters zu glauben.[3]) Besonders detestierte Königin Victoria die Anschauungen Stockmars und seine Vorliebe für Preußen.[4])

Das Fehlschlagen der provisorischen Regierung, die Regierungen der Einzelstaaten für sich zu gewinnen, der Mißerfolg in der Angelegenheit der Huldigung der Bundesarmee, dem bald ein zweiter größerer folgen sollte, scheint die Hoffnungen des Prinzen Albert bezüglich des Wirkens der Frankfurter Versammlung auf ein Minimum zurückgeführt zu haben. Er sah ein, wie er schon Mitte Juli prophezeit,[5]) daß die Ordnung und Sicherheit in Deutschland nur durch die Regierungen als Träger der wirklichen Macht wiederhergestellt werden könne. In einem am 21. August 1848 an seinen Schwager gerichteten Schreiben[6]) spricht er von dem Irrtum der Paulskirche, den deutschen Regierungen und der Ordnung und Sicherheit in Deutschland erst von Frankfurt aus Stärke geben zu wollen, und fährt dann fort: „Das Einzige, was am Ende in Deutschland noch zusammenhalten wird, wird das durch Gefühl und Geschichte verwachsene Verhältnis der Regierungen und der ihren Häusern angestammten Länder sein". Er betonte damit und nicht mit Unrecht die Macht

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 301.
[2]) Ebenda S. 301, 302.
[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 302.
[4]) The letters of Queen Victoria Vol. II 1844—1853: Queen Victoria to the king of the Belgians, 29. August 1848, S. 228, 229:
„Stockmar I do not quite understand, and I cannot believe that he really wishes to ruin all the smaller States, though his principal object is that unity which I fear he will not obtain.
I do not either at all agree in his wish that Prussia should take the lead; his love for Prussia is to me incomprehensible for it is the country of all others which the rest of Germany dislikes. Stockmar cannot be my good old friend if he has such notions of injustice as I hear attributed to him. But whatever they may be, I do not believe the Ausführung to be possible".
[5]) Th. Martin Bd. 2 S. 82.
[6]) Th. Martin Bd. 2 S. 103, 104.

der Gewohnheit, das Konservative, das monarchische Gefühl, das bei der Masse des deutschen Volks ausschlaggebend war, was es in der Tat unmöglich machte im Gegensatz zu Frankreich, bald in diese, bald in jene Regierungsform zu verfallen. „Die Schwäche ist am größten in den Ländern, die durch Unrecht und Verbrechen unter gewissen Regentenhäusern vereinigt worden sind (Baden, Württemberg, Darmstadt, Rheinpreußen, Rheinbayern usw.), und diese Schwäche wird auch der deutschen Zentralregierung anhängen, wenn sie, anstatt der Ausdruck des Staaten- und Regierungskomplexes zu sein, bloß auf der Basis der Revolution stehen und Folge eines nach expediency getroffenen Planes gewisser Volks- oder vielmehr Revolutionsrepräsentanten sein will und soll. So wird die Regierungsform Deutschlands eine open question für alle Zeiten, über die ein jeder seine Meinung ändern kann, wie er will, je nach den äußeren Ereignissen, die gerade darauf einwirken mögen. Ob Republik oder Monarchie, wird unter anderm eine bloße Majoritätsfrage. Was heute die Frankfurter Versammlung beschließt, kann morgen eine andere wieder umstoßen; ein Rechtszustand wird gar nicht möglich, da es von jeweiligen Launen der Volksversammlungen abhängen wird, was recht sein soll."

Der Sinn für das Legitime, für das rechtlich Begründete und auch für organische Entwicklung spricht aus diesen Worten des Prinzen.

Daß es der Frankfurter Zentralregierung nicht gelungen war, „Ausdruck des Staaten- und Regierungskomplexes", und zwar bezüglich der realen Macht, wie es Prinz Albert zweifellos wünschte, zu werden, sollte sich bald infolge eines Ereignisses offenbaren, das den Anfang vom Ende derselben bezeichnet, nämlich des am 26. August 1848 zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstands zu Malmö.

Die Verhältnisse in Schleswig-Holstein hatten sich in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt: Nach dem Königsgesetz von 1665 war in Dänemark auch die weibliche Erbfolge zulässig, wogegen in Schleswig-Holstein das salische Gesetz maßgebend war. In den Herzogtümern war das Haus Holstein-Augustenburg erbberechtigt, starb der Mannesstamm der Oldenburger in Dänemark aus, so mußte eine Trennung der Herzogtümer von diesem Lande eintreten.

Dieser Fall schien um die Mitte des Jahrhunderts in nächste Nähe gerückt zu sein. Christian VIII. besaß nur einen Sohn, den späteren Friedrich VII. Dieser hatte keine Kinder und war nicht mehr jung. Christian arbeitete deshalb auf eine völlige Einverleibung der Herzogtümer hin, vermittels der Einführung

der weiblichen Erbfolge auch in diesen. Letzteres geschah mit Einverständnis Englands und Rußlands für Schleswig durch den „Offenen Brief“ vom 8. Juli 1846. In Holstein, als Bundesland, konnte er dieses Gesetz nicht ohne weiteres einführen, doch wurde in dem „Offenen Brief“ darauf hingewiesen, daß „die unablässigen Bestrebungen des Königs auch fernerhin darauf gerichtet sein würden, die zurzeit vorhandenen Hindernisse zu beseitigen und die vollständige Anerkennung der Integrität des dänischen Gesamtstaates zuwege zu bringen“. Diese Erklärung rief das Interesse ganz Deutschlands wach. Eine starke populäre Agitation setzte überall ein mit der Forderung einer völligen Trennung der Herzogtümer von Dänemark.

Die holsteinschen Stände riefen die Hilfe des Frankfurter Bundestags an, ebenso die Augustenburger und Glücksburger Agnaten.

In Kopenhagen dagegen forderten die Eiderdänen die Einverleibung Schleswigs und eine eigene Verfassung für Holstein. Diese förmliche Einverleibung geschah unter den Wirkungen der Februarrevolution durch Friedrich VII. am 21. März 1848. In den Herzogtümern bildete sich alsbald eine provisorische Regierung. Der Herzog von Augustenburg rief die Hilfe des Berliner Hofes an, die auch bewilligt wurde. Friedrich Wilhelm IV. war weit entfernt, die Volksbewegung in den Herzogtümern zu billigen, davor bewahrte ihn sein legitimistisches Gefühl ebensosehr wie seinen Schwager, den Zaren. Dagegen sprach er sich entschieden für das alte Recht der Herzogtümer auf Selbständigkeit, Untrennbarkeit und Thronfolge des Mannesstamms aus.[1]) Seine liberalen Minister verhießen Hilfe, der König unterhandelte unterdessen mit Friedrich VII. persönlich.

Diese Unterhandlungen zerschlugen sich, die Dänen ergriffen bei Flensburg die Offensive,[2]) die Folge davon war das Vorgehen der Preußen und nach der Einnahme des Danewerks die Vertreibung der Feinde aus den Herzogtümern.

Doch bald stockten die weiteren Operationen, und zwar infolge des lähmenden Einflusses der europäischen Mächte. Deutschland war in dieser Frage auf dem Kontinente isoliert.[3]) Die Mächte schoben eine Störung des europäischen Gleichgewichts vor, wenn die Integrität des dänischen Gesamtstaats angetastet würde.[4]) In Wirklichkeit hatte aber jede ihre Sonderinteressen. Dem

---

[1]) H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. 1 S. 217; H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert Bd. 5 S. 580.

[2]) H. v. Sybel S. 221.

[3]) Ebenda S. 225.

[4]) Ebenda Bd. 1 S. 223.

Zaren galt als Hauptvertreter des Legitimismus die Erhebung der Schleswig-Holsteiner als Revolution, außerdem bestimmten ihn Verwandtschaftsinteressen, auf Seite Dänemarks zu treten.[1]) Frankreich fürchtete eine Erstarkung Preußens und Deutschlands, Österreich mißtraute ersterem aus demselben Grunde; Schweden sah im Einrücken deutscher Truppen in Jütland den Bestand der nordischen Mächte bedroht.

In England war man anfangs noch zurückhaltender gewesen; man hatte hier die Integrität Dänemarks auch als Bollwerk gegen Rußland für nötig erachtet.

Jetzt wirkte aber die Erklärung Friedrich Wilhelms IV., daß die Regierung der Herzogtümer im Mannesstamme vererbe, wodurch der dänische Gesamtstaat zerfallen wäre, und die Forderung Deutschlands auf Eintritt Schleswigs in den Deutschen Bund, der durch Aufnahme schleswigscher Abgeordneten in die Nationalversammlung tatsächlich nachgegeben wurde,[2]) im höchsten Grade ungünstig. „Die englische Handelswelt sah in der deutschen Erhebung eine Erweiterung des Zollvereins und in der Besetzung Schleswigs den ersten Schritt zur Bildung einer deutschen Flotte.“[3]) „Daß man in England vorherrschend Sympathien für die Dänen zeigte, war hauptsächlich das Werk des englischen Gesandten in Kopenhagen, welcher nicht nur sein Ministerium, sondern auch die führenden Zeitungen in die vollkommenste Täuschung zu setzen wußte.“ Prinz Albert schrieb über dieselbe Angelegenheit: „Die dänische Sache ist etwas verfänglich, und ich fürchte, unser gutes Publikum hier, das nicht gern über foreign matters liest und denkt, ergreift aus Instinkt die dänische Seite und ist schwer dazu zu bewegen, seine Meinung einer weiten Untersuchung der facta und Rechtspunkte zu unterwerfen“.[4]) Die Torypartei erklärte im Parlamente das Vorgehen Deutschlands als eine brutale Gewalttat, auch die Mehrzahl der Kabinettsminister war derselben Meinung; Palmerston, über die dänische Offensive hinreichend unterrichtet, war, obgleich kein Deutschenfreund,[5]) zu einer vermittelnden Tätigkeit bereit. Im Mai 1848 machte er folgende Vorschläge (Sybel S. 227): Nordschleswig sollte an Dänemark fallen, da es überwiegend dänische Bevölkerung hat, Südschleswig mit Holstein verbunden in den Deutschen Bund aufgenommen werden, aber durch Personalunion mit Dänemark vereinigt bleiben. Der Minister trieb hier

[1]) H. v. Sybel S. 224.
[2]) Sybel Bd. 1 S. 223.
[3]) Ebenda S. 225.
[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 357.
[5]) Sybel Bd. 1 S. 225.

wieder Interessenpolitik. In Italien sah er es gern, wenn Sardinien die Losreißung der Lombardei von Österreich betrieb, und gewährte seine Unterstützung, während er Preußen und Deutschland Vorwürfe machte, dasselbe bezüglich Schleswig-Holsteins im Sinne zu haben.[1]) Auch Prinz Albert und, durch ihn beeinflußt, die Königin wirkten in vermittelndem Sinne[2]) und vertraten hinsichtlich Schleswigs den deutschen Standpunkt.[3]) Am 2. Juli brachte der preußische Bevollmächtigte Graf Pourtalès, der von der Berliner Regierung nach Malmö gesandt worden, um den Schweden gegenüber, die die Dänen unterstützten, vorstellig zu werden, ohne Vollmacht zum Abschließen zu haben, den Entwurf zu einem Waffenstillstand nach Berlin. Hier stimmte man diesen Bedingungen nicht ohne Bedenken zu und schickte Pourtalès an Wrangel, damit dieser auf Grund des Vertrags den Waffenstillstand abschließe. An seiner Weigerung, auf die Bedingungen einzugehen, zerschlugen sich die Verhandlungen; Preußen wollte aber aus Rücksicht auf Rußland den Kampf nicht wieder aufnehmen.

Auf den Druck Rußlands, Frankreichs, Englands hin wurde daher die Forderung der Dänen erfüllt und am 26. August 1848 der Waffenstillstand von Malmö unterzeichnet.

Die Kunde hiervon erregte in der Frankfurter Nationalversammlung die größte Entrüstung.[4]) Die Frage lag so, ob Preußen noch berechtigt sei, eine eigene äußere Politik zu treiben. Durch eine hinreißende Rede Dahlmanns am 5. September beeinflußt, sprach die Versammlung mit 238 gegen 221 Stimmen „die Sistierung aller zur Ausführung des Vertrags ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln aus".[5]) Das Reichsministerium trat zurück. Preußen hatte den Vertrag am 2. September ratifiziert; die Versammlung hatte nicht die Machtmittel, es zu zwingen, ihn wieder rückgängig zu machen.

In Frankfurt gelang es Dahlmann nicht, ein neues Ministerium zu bilden; die Anarchie der Linken drohte. Am englischen Hofe warf man der Versammlung, über diese Vorgänge erstaunt, beklagenswerten Mangel an praktischem Sinn, Voraussicht und gewöhnlicher Klugheit vor.[6]) Unter diesen Umständen blieb

---

[1]) The letters of Queen Victoria Vol. II p. 227/28: Queen Victoria to Lord John Russell, Osborne, 21st August 1848; ebenda Queen Victoria to Viscount Palmerston, 1st July and 5th July 1848 S. 215—217.

[2]) Sybel Bd. 1 S. 225.

[3]) Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 262: Bunsen an Prinz Albert v. 3. 5. 1848.

[4]) Sybel Bd. 1 S. 237.

[5]) Sybel Bd. 1 S. 238; Springer, Dahlmann Bd. 2 S. 282.

[6]) The letters of Queen Victoria Vol. II p. 230: Queen Victoria to the king of the Belgians, 13th September 1848: ... The Shleswig affair at Frankfort

nichts weiter übrig, als den Vertrag noch nachträglich gutzuheißen. Es geschah am 16. September, die Linke, darüber enttäuscht, inszenierte infolgedessen am nächsten Tage den Septemberaufstand in Frankfurt.

Die Beratungen zur deutschen Reichsverfassung führten nun zur Frage nach der zukünftigen Stellung Österreichs. Es bildete sich, ganz so wie im alten Bundestag, in der Versammlung jetzt eine preußische und österreichische Partei. Die Kleindeutschen unter Droysen und Dahlmann wünschten Ausschluß der außerdeutschen Staaten Österreichs und Preußens, die Großdeutschen Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund.

Letzteres war nun, wie sich bald herausstellte, durchaus nicht geneigt, sich seines Einflusses in Deutschland freiwillig zu begeben. Schwarzenberg ließ am 13. September 1848 keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er einen engeren Bund nicht zulassen würde, da Österreich nun Einheitsstaat geworden, müsse es mit allen seinen Provinzen in den Deutschen Bund eintreten und sich dem Zollverein vollständig anschließen.

In Preußen und Österreich war unterdessen die Revolution niedergeworfen, in ersterem Staate am 5. Dezember eine Verfassung oktroyiert worden. Waren die beiden Großmächte nun bereit, die Frankfurter Verfassung anzunehmen? Es zeigte sich, daß das Wiedererstarken derselben einen nach dieser Richtung hin ungünstigen Einfluß auf die übrigen Staaten ausübte. Überall traten die dynastischen Interessen wieder hervor.[1]) Die Königreiche, unter ihnen besonders Bayern, wehrten sich gegen ein preußisches Kaisertum und wandten sich schutzflehend an Österreich. Prinz Albert erkannte klar die Gefahren, die eine Ablehnung der Frankfurter Verfassung durch die Fürsten mit sich bringen würde.[1]) Er fand ihre Haltung leichtsinnig und meinte, daß sie geneigt seien, die alten Fehler, die ihnen eben beinahe den Kopf gekostet hätten, wieder zu machen. „Rien oublier et rien apprendre“ sei das Motto vieler von ihnen.[2])

Am 6. Dezember hatte er eine Denkschrift verfaßt, die er an die Könige von Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg sandte und worin er betonte, „daß, während die Versammlung sich jetzt der Vollendung ihrer Arbeit nähere, die deutschen Monarchen sofort in Frankfurt zusammentreffen und in direktem Zusammenwirken mit der Versammlung zuvörderst die Verfassung

---

is very unfortunate, and there seems a lamentable want of all practical sense, foresight, or even common prudence...

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 156.

[2]) Ebenda S. 159.

und die Zentralgewalt festsetzen müßten".[1]) Er glaubte, daß sie hierzu um so mehr bereit sein würden, da sie ja, indem sie die Übertragung der Rechte des Bundestags auf die Nationalversammlung billigten und den Reichsverweser anerkannten, die Zentralregierung sanktioniert hatten. Dieser Meinung scheint Stockmar nicht gewesen zu sein und von dem Vorschlage des Prinzen nichts Gutes erwartet zu haben. Aus sicherer Quelle, die dem Prinzen nicht zur Verfügung stand, wußte er, daß Österreich schon seit längerer Zeit am Werke war, das Verfassungswerk und damit Deutschlands Einheit zunichte zu machen.[2])

Er meinte, daß er und der Prinz in der deutschen Politik seit Februar 1848[3]) zwei verschiedene Standpunkte einnähmen, und zwar sähe letzterer die Dinge in rein dynastischem Lichte,[3]) auch sei er zu weit vom Schauplatz des Handelns entfernt.

Sein eigener Standpunkt könne nur mündlich recht deutlich gemacht werden. Die Gelegenheit zu dieser Aussprache fand sich am 24. Dezember 1848 in London. In diesem Augenblick scheint die Bekehrung des Prinzen, wie Th. Martin berichtet, zu den Ansichten Stockmars eingesetzt zu haben, „daß nämlich die wahre Politik für Österreich wie für Preußen darin bestehe, daß ein jedes von ihnen sich als ein gesondertes Königreich konstituieren, zugleich aber das herzlichste Einvernehmen und das treueste Bündnis bewahren müsse".[4]) — Der Umschlag[5]) in der Gesinnung des Prinzen und diese Rückkehr zu ähnlichen Ansichten, wie er sie schon 1846 ausgesprochen hatte,[6]) war sogleich in einem Briefe der Königin Victoria an ihren Onkel vom 6. März 1849 festzustellen: „Österreich", so heißt es darin, „sollte sich besser benehmen und sich nicht der Einrichtung einer Zentralgewalt widersetzen, Preußen muß die armen Fürsten schützen und sich an die Spitze stellen, sonst ist da wenig Hoffnung."[7]) — Wenige Tage später legte der Prinz diese Meinung in einem sorgfältig ausgearbeiteten Memoire nieder, welches er dem Könige von Preußen mitteilte.[4]) Wie weit aber dieser von dem Plane

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 156/57.

[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 157.

[3]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 567: Stockmar an Prinz Albert v. 8. 12. 1848 S. 568, Stockmars Überzeugung; Th. Martin S. 157;

[4]) Th. Martin Bd. 2 S. 158.

[5]) vgl. hierzu Ernst II. Bd. 1 S. 283: Prinz Albert an Ernst II. vom 4. 5. 1848.

[6]) Th. Martin Bd. 2 S. 592: „Vollkommen begreife ich ... die Notwendigkeit einer engeren Verbindung zwischen Österreich und Preußen. Doch auch diese letzte sollte nach meinen Begriffen nur eine bedingte und für bestimmte Zwecke sein usw.

[7]) vgl. hierzu The letters of Queen Victoria Vol. p. 228/29: Queen Victoria to the King of the Belgians 29 th August 1848 (S. 81 Anm. 4); The letters

des Prinzen entfernt war, zeigte der Brief des Königs, der unterdessen in London eingelaufen war und in dem angekündigt wurde, daß der Kaiser von Österreich und er selbst darin übereingekommen seien, „daß, möge Frankfurt entscheiden, wie es wolle, Deutschland und Österreich verbunden bleiben würden wie bisher".[1])

Tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigte sich des Prinzen, als er dies las. Seine Besorgnis betreffs dieses Gegenstands wurde in einem am 6. Januar 1849 an den König von Preußen gerichteten Briefe offenbar[2]): „Mein innigster Wunsch ist, daß sobald die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland geregelt sein werden, der neue Deutsche Bund sofort durch rasches Handeln von seiten der deuschen Fürsten begründet werden möge. Aber wahrhaftig, sie müssen schnell dabei zu Werke gehen, wenn das verdammende Wort von 1848: „Zu spät!" nicht in 1849 weitervibrieren soll, und wenn nicht eine neue Reihe von Revolutionen in Bewegung gesetzt werden soll".

Am 14. Januar 1849 stand in Frankfurt die Frage des Reichsoberhauptes zur Beratung. Das Ergebnis war die Übertragung dieser Würde an einen regierenden deutschen Fürsten. Eine Note Schwarzenbergs vom 9. März lehnte die Verfassung ab und verlangte die Aufnahme Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund. Am 27. März endlich wurde in der Versammlung die erbliche Kaiserwürde mit 267 gegen 263 Stimmen angenommen und am folgenden Tage, an dem dies auch mit der Verfassung geschah, Friedrich Wilhelm IV. übertragen.

Der Empfang der Kaiserdeputation fand am 3. April in Berlin statt. Der König konnte keinen definitiven Entschluß fassen, ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, Fürsten und freien Städte und ohne einige Abänderungen an der Verfassung wollte er die Krone nicht annehmen.

Am 28. April erfolgte dann die Ablehnung der Kaiserwürde durch das Berliner Kabinett, welches an demselben Tage eine Note erließ, worin „diejenigen deutschen Regierungen, welche zu weiteren Beratungen mit Preußen über den nun einzuhaltenden Gang und die fernere Entwicklung des Verfassungswerkes geneigt seien", „zu Konferenzen in Berlin" aufgefordert wurden. Am

---

of Queen Victoria Vol. II S. 256: Queen Victoria to the King of the Belgians 6th March 1849: „Prussia must protect the poor Princes and put herself at the head, else there is no hope. Austria should be have better, and not oppose the consolidation of a central Power, else I know not what is to become of poor Germany"...

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 158.

[2]) Ebenda S. 259 Anm.

23. April wurde Radowitz nach Berlin berufen und erhielt die Leitung in der deutschen Frage. Es erfolgte hierauf die Abberufung der preußischen Abgeordneten aus Frankfurt, nachdem dies von seiten Österreichs, für das nach der Erklärung vom 8. April die Nationalversammlung nicht mehr vorhanden, am 3. April schon geschehen war.

Das Frankfurter Parlament schrumpfte zusammen, siedelte nach Stuttgart über und beschloß dort im Juni 1849 sein Dasein.

Währenddessen hatte Preußen ein Manifest des Inhalts verkündet, daß die königliche Regierung mit den größten deutschen Staaten, welche sich ihr angeschlossen, das Frankfurter Verfassungswerk wieder aufgenommen habe. Den Beratungen werde die dort entstandene Verfassung zugrunde gelegt und einem Reichstag aus allen Staaten, die sich angeschlossen, zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden.

Die Ablehnung der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm IV. hatte Aufstände in Baden und Sachsen, die aber mit preußischer Hilfe niedergeschlagen wurden, zur Folge gehabt. Prinz Albert, welcher diese Ereignisse erwartet haben mochte, schrieb darüber an die verwitwete Herzogin von Koburg: „Ihr in Deutschland tretet in diesem Augenblicke in eine neue Epoche ein, welche wieder mit Blut befleckt ist. Armes Land. Wie viele Menschen sind seit März 1848 zugrunde gegangen; wie viele Millionen Menschen haben gelitten! Und andererseits möchte ich wohl von einem einzigen Individuum wissen, das sich besser befände als vorher!“ [1]) Und über die Ablehnung der Kaiserkrone äußerte er scherzhaft zu seinem Bruder: „Was soll nun aus der armen Nation werden, da der König von Preußen den Kaiser der Deutschen, der sich eben auf die Beine stellen wollte, ins Wasser geworfen hat“.[2])

§ 9.

Preußische Unionspolitik vom Mai 1849 bis Mai 1850.

Von den Berliner Konferenzen bis zur Konstituierung des Bundestages.

Die Unterhandlungen, die Preußen Anfang Mai 1849 mit Österreich über eine Union führte, scheiterten, der preußische Plan wurde am 16. Mai von Schwarzenberg zurückgewiesen. Am nächsten Tage begannen in Berlin unter Radowitz' Vorsitz

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 202: Prinz Albert v. 14. Mai.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 330.

die Konferenzen, die am 26. Mai 1849 zum Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover führten. Dieses wurde vom Prinzen Albert mit großen Hoffnungen begrüßt. Er hielt die Konstitution der drei Regierungen für das einzige Rettungsmittel Deutschlands und die Annahme des preußischen Vorschlags für die heilige Pflicht der kleinen Regierungen.

Wenn auch Preußen diese durch sein Zögern in nicht geringe Verlegenheit gebracht habe — die Frankfurter Verfassung war am 14. April von den deutschen Staaten, die Königreiche ausgenommen, angenommen und von Bürgern und Ständen schon größtenteils beschworen worden —, so müsse doch ein Ausweg gefunden werden, um sich so schnell wie möglich dem preußischen konstitutionellen Staatenverein anschließen und dadurch dem Fortschritte der Anarchie in Deutschland eine Grenze setzen zu können. Der annehmbarste Ausweg sei der, daß man unter Hinweis auf die Nationalversammlung, die forderte, daß ihre Verfassung nur als Ganzes angenommen werden dürfe, behaupte, dieses Ganze habe nie existiert, noch werde es je existieren, da alle Bedingungen fehlten, wie die Bestimmung über die Ausdehnung und den Bestand des Reichs, das Oberhaupt, da Preußen die Kaiserkrone zurückgewiesen habe, und nicht zuletzt die Nationalversammlung selbst, „die im Stande wäre, die durch die veränderte Lage der Dinge notwendig gewordenen Veränderungen in der Konstitution zu bewerkstelligen". Er weist auf die französischen Verhältnisse hin, die leicht eine Kriegsgefahr heraufbeschwören können: „Baden ist der Punkt, an den sich eine Kriegspolitik zunächst anknüpfen läßt. Die Republik steht dort mit der französischen in steter Verbindung, soll sie unterdrückt werden, so wird an Frankreich der Hilferuf ergehen und gehört werden. Ist dann Deutschland noch nicht konstitutionell organisiert, hat Preußen nicht legal und vertragsmäßig die obere Leitung der deutschen Angelegenheiten, so sieht es schlimm um das arme Vaterland aus!!" Er bittet deshalb seinen Bruder, alles zu tun, um einen baldigen Abschluß zustande zu bringen.[1]) Letzterer stimmte diesen Ansichten des Prinzen zu und war erfreut, in dieser Zeit der auseinandergehenden Meinungen einen Menschen zu finden, der in politischen Dingen mit ihm harmonierte.

Allmählich traten außer Bayern und Württemberg fast alle deutschen Staaten der Union bei. Die Erfolge Preußens in Baden und der Pfalz bestimmten auch Bayern, mit diesem Staate in Unterhandlungen zu treten. Seit dem 23. Juni 1849 unter-

[1]) Ernst II. Bd. 1: Prinz Albert an Ernst II. v. 5. 6. 1849 S. 492/93.

handelte der bayerische Minister Pfordten in Berlin mit Radowitz über den Eintritt Bayerns in die Union; er forderte Eintritt Österreichs in den Bundesstaat, alternierendes Präsidium zwischen den Großmächten und Exekutive statt beim Reichsvorstand beim Fürstenkollegium. So weit konnten die preußischen Minister nicht gehen. Unterdessen war dadurch, daß sich Schwarzenberg am 1. Mai entschlossen hatte,[1]) die russische Hilfe anzunehmen, die Unterwerfung Ungarns in Aussicht gestellt worden. Es lag daher sehr nahe, daß nach Beendigung des Aufstands ein Eingreifen Österreichs in die deutschen Angelegenheiten, besonders zum Schutze der Mittelstaaten, erfolgen würde. Pfordten brach deshalb die Unterhandlungen in Berlin ab und erließ am 12. Juli ein Zirkular, worin Preußen der rechtswidrigen Vergrößerung seiner Macht verdächtigt wurde.[2]) — Während des Sommers dieses Jahres erhob nun Prinz Albert, der mit Bunsen und bedeutenden englischen Staatsmännern[3]) von der deutschen Führerschaft Preußens überzeugt war, seine warnende Stimme, den günstigen Augenblick, ehe Österreich den Aufstand in Ungarn niedergeworfen habe, zu benutzen und das Unionsparlament einzuberufen.[4]) Auch die Königin suchte in diesem Sinne zu wirken.[5])

Ende Juli äußerte der Prinz dem Prinzen von Preußen gegenüber[6]): Preußen und Deutschland ist verloren, wenn man nicht fest bei der Berliner Reichsverfassung bleibt und sie ohne Verzug zur Ausführung bringt. Wie Bunsen berichtet, sah er für die nächste Zukunft Deutschlands sehr schwarz,[4]) wenn nicht mit größerer Energie wie bisher gehandelt werde. Es sei jetzt Zeit, daß Preußen sobald wie möglich den Reichstag einberufe; unter den deutschen Stämmen werde sonst Mißtrauen erweckt und im Auslande der König als schwach und Preußen als machtlos angesehen. „Wie wird der König dastehen", rief er immer wieder aus, „wenn das Werk jetzt nicht rasch und definitiv zu Ende geführt wird, nachdem er — um von Früherem nicht zu reden — am 15. Mai seinem Volke sich zum Bürgen gestellt hat für die Erreichung jenes Zweckes und nachdem er durch die Verfassung und die authentische Erklärung über dieselbe ganz Deutschland zum Anschluß an Preußen aufgefordert hat?"[7])

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 324.
[2]) Sybel Bd. 1 S. 345.
[3]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 48 (28. VII. — 4. VIII.)
[4]) Ebenda S. 34.
[5]) Ebenda S. 16 (18. VI. — 7. VII. 1849).
[6]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 31: Prinz Albert an den Prinzen von Preußen v. 27. 7. 1849.
[7]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 47/48.

Nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes schrieb er an Bunsen: „Deutschland tritt nun, werden Sie sagen, in eine neue Phase, seitdem die Unterwerfung Ungarns gelungen ist. Möge Gott seine Hand über Friedrich Wilhelm IV. halten und ein plötzliches Abspringen von der bis jetzt in der Konstitutionsfrage befolgten Linie verhüten".[1]) Und am 2. September hielt er die deutsche Frage noch weit von ihrer Lösung entfernt: „In Deutschland kann nichts besser werden, bis diese geordnet ist. Der Sechskönigsplan, der unter den sechs Kronen die sämtlichen kleinen Staaten vereinigen und dann der Einheit Hohn sprechen soll, ist noch immer der Lieblingsgedanke der Königshöfe, und keines mehr als Sachsens. Wie können sich nur die armen Könige einbilden, daß, nachdem sie abermals Verrat am gemeinsamen Vaterlande begangen haben werden, sie imstande sein sollten, Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit in Deutschland wiederherzustellen und dies ohne Vertrauen und Einigkeit unter sich!!" [2])

Schwarzenberg konnte es aber noch nicht zum Bruche kommen lassen. Auch Rußland war dagegen. Es kam zu einem Vergleiche zwischen beiden Großmächten, zum Interim vom 30. September 1849, wonach Preußen und Österreich im Einverständnis mit dem Reichsverweser und den deutschen Bundesregierungen die Zentralgewalt des Deutschen Bundes bis zum 1. Mai 1850 übernehmen sollten. Als Zweck dieses Vertrages wurde die Erhaltung des Deutschen Bundes angegeben, es war der erste Schritt zur Rückkehr zum alten Bundestag. Am 6. Oktober gab der Reichsverweser seine Zustimmung; die Mehrheit des Verwaltungsrates der Union stimmte der Erklärung Preußens bei, daß das Interim den Vertrag vom 26. Mai nicht verletze. Indes trug die Union schon von Anfang an den Keim des Zerfalls in sich. Dem Statut des Bündnisses vom 26. Mai waren die Erklärungen Sachsens und Hannovers beigefügt, laut deren sie ihre Zustimmung gegeben hätten in der Voraussetzung, daß die vorgeschlagene Verfassung, abgesehen von Österreich, das ganze Deutschland umfasse; sollte der Süden, namentlich Bayern, bis zum Zeitpunkte der Berufung des ersten Reichstages noch nicht beigetreten sein, so behielten sich beide Regierungen das Recht erneuter Verhandlungen zum Zweck der Umgestaltung der Verfassung vor. Wie sich später herausstellte, wußten beide Staaten schon, als sie diesen Vorbehalt machten, daß Bayern die vorgelegte Verfassung niemals freiwillig annehmen würde.[3])

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 220: Prinz Albert an Stockmar v. 26. 8. 1849.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 502.
[3]) Sybel Bd. 1 S. 335/36.

Als nun der Tag für die Reichstagswahlen festgesetzt werden sollte, erklärten Sachsen und Hannover am 21. Oktober ihren Austritt aus dem Verwaltungsrat der Union, da Bayern und die übrigen Regierungen noch nicht ihre Zustimmung zu dieser Abänderung der Bundesverfassung gegeben hätten.[1])

Über den Zustand Deutschlands nach diesem Ereignis und die Möglichkeiten seiner Zukunft verbreitete sich Prinz Albert in zwei Briefen an seinen Bruder.[2]) Er charakterisierte darin den Zustand Deutschlands als solchen, in den ein Land nach einer Revolution gerate, deren Lösung noch nicht gefunden sei, und rät den kleinen Staaten, treu und konsequent an dem mit Preußen geschlossenen Bündnisse festzuhalten. Das Benehmen der Könige findet er unter aller Kritik, es könne ihnen keine guten Früchte tragen, dasjenige Sachsens und Hannovers „über alle Maßen schofel und ehrlos", politisch genommen, besonders von Sachsen noch sehr dumm, dem es am meisten not tue, sich an einem starken Ganzen wiederaufzubauen und zu einem starken Ganzen zu kommen; ohne Preußen oder auf dem Prinzipe der Gleichberechtigung aller Staaten sei es rein unmöglich. „Es kann nichts anderes geschehen, als daß Preußen an die Spitze tritt, und der Gewinn darin liegt mehr auf der Seite der deutschen Staaten als Preußens, welches seine europäische Stellung opfern muß, während die übrigen Staaten nie eine gehabt haben und auch durch das Mediatisieren oder Berauben ihrer kleineren Nachbarn nie eine erlangen würden." Er tadelt die Regierungen, daß sie sich nach Anerkennung der Frankfurter Konstitution, und nachdem sie Preußen vor der Revolution gerettet habe, von einem Bunde und einer Konstitution zurückgezogen hätten, die alle die Modifikationen enthalte, welche sie darin zu haben gewünscht hätten. „Daß Österreich an einer deutschen Verfassung keinen Anteil nehmen konnte und je werde, wissen sie genau, und doch ist eine Verfassung dem deutschen Volke nun zum hundertsten Male heilig versprochen. „Was sie aufgeben sollen", so schloß er, „ist das Aufgeben ihrer speziellen Diplomatie, das ihnen bis jetzt eher Schande als Ehre gebracht hat, in der europäischen Politik nichts gilt und viel kostet, das Aufgeben des Oberbefehls des Heeres im Falle des Kriegs und der Flotte."

Die Haltung des Prinzen Albert während des Jahres 1849 ergibt, daß er in der Tat, wie auch die Denkwürdigkeiten

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 349.

[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 502/03: Prinz Albert an Herzog Ernst v. 8. 11. und 26. 12. 1849.

Stockmars feststellen,[1]) sich ganz auf die Seite der preußischen Unionspolitik gestellt hatte; diese Tatsache beweist durch sich selbst, daß der Prinz entschieden antiösterreichisch geworden war.[2]) Die Disharmonie, die zwischen seinen und Stockmars Ansichten über die zukünftige Gestaltung Deutschlands seit Anfang des Jahres 1848 bestand, war gegen Ende 1848 und während der ersten Hälfte des Jahres 1849, in welcher Zeit Stockmar in England anwesend war und während welcher er täglich Gelegenheit hatte, mit dem Prinzen über diese Frage zu diskutieren,[3]) in den Hauptpunkten beseitigt worden, und zwar erfolgte demnach eine Einigung dahin, daß Österreich aus dem engeren Bunde ausscheiden und ein Bundesstaat unter Preußen gebildet werden müsse.[4]) Das entschiedene Festhalten des Prinzen an diesem Programm mag in Deutschland etwas unerwartet gekommen sein.

Es ereignete sich, daß Stockmar Ende des Jahres 1849 den Prinzen gegen Vorwürfe, „als sei er feindselig gegen Österreich gesinnt, als habe er sich zum Werkzeug Preußens gemacht", zu verteidigen hatte. Er entwickelte in seiner Verteidigungsschrift die Gedanken seines Freundes über die deutsche Zukunft und seine Stellung zu Preußen, die dieser in einem noch unveröffentlichten Memorandum über die deutsche Frage vom 3. Dezember 1849 dem Lord John Russell gegenüber ausgesprochen haben mag.[5])

Der Gedankengang dieses interessanten Schriftstücks, welches auch Beweise für die im Anfange dieser Arbeit dargelegten allgemeinen politischen Prinzipien des Prinzen bringt (S. 33 ff.), ist folgender: „In allen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Verhandlungen, welche die heutige europäische Politik irgendwo und irgendwie nötig macht, darf nicht einseitiges Interesse, Willkür oder Gewalt entscheiden, sondern es muß ein von den bestehenden Verträgen ausgehendes neues Übereinkommen angestrebt werden, dessen Basis eine vernünftige Erkenntnis des Bedürfnisses und des Rechts der gegenwärtigen Generation zu

---

[1]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 503, 589.

[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 506. „Er (Metternich) stellte ihm (Leopold I.) die bundesstaatlichen Absichten der deutschen Fürsten als eine große Gefahr für den europäischen Frieden dar, und der König ermangelte nicht, nach verschiedenen Seiten hin vor dem betretenen Weg der Unionsregierungen zu warnen, ja er beschuldigte sogar meinen Bruder, eine Politik zu begünstigen, welche zum Kriege führen müßte" (Metternich an Leopold I. im Oktober 1849).

[3]) Th. Martin Bd. 2 S. 204/05.

[4]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 589 ff.

[5]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 591; Th. Martin Bd. 2 S. 244.

bilden hat". Diesem Grundsatz analog wünscht der Prinz bezüglich der deutschen Verhältnisse eine Neuordnung, die für alle Beteiligten auf eine gesetzliche und vertragsmäßige Weise geschehen müsse.

Er bekennt sich zu dem Gedanken, daß in einem wirklichen Bundesstaat eine volle Souveränität der Einzelstaaten nicht bestehen,[1]) und zweifelt überhaupt daran, daß gegenwärtig irgendeine innere Organisation Deutschlands erdacht werden könne, die eine solche volle Souveränität gewährleiste. Auch im alten Staatenbunde, ausgenommen für Preußen und Österreich, hat diese Scheinsouveränität für sämtliche andere deutsche Staaten bestanden, daher bringen auch die Fürsten, die freiwillig dem engeren Bunde mit Preußen beigetreten sind, keine wahren Opfer, sondern erhalten im Gegenteil dadurch die Möglichkeit, „das zu erhalten, was noch lebensfähig und erhaltbar ist,[2]) während es um Dinge, die nur scheinbaren Bestand und Nutzen hatten, nicht schade ist, wenn sie beseitigt werden.

Der Prinz sieht in der Form des engeren Bundes die Basis, von der man auf demselben Wege zur Ordnung dessen gelange, was der weitere Bund verlange, und hält es sogar für möglich, daß, nachdem engerer und weiterer Bund hergestellt, später, nach Auflösung des ersteren, ein einziger Föderativstaat errichtet werden könne.

Stockmar selbst bewertet diese politischen Vorstellungen dahin, daß sie das Verdienst der Klarheit und Anwendbarkeit hätten und wenigstens den Weg zu einem Versuch wiesen, das Geschick Deutschlands auf vertragsmäßigem Wege zu ordnen.

Den Vorwurf, daß Prinz Albert sich zum Werkzeug Preußens gemacht habe, weist er damit zurück, daß er die Tatsache ausspricht: „Wer in einer zwischen großen politischen Mächten schwebenden Streitfrage es wagt, eine eigene bestimmte Meinung zu äußern, nimmt nur nicht in den Augen seiner Gegner, sondern in denen des ganzen Publikums Partei". Der Prinz hat es seiner geistigen Organisation nach nicht umgehen können, weder seine Ansicht festzustellen noch auch sie auszusprechen. Seine Stellung habe es ihm zur Pflicht gemacht, diese den englischen Ministern mitzuteilen.

„Preußen als solches konnte ihm in seiner englischen Stellung nichts abverlangen und hat ihm nichts abverlangt, so wie umgekehrt der Prinz für Preußen nichts tun konnte und nichts getan hat." Wie gründlich und überzeugend die Aussprache mit Stockmar

---

[1]) vgl. hierzu Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 179.
[2]) vgl. hierzu Deutsche Revue Bd. 22, 3 S. 181.

auf den Prinzen Albert gewirkt haben muß, geht aus einem Ausspruch des letzteren in dem erwähnten Memorandum an Lord J. Russell vom 3. Dezember 1849 hervor, er sagt darin[1]): „Keine Lösung darf von der Seite der Dynasten erwartet werden", ein glänzendes Zeugnis für seine absolute Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit.

Trotz des Austritts Sachsens und Hannovers aus dem Verwaltungsrat der Union beschloß dieser mit allen gegen zwei Stimmen die Anberaumung der Parlamentswahlen auf den 15. Januar 1850. Das Abspringen der zwei Könige vom Dreikönigsbündnis, die Halbheiten Friedrich Wilhelms IV. und seiner Minister bezüglich des Fortbestehens des alten Bundesrechts, sein unangebrachter Edelmut gegenüber den unsicheren Mitgliedern der Union hatten Schwarzenberg zum Angriff auf die bundesstaatlichen Pläne Preußens ermutigt. Ende November 1849 erklärte er, indem er Preußen mit seinen eigenen Waffen schlug, daß die Dreikönigsverfassung vom 26. Mai nach den Beschlüssen von 1815 unzulässig und die Beschlüsse des am 15. Januar 1850 zu wählenden Reichstags ungültig seien. Er trat wieder mit seinen Plänen hervor und verlangte ein siebenköpfiges Direktorium, bestehend aus Österreich, Preußen, den vier Königreichen und beiden Hessen, das den alten Bundestag ersetzen sollte, Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund und Zollverein, Zerlegung Deutschlands in sechs Kreise, einen jeden unter der Leitung eines königlichen Kreisobersten. Hannover sollte durch die Annexion von Oldenburg und Braunschweig als Gegengewicht im Norden gegen Preußen zu einem starken Nordseereiche erweitert werden. Die Verhandlungen zwischen Österreich und Bayern führten dazu, daß letzteres Weihnachten 1849 den drei anderen Königreichen einen deutschen Verfassungsentwurf, dem die obigen Bestimmungen des Schwarzenbergischen Entwurfs zugrunde lagen, vorlegte. Sie führten zu dem am 27. Februar 1850 abgeschlossenen Vierkönigsbündnis. Die Verfassung desselben fand in Wien großen Beifall, in Berlin wurde sie abgelehnt. Die preußischen Minister drangen nun im Gegenteil auf schnelle Verwirklichung des engeren Bundesstaats und beabsichtigten, dem Erfurter Parlamente eine unveränderte Annahme der Verfassung vom 26. Mai nebst Zusatzakte zu empfehlen und eine sofortige Revision der angenommenen Verfassung, da der Abfall der beiden Königreiche mehrfache Änderungen nötig machte, vorzuschlagen.

Da man aus letzterem Grunde nicht mehr von einer Reichsverfassung reden konnte, wurde beschlossen, dem Bundesstaate den Titel „Union" beizulegen.

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 244.

Friedrich Wilhelm IV. war aber bei weitem nicht dieser Meinung. Da die Union nicht mehr das Deutsche Reich darstellen konnte, lag ihm nichts mehr am Herzen, als sich mit Österreich über die Verfassung des weiteren Bundes ins Einvernehmen zu setzen, „dann erst sollte innerhalb dieses großen Bundes und dessen Grundsätzen angepaßt die Union ins Leben treten".[1]) Ein weiteres Bedenken lag in dem Umstand, daß er am 31. Januar 1850 die oktroyierte preußische Staatsverfassung beschworen hatte, die sich nun in einzelnen Bestimmungen mit der liberalen Redaktion der Reichsverfassung vom 26. Mai in Widerspruch befand. Die Forderung seiner Minister — Annahme der Unionsverfassung en bloc seitens des künftigen Parlaments und nachherige Revision derselben — konnte ihn im Falle der Weigerung des Parlaments in eine unangenehme Lage bringen. Er äußerte sich daher ablehnend darüber. Die Kreuzzeitungspartei stimmte ihm hierin bei.[2]) In Wien und in den Mittelstaaten hoffte man, daß der preußische Bundesstaat nicht zustande kommen und der Erfurter Reichstag die Revision der Dreikönigsverfassung nicht im Sinne des Königs genehmigen würde.[3]) Prinz Albert, der durch die rührige Tätigkeit seines Bruders über die Absichten Schwarzenbergs und der Regierungen der Königreiche unterrichtet war, beschloß alsbald im Vereine mit ihm, diesem entgegenzuwirken, und sandte Anfang März 1850 in dieser Angelegenheit einen Brief an den Prinzen von Preußen,[4]) den er gemeinschaftlich mit seinem Bruder verfaßt hatte. Beide Fürsten sahen hiernach die Lage als unbefriedigend an. Nur Preußen sei zu beglückwünschen, es sei der erste Staat geworden, der die ihm 1848 gestellte Aufgabe auch wirklich gelöst habe. Die andere, nämlich Deutschlands Einheit herzustellen, habe es noch zu lösen, und es sei ihm darin ein ähnliches glänzendes Resultat zu wünschen wie in seiner eigenen.

Je näher nun der Termin des Erfurter Reichstages heranrücke, desto heftiger werde die Opposition Österreichs und der Könige, ein Zeichen dafür, wie sehr diese Tatsache sie in ihren Plänen störe. Leider habe Preußen wertvolle Zeit und Kraft verloren, indem es mit der Zusammenberufung des Reichstags so lange zögerte, doch könne es auch jetzt noch reüssieren, wenn es furchtlos an seinem Unternehmen festhalte, konsequent in der Lösung seiner Aufgabe vorwärtsgehe und niemanden

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 356—359.
[2]) Ebenda S. 359.
[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 530.
[4]) Ernst II. S. 530: Prinz Albert an den Prinzen von Preußen v. 5. 3. 1850.

wähnen lasse, als hätte es kein Zutrauen zu sich selbst. Preußen wird bestimmt nicht verlassen, wenn es sich selbst und Deutschland nicht verläßt. Österreich wird versuchen, die kleinen Staaten einzuschüchtern, und zwar wird es ihnen damit Angst machen, daß es Preußen verdächtigt, als wolle es die kleinen Staaten nur erobern oder aber im Stiche lassen, wenn es zum Bruche mit Österreich kommen würde, und damit der Rache dieses Staates ausliefern.

Dies könne Preußen aber durch die Tat widerlegen, indem es den Bundesstaat vollende, selbst wenn er nur die kleinen Staaten enthalten sollte. Diese würden sich Preußen dann um so fester anschließen, sich in ihrer Selbständigkeit gesichert wissen und so Österreich das Lockmittel entwunden sein, auf die Königreiche einzuwirken.

Auch fordert er wie die preußischen Minister von der Erfurter Versammlung, als Weg zum Erfolge, Annahme der Konstitution en bloc und „Suspension aller Artikel in ihr, welche den Beitritt noch anderer Staaten voraussetze".

Die Staaten, die außerhalb des Bündnisses geblieben, können sich zwischen diesem und Österreich nicht behaupten, „sie können selbst ohne Preußen gar keine Art von politischem Körper bilden und am allerwenigsten unter Österreich".

Wie Ernst II. berichtet, war dieser Brief, der in Berlin nicht ohne Wirkung geblieben war, auch hinsichtlich der Ansichten, die die englischen Geschäftsträger in Deutschland über die Haltung der englischen Regierung verbreiteten, von großer Bedeutung.

Diese Ansichten, besonders genährt durch die englischen Gesandten in Berlin und Dresden, gingen dahin, „als hätte die bundesstaatliche Politik Preußens[1]) lediglich Widerspruch von englischer Seite zu erwarten. Das englische Ministerium war sich aber nur klar darüber, daß diese Bestrebungen Preußens, „da es gegen die offene Feindseligkeit Rußlands und Österreichs, die versteckte Feindseligkeit Frankreichs und die Eifersucht der größeren deutschen Staaten anzukämpfen habe, ohne von der Begeisterung der Nation getragen zu sein, geringe Aussicht auf Erfolg habe".[2]) „Die englische Regierung hat sich, wie E. v. Stockmar sagt, theoretisch günstig für Preußens deutschen Beruf ausgesprochen, praktisch neutral verhalten."[3]) Palmerston selbst äußerte einmal Bunsen gegenüber,[4]) „es sei gegen die

[1]) Ernst II. S. 532.
[2]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 606.
[3]) Ebenda S. 607.
[4]) Leben Bunsens Bd. 3 S. 47.

Idee eines Deutschen Reiches nichts einzuwenden, als daß niemand es scheine zustande bringen zu können". Anders stand es mit dem englischen Publikum, das in einem einigen Deutschland einen Handelskonkurrenten fürchten mochte und auch in der schleswig-holsteinschen Frage mit dem Ministerium in der Feindseligkeit gegen Preußen Hand in Hand ging. Leider lag aber bei beiden die Gefahr nahe, daß sie diese Feindschaft auch auf die deutsche Verfassungsfrage übertrugen.

Ein weiteres Bekenntnis des Prinzen zur preußischen Unionspolitik liegt in einem Briefe an seinen Onkel Leopold I. von Belgien vor.[1]) Dieser war vom Fürsten v. Leiningen und von Metternich, der im Sommer 1849 von England nach Belgien übergesiedelt war, in antipreußischem Sinne beeinflußt worden. Es war Metternich gelungen, den König von der Uneigennützigkeit Österreichs zu überzeugen, da es ja der einzige „saturierte Staat in Deutschland sei".[2])

Infolgedessen sah er in der Donaumonarchie immer noch die beste Garantie für die kleinen Staaten Deutschlands und beschuldigte den Prinzen Albert, eine Politik zu begünstigen, die zum Kriege führen müsse.[2]) Dieser antwortete ihm hierauf, daß Preußen nicht „kontentiert und saturiert" werden, sondern daß es seine Schuldigkeit tun und Deutschland eine föderative konstitutionelle Entwicklung sichern müsse, da Österreich undeutsch und antideutsch sei und bleiben werde.

Die kleinen Könige würden, durch ihren Souveränitätsschwindel verleitet, eher die Monarchie selbst in Deutschland zugrunde richten, als eine lebensfähige Föderativkonstitution für Deutschland schaffen. Preußen habe allen Anlaß dazu, die Kleinstaaten zu schützen, um den Föderativstaat möglich zu machen; bei den Regierungen der Königreiche sei das Gegenteil der Fall, sie würden auch noch durch Österreich verlockt, wie das Bündnis vom 27. Februar 1850 zeige, die Einverleibung der Kleinstaaten in ihre Staaten zu betreiben. Der Abfall Sachsens sei wieder ein Beweis für die fehlerhafte Politik der Albertiner seit Moritz.

Durch diese Briefe an hochstehende Persönlichkeiten beabsichtigte Prinz Albert, besonders in den maßgebenden Kreisen Berlins, die Überzeugung wach zu erhalten, „daß er und die Königin ganz anders von dem deutschen Bundesstaat und dem Erfurter Parlament dachten, als die landläufigen Ansichten es kundgaben". Er sah es deshalb auch gern, daß Stockmar ins

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 527: Prinz Albert an Leopold I. v. 19. 3. 1850.
[2]) Ebenda S. 506.

Volkshaus des am 20. März eröffneten Parlaments, gleichsam als Bürge für die Gesinnung des englischen Königshauses gewählt wurde.[1])

Die Hauptaufgabe des Erfurter Parlaments, von der das Gelingen des preußischen Werks zum größten Teile abhing, war, den Verfassungsentwurf vom 26. Mai, nebst der durch den Austritt der Könige notwendig gewordenen Zusatzakte, in einer einzigen Gesamtabstimmung unverändert anzunehmen.[2])

Dies geschah am 15. April 1850; in den nächsten Tagen erfolgte die Revision der Verfassung gemäß den preußischen Wünschen.

Herzog Ernst von Koburg, der sich während der Sitzungen des Parlaments oft in Erfurt befand, um in den widerstreitenden Meinungen zu vermitteln, hatte es sich außerdem zur Aufgabe gemacht, eine Desertion noch anderer Fürsten, von der Anzeichen vorhanden waren (Hessen), zu verhindern.[3]) Den Prinzen Albert, der „bei seinem lebhaften Interesse für das Einigungswerk an den Ereignissen in Erfurt den lebhaftesten Anteil nahm", hielt er durch seine Briefe über den Gang der Erfurter Verhandlungen immer auf dem Laufenden. Der Prinz verhehlte seinen Unmut nicht, als er hörte, daß die Mehrzahl der Fürsten nur gezwungen an den Verhandlungen teilnähmen, er verglich sie mit den ägyptischen Pharaonen, die nach jeder Plage wieder verstockten Herzens würden.[4]) Leider habe Deutschland noch nicht den rechten Moses gefunden.

Der Berliner Fürstenkongreß. Infolge der andauernden schwankenden Haltung Friedrich Wilhelms IV. und der Fürsten trat Herzog Ernst an Radowitz, der auf dem Reichstage mehr im Sinne seines Königs als seinen eigenen Absichten gemäß handelte, heran, um ihn für den Plan eines Fürstenkongresses zu erwärmen, der mit dem Zwecke der persönlichen Verpflichtung für die Verfassung nach Gotha einberufen werden sollte.[5]) Der König war anfangs damit einverstanden, änderte aber bald seinen Entschluß und lud die Fürsten nach Berlin ein. Der Prinz, als er dies vernahm, war mit dem Plane der „Gothaischen Reunion" in hohem Grade einverstanden.[6]) Er hielt die persönliche Besiegelung des durch Noten, Erlässe usw. ein-

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 533.
[2]) Sybel Bd. 1 S. 357.
[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 538.
[4]) Ernst II. Bd. 1 S. 538/39: Prinz Albert v. 8. 4. 1850.
[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 547.
[6]) Ebenda S. 548.

gegangenen Bündnisses für vortrefflich und ärgerte sich nur über Sachsen, das nicht bewogen werden könnte, beizutreten.

Seit Abschluß des Interims waren die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin über die deutsche Frage nicht ausgesetzt worden, anfangs lehnte man die beiderseitigen Vorschläge gegenseitig ab, am 12. April 1850 stand aber eine Einigung in naher Aussicht.[1])

Aber durch die Annahme der Verfassung in Erfurt und durch die Bedingung, welche Preußen stellte, daß die 22 Unionsstaaten geschlossen auf dem in Frankfurt von Österreich einzuberufenden Kongresse auftreten sollten, wurden diese Hoffnungen wieder zerstört.

Die Annahme der Unionsverfassung in Erfurt erschien Schwarzenberg als Anfang der Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland. Er beantwortete dieses Ereignis damit, daß er in der Absicht, die Union zu sprengen, der Sache nach den alten Bundestag für den 10. Mai 1850 einberief.[2])

Friedrich Wilhelm IV. war empört über dieses Vorgehen und erklärte jetzt, die Union behaupten zu wollen. Allein er geriet immer wieder ins Schwanken,[3]) da er einen endgültigen Bruch mit Österreich vermeiden wollte. Auch hielt er noch an seiner alten Ansicht, daß die Union nur aus freiwillig zutretenden Mitgliedern bestehen sollte, fest, welche aber dadurch hinfällig wurde, daß die Verfassung durch en bloc-Annahme rechtskräftig geworden war.[4])

Zu des Herzog Ernsts Erstaunen stimmte jedoch der König dessen Plan eines Fürstenkongresses zu.[5]) Infolgedessen versammelten sich die Unionsfürsten, mit Ausnahme des Herzogs von Nassau, seit dem 8. Mai 1850 in Berlin.

Der Herzog, welcher diesen Kongreß nach Gotha einberufen wissen wollte, damit der König vor allem dem Einflusse der reaktionären Partei während der Verhandlungen entzogen wäre,[6]) war sehr über die Absage des Königs enttäuscht gewesen,[7]) der, indem er dem Kongresse die hochpolitische Farbe nehmen wollte, zum Vorwand seiner Absage die Hochzeit seiner Nichte mit dem Herzog von Meiningen nahm. Ernst II. hatte diese Schwäche des Königs durchschaut und ihn in einem Antwortschreiben vom 2. Mai 1850[8]) ermutigt, „den so oft wiederholten Drohungen

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 364.
[2]) Sybel Bd. 1 S. 368.
[3]) Ebenda S. 369/70.
[4]) Ebenda S. 370.
[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 548.
[6]) Ernst II. Bd. 1 S. 547.
[7]) Ebenda S. 550.
[8]) Ebenda S. 551.

einer dem Fortschritt sowie der Entwicklung einer deutschen Nationalität feindlichen Macht", gestützt auf die gute Sache, ein unüberwindliches Heer und die Majorität des deutschen Volkes, standzuhalten. In ganz demselben Sinne hatte auch sein Bruder auf den König und den Prinzen von Preußen einzuwirken versucht.[1]) Er konnte nicht begreifen, daß man das Erfurter Parlament, die Hauptstütze der Union, in diesem wichtigen Augenblicke vertagt hatte. Wenn man Krieg vermeiden wolle, müsse man mit der öffentlichen Meinung im Bunde fechten. „Der Patriotismus der Erfurter würde die Fürsten bei der Stange gehalten und Europa Achtung abgezwungen haben." Sollten Hessen und auch noch andere abfallen, so müßten die kleinen Fürsten auf jeden Fall den engeren Bund retten, denn Österreich habe das Ansinnen an Preußen gestellt, bei Aufgabe der deutschen Einheit könne es die kleineren Staaten einverleiben. „Darauf laßt ihr Euch", so fährt er in demselben Briefe[1]) fort, „natürlich nicht ein und laßt Euch vom Könige von Preußen feierlich versprechen, daß er die Form eines engeren deutschen Bundes (nicht preußischen) erhält."

Das Ergebnis des Berliner Fürstenkongresses war die Einsetzung einer provisorischen Unionsregierung bis zum 15. Juli und der Beschluß geschlossenen Auftretens der Unionsregierungen auf dem von Schwarzenberg nach Frankfurt einberufenen Kongreß aller deutschen Staaten zwecks gemeinsamer Einsetzung einer neuen Zentralgewalt. Über die Hauptsache, die revidierte Verfassung, war keine Einigkeit zu erzielen gewesen.[2])

Ernst II., welcher der spiritus rector dieses Fürstenkongresses gewesen war, erkannte wohl das unbefriedigende Resultat desselben. Unter den gegebenen Verhältnissen aber, bei dem drohenden Austritt der beiden Hessen, Nassaus, beiden Mecklenburg und anderer Staaten aus dem Bündnis, der erfolgt wäre, sobald der König an der revidierten Verfassung festgehalten hätte, unter allen Umständen, auch wenn die Fürsten sie nicht voll und ganz angenommen, erschien es ihm noch am besten, wenn dieser Weg nicht beschritten und eine provisorische Regierung, wie es geschehen war, eingesetzt und damit also die Union festgehalten wurde. Nach der Frankfurter Konferenz wäre dann vom König das Erfurter Parlament wieder berufen worden, das alle strittigen Punkte erledigt hätte.[3])

Der Herzog hielt diesen zweiten Weg für den aussichtsreicheren, sein Bruder war aber damit nicht einverstanden. Es

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 556: Prinz Albert an Ernst II. v. 8. 5. 1850.
[2]) Sybel Bd. 1 S. 371, 372; Ernst II. Bd. 1 S. 565, 566.
[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 571, 572.

zeigte sich in den beiderseitigen Ansichten eine starke Differenz. Der Prinz, der am 18. Mai 1850 noch keine Nachricht von den endgültigen Beschlüssen des Kongresses erhalten hatte,[1]) gab der Hoffnung Ausdruck, daß der erste, mutige Weg beschritten würde; der zweite, der in Wirklichkeit beschritten war, schien ihm keinerlei Art Vorteil zu bieten.

Er stellte sich auf den Standpunkt, daß nach Annahme der in der Dreikönigskonstitution enthaltenen Verfassung durch das Erfurter Parlament es kaum zu denken wäre, daß einzelne Staaten aus dem Bunde austreten könnten.

Von der Frankfurter Konferenz dachte er gering, sein Mißtrauen in die Festigkeit der Fürsten hätte es nicht erlaubt, diese nach Frankfurt zu senden, um sie dort den Intrigen Österreichs und der Könige auszusetzen. Die Staaten, die gerettet werden wollen, brauchen ein Definitum, die Fürsten dürfen daher nicht auseinandergehen, ohne ihr Werk gelöst zu haben. Den Kongreß in Berlin hielt er überhaupt für überflüssig: „Die Fürsten hatten ihrem Parlamente Vorlagen gemacht, die dieses angenommen hat, und damit ist das Gesetz fertig". Die Zusammenkunft sei höchstens der formellen Sanktion halber nötiger gewesen.

Inzwischen hatte er auch durch seinen Bruder das endgültige Resultat des Kongresses erhalten.

Nach seinen Ausführungen in dem obigen Briefe konnte es nicht zweifelhaft sein, daß er mit diesem unzufrieden und darüber schmerzlich enttäuscht sein würde.

Das Provisorium auf zwei Monate,[2]) nach welcher Zeit die Fürsten wieder frei sein sollten, ihre Entscheidung zu treffen und inzwischen auch an den Sitzungen in Frankfurt teilnehmen konnten, erschien ihm als Resultat eines Fürstenkongresses nach Vollendung der Verfassung durch das Erfurter Parlament zu kläglich. Schmerzlich berührte es ihn, daß das Werk, wie der König zu Herzog Ernst gesagt hatte, als dessen Erfolg in die Welt gehen sollte!

Seiner Ansicht nach hatte das Ansehen der Fürsten durch diesen Ausgang zweifellos einen entsetzlichen Stoß erhalten und war das Bündnis vom 26. Mai neuen Gefahren ausgesetzt.

Hinsichtlich einer Besserung der Lage setzte er seine Hoffnung nunmehr nur auf Fehler der Könige und Österreichs in Frankfurt.

Der Gedanke des Dreikönigsbündnisses war für ihn in dieser gefahrvollen Stunde mehr als je der Leitstern an dem düsteren politischen Horizonte Deutschlands.

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 573: Prinz Albert an Ernst II. v. 18. 5. 1850.
[2]) Ebenda S. 575: Prinz Albert v. 26. 5. 1850.

An demselben Tage, da der Fürstenkongreß in Berlin auseinanderging, konstituierte sich in Frankfurt das Plenum des Bundestags.

§ 10.

Die deutsche Frage vom Schluß des Berliner Fürstenkongresses bis zur Reaktivierung des Bundestags und zum Schluß der Dresdner Konferenz vom 16. Mai 1850 bis 15. Mai 1851.

Die einseitige Wiedereinberufung des Bundestags durch Österreich war nach dem alten Bundesgesetz zu Unrecht erfolgt.[1])

Die herausfordernde Sprache Schwarzenbergs dem preußischen Gesandten gegenüber, die Kunde von bedeutenden Truppenansammlungen an der böhmischen Grenze und in Vorarlberg bestimmten jetzt den König von Preußen, um in Zukunft für alle Fälle über die russische Stellungnahme den deutschen Zuständen gegenüber vergewissert zu sein, am 26. Mai 1850 seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, zum Zaren, der sich damals in Skierniewice bei Warschau aufhielt, zu senden.

Auch Schwarzenberg stellte sich dort ein. Die Zusammenkunft verlief ergebnislos; der Zar betrachtete die Union mit Mißtrauen, die Herstellung des Bundestags mit Sympathie[2]) und drängte auf Abschluß des dänischen Friedens.

In der schleswig-holsteinischen Frage waren die Mächte nach Abschluß des Waffenstillstands zu Malmö in Unterhandlungen über den Frieden getreten. Palmerston, der schon im Mai 1848 als Vermittler aufgetreten war, bemühte sich, diese im Gange zu erhalten, aber erst im Frühjahr 1849 wurden die Probleme auf den Londoner Konferenzen einer genaueren Erörterung unterzogen. Ein von Palmerston verbesserter Vorschlag der Dänen, dahingehend, daß Schleswig vermöge einer Verfassung sowohl von Dänemark als auch von Holstein unabhängig sein sollte, war auf Druck Rußlands hin von Preußen und dem Reichsministerium angenommen worden.[3])

Friedrich Wilhelm IV., der wider Willen zu tief in die dänische Angelegenheit verwickelt worden war, hegte keinen

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 369.
[2]) Ebenda S. 389.
[3]) Sybel Bd. 1 S. 375.

dringenderen Wunsch, als davon befreit zu sein,[1]) und die preußische Diplomatie war durch ein drohendes Bündnis zwischen Rußland, Frankreich und Schweden mit Dänemark dermaßen eingeschüchtert, daß sie ebenfalls eine schnelle Beilegung der Streitigkeiten wünschte.[2]) Stockmar und, wahrscheinlich durch ihn beeinflußt, auch Prinz Albert erachteten den Abschluß des Friedens ebenfalls für wünschenswert.[3])

Am 23. Februar 1849 aber kündigten die Dänen, durch den Rückhalt ermutigt, den ihnen Rußland und Frankreich gewährte, den Waffenstillstand von Malmö und eröffneten Anfang April 1849 den Kampf wieder.

Es kam zu den Siegen der Deutschen bei Eckernförde (8. April), Düppel (13. April) und Kolding (20. April).

Besonders der erste, ein Seesieg, „machte, wie Ernst II. sagt, den Krieg gegen Dänemark erst populär und entfesselte die seemännischen Phantasien der Deutschen".[4])

Auch am englischen Hofe wurde er mit großer Freude begrüßt;[5]) der Prinz und die Königin, die diese Frage danach beurteilten, was recht und billig sei,[6]) „waren nicht allein deutsch, sondern vom Rechtsstandpunkt aus zugleich speziell schleswig-holsteinisch gesinnt",[5]) sie verwarfen demzufolge auch die während des Krieges von 1848 von Dänemark vollzogene Konfiskation der augustenburgischen Güter[7]) und erhofften mit ihrem Freund Stockmar von dem Seesiege, der dem englischen Ministerium und Publikum ebenso unangenehm als unglaublich erscheinen mochte,[5]) eine entscheidende moralische Einwirkung auf die Verbündeten der Dänen. Die diplomatischen Verhandlungen und die Unzufriedenheit des Zaren mit der Wiedereröffnung des

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 377.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 371.
[3]) Ebenda.
[4]) Ebenda S. 399.
[5]) Ebenda S. 430; Th. Martin S. 323.
[6]) The letters of Queen Victoria II p. 265: Queen Victoria to Viscount Palmerston, 21. June 1849:

„Lord Palmerston cannot be more anxious for a speedy termination of the Danish war than the Queen is, but she thinks that the mediation will not effect this as long as the mediating power merely watches which of the two parties is in the greatest difficulties for the moment, and urges it to give way; but by a careful and anxious discovery of the rights of the question and a steady adherence to the recommendation that what is right and fair ought to be done. The cause of the war having been the unlawful attempt to incorporate Schleswig into Denmark, the peace cannot be lasting unless it contains sufficient guarantees against the resumption of that scheme".

[7]) Ernst II. Bd. 1 S. 452.

Kampfes seitens der Dänen führten schließlich zu dem Waffenstillstand vom 10. Juli 1849. Dieser sollte bis zum Ende des Jahres und dann, wenn keine Kündigung erfolge, weiter laufen.

Seine Bestimmungen erregten in Deutschland allgemeine Enttäuschung. Bei den nun folgenden Friedensverhandlungen, zu denen sich Preußen durch das inzwischen eingesetzte Interim die Vollmacht geben ließ, für Deutschland den Frieden abzuschließen, machte die Frage der Stellung Schleswigs die größte Schwierigkeit.[1])

Da die inneren deutschen Verhältnisse in Fragen der Union und des soeben durch Österreich einseitig wiederhergestellten Bundestags zum Kriege zu führen schienen, befleißigte sich Preußen, das durch den dänischen Krieg und die Union getrübte freundschaftliche Verhältnis zu Rußland wiederherzustellen und sich der Neutralität dieses Landes im Falle eines preußisch-österreichischen Kampfes zu sichern. Es folgte die obenerwähnte Zusammenkunft des Prinzen von Preußen mit dem russischen Kaiser. Dieser wollte vor Abschluß des dänischen Friedens „keine bindende Erklärung über sein Verhalten in der deutschen Frage geben".[2]) Während der Verhandlungen über diesen Frieden waren die Londoner Konferenzen zusammengetreten, auf welchen England, Rußland, Frankreich, ohne Preußen und Österreich dazu eingeladen zu haben, über die dänische Erbfolgefrage in Unterhandlungen getreten waren.[3])

Das englische Ministerium war durch die wissentlich oder unwissentlich falschen Berichte der englischen Gesandtschaften und Konsulate, die ganz verzerrte Bilder über die schleswig-holsteinische Frage lieferten,[4]) trotz der entgegenstehenden Stimmung des Prinzen Albert und der Königin ganz und gar dänisch und feindlich gegen die Augustenburger gesinnt.[5])

Dieser Gesinnung entsprechend stellte Palmerston am 4. Juli 1850 in Übereinstimmung mit Rußland,[6]) Frankreich, Schweden das Londoner Protokoll über die dänische Erbfolge auf. Diese sollte hiernach nur auf Grund der Erhaltung der Integrität des dänischen Staates geregelt werden. Die Ergebnisse der schwebenden Berliner Verhandlungen sollten die europäische Anerkennung erhalten. Die Recht edes Deutschen Bundes und Holsteins blieben

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 379 ff.
[2]) Sybel Bd. 1 S. 389.
[3]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 132, 134, 135.
[4]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 129.
[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 452.
[6]) The letters of Queen Victoria II p. 296, 297: Viscount Palmerston to Lord John Russell, 23. June 1850.

dabei gänzlich unbeachtet. Das völlige Eingehen Palmerstons auf die Wünsche Rußlands rührte nach Ernst II. u. a. daher, daß er sich aus der Klemme ziehen mußte, in die er sich durch seine Übergriffe im Orient und im Januar 1850 durch sein Einschreiten in Athen gebracht hatte.[1]) Dazu kam der alte Argwohn der Engländer, der ein einiges Deutschland als Konkurrenten erkannte.[2])

Das Protokoll, das nach Palmerstons Ausspruch nur „eine Festlegung der Wünsche und Ansichten der drei Mächte sein sollte,[3]) wurde dem preußischen Gesandten erst am 2. Juli von Palmerston offiziell mitgeteilt und er eingeladen, beizutreten".

Bunsen lehnte ab mit der Begründung, daß es von diesen Mächten vorweg ohne Beirat Preußens, Österreichs noch einer anderen deutschen Autorität aufgestellt worden sei.[4]) Etwa gar den Deutschen Bund zur Unterschrift des Protokolls aufzufordern, dazu mochte sich Palmerston nicht verpflichtet fühlen, im Gegenteil wollte er dies verhindert wissen.[5]) Er erregte durch diese Forderung, wie das Protokoll an sich,[6]) den Widerspruch der Königin Victoria. Diese meinte und wußte sich darin wohl in Übereinstimmung mit dem Prinzgemahl, daß ein Protokoll, welches die Integrität der dänischen Monarchie ohne Wissen Deutschlands sicherstelle, ein direkter Angriff auf dieses sei. Eine derartige Handlung laufe jedem Gefühl von Gerechtigkeit und Moral zuwider.[7])

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 460, 461; Bunsens Leben Bd. 3 S. 131: Bunsen vom 23. 3. 1850.

[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 322, 323.

[3]) The letters of Queen Victoria II p. 296: Viscount Palmerston to Lord John Russell, 23rd June 1850: „... In fact, the Protocol is to decide nothing, it is to be merely a record of the wishes and opinions of the Powers whose representatives are to sign it..."

[4]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 134.

[5]) The letters of Queen Victoria II p. 295: „... Queen Victoria to Viscount Palmerston, 22nd June 1850: „... The Queen has received Lord Palmerstons letter of yesterday, but cannot say that his arguments in support of his former opinion, that the Germanic Confederation should be omitted from amongst the Powers who are to be invited to sign a protocol, the object of which is to decide upon the fate of Holstein, have proved successful in convincing her of the propriety of this course..."

[6]) Ebenda.

[7]) The letters of Queen Victoria II p. 295: Queen Victoria to Viscount Palmerston, 22nd June 1850: „... As Holstein belongs to the Germanic Confederation and is only accidentally connected with Denmark through its Sovereign, a Protocol to ensure the integrity of the Danish Monarchy is a direct attack upon Germany, if carried out without her knowledge and consent; and it is an act repugnant to all feelings of justice and morality for third parties to dispose of other people's property, which no diplomatic

Sie wollte Holstein nicht einverleiben lassen[1]) und traute ihrem Minister zu, einer russischen Intervention in Schleswig beizustimmen.[2]) Infolge Ablehnung der preußischen Regierung verzögerte sich die Unterzeichnung des Protokolls seitens Rußlands, Englands, Frankreichs; dies geschah erst am 2. August 1850. Prinz Albert, der schon seit Anfang dieses Jahres den hoffnungslosen Kampf gegen die Lügenberichte der meisten englischen Gesandten aufgegeben hatte, scheint am 30. April schon den Verlauf der Unterhandlungen vorausgesehen zu haben. Er schreibt an diesem Tage: „In der Schleswigschen Sache sind die Großmächte determiniert, Deutschland über den Löffel zu barbieren".[3]) Und nach Unterzeichnung des Protokolls am 25. August fixiert er nochmals seine Stellungnahme in der Schleswig-Holsteiner Frage, er schreibt da an Stockmar: „Schleswig hat nun einmal Recht auf sein Zusammenbleiben mit Holstein; Holstein gehört nun einmal zu Deutschland, und die Augustenburger sind die Erben. Wie kann man über diese Dinge hinwegkommen?"[4])

Und an seinen Bruder schrieb er: „Die armen Schleswiger müssen nun alles büßen, sogar auch die Sünden unseres auswärtigen Engels, der sich mit dem Protokoll Rußlands und Frankreichs verscherzte Freundschaft auf Deutschlands Kosten wiedergekauft und so den griechischen Handel abgeschlossen hat. Deutschland geschieht es ganz recht, wenn es vom Auslande verachtet wird, aber wehe denen, die daran die Schuld tragen".[5])

Auf dem Berliner Fürstenkongreß war beschlossen worden, bei den Verhandlungen in Frankfurt geeint aufzutreten. Diese Bedingung hatte aber Schwarzenberg den letzten Anstoß zur Einberufung des Bundestags gegeben, es war damit also von vornherein die Aussichtslosigkeit dieser Verhandlungen ausgesprochen.

---

etiquette about the difficulty of finding a proper representative for Germany could justify ..." Th. Martin Bd. 2 S. 323: Prinz Albert an Stockmar vom 25. 8. 1850.

[1]) The letters of Queen Victoria II p. 297/98: Queen Victoria to Lord John Russell, 25th June 1850.

[2]) The letters of Queen Victoria II p. 305/306: Queen Victoria to Lord John Russell, 28st July 1850: „... The Queen is personally convinced that Lord Palmerston at this moment is secretly planning an armed Russian intervention in Schleswig, which may produce a renewal of revolutions in Germany, and possible a general war ..." S. 307/308: Queen Victoria to Lord John Russell, 31st July 1850.

[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 452.

[4]) Th. Martin Bd. 2 S. 323.

[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 460/61.

Die Bemühungen der Unionsstaaten, in Übereinstimmung mit der preußischen Regierung als Bedingung ihres Eintritts in die Frankfurter Versammlung das alternierende Präsidium zwischen Preußen und Österreich durchzusetzen, waren ebenso fruchtlos.[1]) Die Schwäche Preußens wurde von Schwarzenberg ausgenützt und die österreichischen Forderungen um so stärker betont. In Berlin bearbeiteten die Parteigänger Österreichs den König in ihrem Sinne, und in Frankfurt trat Graf Thun herausfordernd auf und predigte den Krieg. Schwarzenberg hatte durchaus nicht die Absicht, den Bundestag in seinen alten Formen wiederherzustellen, freilich, wenn keine Einigung möglich war, so blieb, wie Thun zugab, nichts anderes übrig als die ehemalige Bundesverfassung.[2])

Das preußische Kabinett selbst befand sich in Zwiespalt. Am 24. Juli beantragte der Minister des Innern v. Manteuffel, die Union wegen der Unausführbarkeit der Verfassung vom 26. Mai aufzuheben. Radowitz, der Urheber des Unionsgedankens, widersprach und wünschte den Ablauf des neuen Provisoriums — das alte war Mitte Juli abgelaufen — abzuwarten.[3]) Ende Juli 1850 waren alle Anträge Preußens abgewiesen, die preußischen Bevollmächtigten aus Frankfurt abgerufen worden.[4]) Die Lage war für Preußen sehr ungünstig, entweder mußte man für ein nichtiges Streitobjekt der Ehre wegen einen Kampf auf Leben und Tod wagen oder aus demselben Grunde einen wenig ehrenvollen Frieden schließen.[5]) Die Stimmung des Prinzen Albert über diese Lage Deutschlands war dementsprechend. Er konnte es nicht verhehlen, seinem Freunde Stockmar gegenüber und seinem Bruder die Besorgnisse, die er über den Zustand Deutschlands hegte, auszusprechen. „Deutschland", so schrieb er an ersteren, „scheint mir unter der unseligen Regierungs- und Souveränitätspolitik zu verfaulen und der nächsten Revolution noch ein leichteres Spielwerk zu werden." [6]) Das Verhalten der Regierungen erschien ihm über alle Maßen niederträchtig. Er sah in den Provisorien, in denen sich die Union nun schon seit Mitte Mai fortschleppte, die untätige Schwäche, die den Gegner besonders zum Angriff ermutigen müsse.[7]) „Der alte Bundestag in Frankfurt (!) und nun der Wahnsinn in Kassel! Es ist zuviel und darum wende ich mich mit Abscheu davon ab." [7])

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 580 ff.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 583.
[3]) Sybel Bd. 1 S. 405.
[4]) Ernst II. S. 586.
[5]) Sybel Bd. 1 S. 404.
[6]) Th. Martin Bd. 2 S. 322/23: Prinz Albert an Stockmar v. 25. 8. 1850.
[7]) Ernst II. Bd. 1 S. 586; vgl. auch die Briefe des Prinzen Albert an Stockmar v. 11. 9. u. 7. 10. 1850 in Th. Martin Bd. 2 S. 332 u. 337.

Wenn in der Schleswig-Holsteinschen Frage die Haltung Rußlands Preußen gegenüber noch einigermaßen wohlwollend gewesen war, so rückte Zar Nikolaus, immer geleitet von den Prinzipien des Absolutismus und des Legitimitätsgedankens, in dem eben ausgebrochenen Streite des hessischen Kurfürsten mit seinen Ständen ganz auf die Seite Österreichs.[1])

Hier befand sich Friedrich Wilhelm I. mit der seit 1831 bestehenden liberalen Verfassung und seinen Ministern, die seinem Wunsche, aus der preußischen Union auszuscheiden, um seinen Ständen nicht das Budget vorlegen zu müssen, nicht nachkamen, in offenem Kampfe. Um seinen Zweck zu erreichen, entließ er sie im Februar 1850 und berief seinen früheren Minister Hassenpflug. Dieser führte den Übertritt Hessens in den Bundestag herbei, um dessen Intervention, die zur Beseitigung der Verfassung nötig war, zu erlangen. Als die Stände die Verlängerung der Vollmacht zur Steuererhebung verweigerten, verhing er den Kriegszustand über das Land und flüchtete am 12. September mit dem Kurfürsten nach Frankfurt. Als dann die Mehrzahl der hessischen Offiziere ihren Abschied nahm, war das Einschreiten des Bundestags in nahe Aussicht gestellt.[2])

Preußen konnte eine solche Besetzung seiner Interessensphäre, die die wichtigen Verbindungen zwischen seinen Ost- und Westprovinzen enthielt, nicht zulassen, es protestierte deshalb gegen alle Schritte des vorgeblichen Bundestags in Kurhessen.[3]) Gleichzeitig schlug aber Radowitz im Laufe der Verhandlungen Osterreich vor, „der König von Preußen wolle sämtliche Streitfragen nach alter Freundschaft vereint mit dem Kaiser von Österreich regeln, und zwar die hessische und die Holsteiner durch gemeinsame Kommissare der beiden Mächte, die deutsche Verfassungsfrage durch freie Konferenzen aller deutschen Regierungen".[3]) Bayern und Württemberg waren entrüstet darüber und rüsteten; darauf wurden die preußischen Truppen bei Erfurt, Wetzlar, Kreuznach ebenfalls verstärkt. Schwarzenberg lehnte diese Vorschläge, gestützt auf Rußland, ab. Am 11. Oktober 1850 fanden dann Monarchen- und Ministerkonferenzen der Staaten Österreich, Bayern und Württemberg in Bregenz statt, wo ein Schutzbündnis gegen Preußen und Aufstellung eines Heeres von 200 000 Mann verabredet wurde. Unter diesen Umständen suchte Preußen den Zaren günstig für sich zu gewinnen; er befand sich um diese Zeit wieder in Warschau, und Graf Brandenburg wurde am 15. Oktober 1850 dahin gesandt, um ihn zu überzeugen, daß

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 415ff.
[2]) Sybel Bd. 1 S. 419.
[3]) Ebenda S. 423/24.

Preußen im Kampfe gegen den Bundestag keine revolutionäre, sondern nur preußische Politik treibe.[1]) Hier mußte indessen Preußen im großen und ganzen, gezwungen durch die feste Haltung Schwarzenbergs und Rußlands, nachgeben, es mußte die Union so gut wie aufgeben[2]) und sich verpflichten, den Bundestag unangefochten zu lassen; dessen Exekution in Kurhessen sollte unverzüglich stattfinden. Dafür erlangte es nur freie Konferenzen für die Bundesreform in Dresden. Die Vorschläge Brandenburgs wurden von der Majorität des preußischen Ministerrats hauptsächlich gegen Radowitz' Einwürfe angenommen. Am 2. November fügte sich der König derselben. Infolgedessen reichte Radowitz an demselben Tage sein Entlassungsgesuch ein. Er wurde von Friedrich Wilhelm IV. Mitte November mit der geheimen Mission, nachträglich ein Bündnis zwischen Preußen und England herbeizuführen, an den englischen Hof geschickt.

Diese Mission Radowitz' schien durch die gegenwärtige Lage Preußens und Deutschlands gerechtfertigt. Zwischen Frankreich und Rußland herrschte in den meisten Angelegenheiten Einverständnis.[3])

Auch England war, wenigstens in der Schleswig-Holsteinschen Frage, mit diesen Mächten in Übereinstimmung, Preußen mußte daher darauf sehen, ein gänzliches Abschwenken dieses Staates ins feindliche Lager zu verhindern.

In der dänischen Frage hatten die drei Protokollmächte eine Entwaffnung der Holsteiner Rebellen verlangt und wollten dann erst Vorschläge von seiten Dänemarks entgegennehmen.[4]) In England wurde diese Ansicht von dem Ministerpräsidenten Lord J. Russell und Palmerston vertreten; sie hatten indessen die übrigen Minister, die Königin und den Prinzen Albert gegen sich. Drohungen Rußlands und Frankreichs,[5]) man sprach von einer Besetzung der Rheinprovinzen durch Frankreich und einem Einrücken Rußlands in Schlesien,[6]) sollten einen Druck auf

---

[1]) Sybel Bd. 1 S. 426.
[2]) Ebenda Bd. 2 S. 18.
[3]) Ernst II. Bd. 1 S. 599.
[4]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 145/46.
[5]) Sybel Bd. 2 S. 35/36. — The letters of Queen Victoria II p. 323: „A strenuous attempt was being made by the Danish Government to bring pressure to bear on Austria and Prussia, to put down the nationalist movement in the Duchies, either by active intervention or by reassembling the Conference which had negotiated the Treaty of Berlin. Lord Palmerston discountenanced both alternatives, but wrote to the Queen that he and the representatives of France, Russia, and Denmark thougt that Austria and Prussia should be urged to take all feasible steps to put an end to the hostilities".
[6]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 147: Bunsen v. 25. 10. 1850.

Preußen ausüben, um es zu veranlassen, die Armee der Holsteiner zur Niederlegung der Waffen zu zwingen und eine dem Berliner Frieden entsprechende, den Protokollmächten genehme Politik zu treiben.[1])

Das englische Ministerium stellte sich diesen Drohungen der beiden Mächte nicht direkt entgegen, hielt aber diesbezügliche Vorstellungen bei Preußen zwecks Pazifizierung Holsteins für förderlich.[2]) Den entschiedensten Widerspruch fanden sie aber bei der Königin Victoria.[3]) Sie war durchaus nicht mit Palmerstons Vorschlag einverstanden, Preußen und Österreich zu ersuchen, die Holsteiner zum Niederlegen der Waffen zu zwingen. Die vermittelnde Macht sollte ihrer Ansicht nach Dänemark lieber darauf aufmerksam machen, daß es mehr als eines Aufhörens der Feindseligkeiten bedürfe, nämlich einer planmäßigen Versöhnung und einer Lösung der schwebenden Fragen, ehe ein dauernder Friede zustande kommen würde.[3]) Sie erklärte die vorgeschlagene Politik für unwürdig der Stellung Englands in der Welt, ungerecht und unsittlich in sich selbst und gänzlich unvereinbar mit dem übernommenen Amte eines Vermittlers.

Die unleidliche Drohung Rußlands und Frankreichs sei eine Folge des unseligen Protokolls, in welchem drei fremde Mächte ihr eigenes selbstisches Interesse an die Stelle des Rechts gesetzt hätten. Preußen könne seine Stärke nicht in der eigenen Vergrößerung suchen, dies zu glauben sei falsch, seine Stärke liege in der Identifizierung mit Deutschland und dem Verlangen nach einem redlichen, im englischen Sinne durchgeführten konstitutionellen Rechte.[4]) Daher wünschte sie, daß die englische Regierung Preußen und Deutschland ihren moralischen Beistand gewähren sollte im Kampfe gegen die Bestrebungen Österreichs, den alten Bundestag wieder einzuführen.[5]) Wie weit Preußen

---

[1]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 149.

[2]) vgl. Note 5 auf S. 111.

[3]) The letters of Queen Victoria II p. 322/23: Queen Victoria to Viscount Palmerston 16th Oktober 1850: „The Queen is glad to hear from Lord Palmerston that he has given no countenance to the French and Russian proposal at the suggestion of Denmark, that England, France, and Russia should, after having signed the Protocol in favour of Denmark, now go further and send their armies to aid her in her contest with Holstein“ etc.

[4]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 149.

[5]) The letters of Queen Victoria II p. 328/29: Queen Victoria to Viscount Palmerston 18th November 1850: „. . . Having invariably encouraged Constitutional development in other countries, . . . and having at the be-

aber noch von einer Identifizierung mit Deutschland entfernt war, zeigte sich in dem Verhalten Friedrich Wilhelms IV. Dieser suchte sich sowohl die schleswig-holsteinsche Frage als auch die liberale Unionsverfassung vom Halse zu schaffen.[1]) In der unbedingten Anerkennung der fürstlichen Autorität seitens der Nation stimmte er mit den Machthabern Österreichs und Rußlands überein.[1]) Das Mißtrauen, das ihm vom englischen Ministerium und von der öffentlichen Meinung Englands entgegengebracht wurde, war daher nicht ganz unberechtigt.[2])

Nicht zu vergessen war außerdem, daß Preußen im letzten Grunde, sowohl in Schleswig-Holstein wie in Hessen, wenn auch nicht direkt um Vergrößerung seines Gebiets, so doch um die Behauptung seiner Stellung in Deutschland, um die Vergrößerung seines politischen Einflusses kämpfte.[3])

Diese Konstellation — Rußland, Frankreich, Österreich gegen Preußen, Englands Haltung unentschieden und abwartend, jedenfalls mit Ausnahme des Hofes Preußen wenig günstig gestimmt[4]) — hätte eine solche Mission Radowitz' an sich nicht zwecklos erscheinen lassen, d. h. wenn Preußen, wie Prinz Albert sagte,[5]) „sich zum ehrlichen, aufrichtigen, begeisterten Träger konstitutioneller Freiheit in Deutschland gemacht hätte".

Radowitz wurde von der Königin mit großem Interesse, von dem Prinzen mit größtem Nutzen angehört.[6]) Man setzte in Berlin fast übertriebene Hoffnungen auf den Prinzen Albert.[7])

Dieser ließ, seiner politischen Stellung und der Verantwortung halber, seine Anschauungen über die Möglichkeit eines preußisch-englischen Bündnisses „über die Mittel und Wege, wie Preußen die Freundschaft Englands auch in diesem Augenblick noch gewinnen konnte", durch seinen Bruder nach Berlin gelangen.[8]) Er war der Überzeugung, daß Preußen nach dem

---

ginning of the great movement in 1847, which led to all the catastrophes of the following years, sent a Cabinet Minister to Italy to declare to all Italian states that England would protect them from Austria if she should attempt by threats and violence to debar them from the attainment of their Constitutional development, consistency would require that we should now, when that great struggle is at its end and despotism is to be re-imposed by Austrian arms upon Germany, throw our weight into the scale of Constitutional Prussia and Germany . . ."

[1]) Sybel Bd. 2 S. 43/44.
[2]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 146 u. 154.
[3]) vgl. hierzu Sybel Bd. 2 S. 37 oben.
[4]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 160.
[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 603: Prinz Albert v. 1. 12. 1850.
[6]) The Letters of Queen Victoria II p. 332; Ernst II. Bd. 1 S. 603.
[7]) Ernst II. Bd. 1 S. 598.
[8]) Ernst II. S. 599.

Grundsatz, dem Mutigen gehört der Sieg, nur durch offenes und entschiedenes Vorgehen Sympathien in England erwarten könne, daß aber auf eine Initiative der englischen Regierung so wenig wie auf eine Allianz zu rechnen sei. Kein englischer Minister würde die Zustimmung zu einer Maßregel, die die Möglichkeit der Anteilnahme Englands an einem neuen Kontinentalkriege in Aussicht stellen würde, geben, ohne die Zustimmung des Parlaments und dieses auch nur dann, wenn große englische Interessen dabei im Spiele sein würden. „Daß dies in der Tat hier event. der Fall sein werde, glaube ich von meiner persönlichen Kenntnis aus für erwiesen halten zu können, aber der Beweis für das englische Publikum kann nur von Preußen geliefert werden.“ [1]) Er bedauerte nur, daß in den gegenwärtigen deutschen Streitigkeiten um Schleswig-Holstein, Hessen, um eine Reform der inneren deutschen Verhältnisse von Preußen die prinzipielle Bedeutung des Kampfes um die Streitobjekte nicht genügend hervorgehoben würde, dies würden, wie er meinte, die Engländer besser verstehen, als die Berufung einer ganzen Nation zur Verteidigung von Etappenstraßen usw.[2])

In der kurhessischen Verfassungsfrage war dem englischen Geiste etwas gegeben, was er völlig verstand, „ein flagranter Verfassungsbruch, eine despotische Intervention, eine Unterdrückung der Landesrechte“.[3]) Preußen würde als ebenbürtiger Bundesgenosse Englands nur in Betracht kommen, „wenn es willens und fähig sei, bezüglich Hessens die Ansicht auszusprechen, die Hessen hätten recht und dieses habe der Kurfürst anzuerkennen, wenn er auf Preußens Unterstützung rechnen wolle“.[4])

Prinz Albert erblickte in dem Ringen Preußens um Deutschland gegen Österreich, die Mächte und die deutschen Mittelstaaten einen Kampf zwischen Despotie und konstitutioneller Freiheit. Daher keine Kabinettspolitik, sondern Politik vom volkstümlichen, repräsentativen, konstitutionellen Standpunkte aus, dies sei nicht nur Preußen, sondern auch den Unionsfürsten ins Gedächtnis zu rufen.[5])

Vergleichen wir diese Anschauungen des Prinzen mit denen v. Radowitz und Bunsen, so sehen wir, daß sie im großen und ganzen mit deren Gesamturteil übereinstimmen. Prinz Albert sah wie diese das Heil Preußens im gegenwärtigen Augenblicke

---

[1]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 159.

[2]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 158/59; Ernst II. Bd. 1 S. 600: Prinz Albert an Ernst II. v. 10. 11. 1850.

[3]) Ebenda S. 603.

[4]) Bunsens Leben Bd. 3 S. 153/54: Bunsen v. 30. 10. 1850 an Radowitz.

[5]) Ernst II. Bd. 1 S. 600/01: Prinz Albert an Ernst II. v. 10. 11. 1850.

in dem Festhalten am Konstitutionalismus und an der Union,[1]) sie sahen die Ehre Preußens bedroht, die Pflichten Preußens gegen Deutschland unerfüllt, wenn dies nicht geschehen würde. Der Prinz bewegte sich hiermit in den Gedankenkreisen der Minorität des preußischen Ministeriums vom 2. November, die einen Krieg gegen Österreich der Ehre Preußens halber und der Aufrechterhaltung seiner Union nicht scheute und zu der außer v. Radowitz sich auch der Prinz von Preußen bekannte. Er verurteilte scharf das schwächliche Nachgeben Preußens in Warschau und riet den Unionsfürsten, trotz Preußens Abfall, an der Union festzuhalten.[1]) Aber die Unfertigkeit der preußischen Armee bei einem in Aussicht stehenden Kampf Preußens gegen drei Großmächte — diese Möglichkeit erschien sogar dem Prinzen von Preußen zu gefährlich. Die realen Machtverhältnisse überzeugten ihn, daß bei einem solchen Kampfe Preußen um Leben oder Tod kämpfen würde.

Diese Überzeugung kam zum Ausdruck, als er an Herzog Ernst am 22. November 1850 schrieb: „Ihre Ansicht und die, welche Ihr Herr Bruder Ihnen schreibt, sind gewiß sehr richtig, obgleich man doch immer nur das Erreichbare anstreben muß und sich nicht an Ideale festklammern darf. In kurzem sind wir gerüstet, dann können wir auch eine festere Sprache annehmen usw.“ [2])

Nachdem Preußen so in Warschau in den Hauptpunkten nachgegeben, glaubten Österreich und seine Verbündeten die Exekution in Kurhessen ungestört vornehmen zu können. Friedrich Wilhelm IV. hatte aber in den denkwürdigen Sitzungen der preußischen Minister vom 1. u. 2. November den Entschluß gefaßt, die preußischen Etappenstraßen in Hessen und das zwischen ihnen liegende Gebiet mit seinen Truppen besetzen zu lassen. Am 3. November, an demselben Tage, da eine friedliche Depesche Brandenburgs nach Wien abgesandt worden war, verlangte Österreich in einer drohenden Note die Zurückziehung der preußischen Truppen aus Kurhessen. Schwarzenberg erklärte im Gegensatz zu der preußischen Depesche vom 3. November, „daß von der Berufung der freien Konferenzen erst dann die Rede sein könne, wenn die preußischen Truppen Hessen völlig geräumt, die Exekution des Bundes gegen Holstein von Preußen nicht gehindert und die förmliche Aufhebung der Unionsverfassung vollzogen sei“.[3]) Rußlands und Österreichs Rüstungen bewirkten, daß auch

---

[1]) Ernst II. Bd. 1 S. 603/04: Prinz Albert an Ernst II. v. 1. 12. 1850.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 605: Der Prinz von Preußen an Herzog Ernst v. 22. 11. 1850.
[3]) Sybel Bd. 2 S. 39/40.

Preußen am 6. November die Mobilmachung beschloß. Am 9. November gab es bezüglich Holsteins und der Union nach, die Besetzung der Etappenstraßen hielt es aufrecht.[1]) Am 15. November beantragte es beim Fürstenkollegium der Union die förmliche Aufhebung der Verfassung. Bald traf auch die Garantie des Bundestags für die preußischen Etappenstraßen ein, Österreich forderte nun Öffnung derselben und wollte gestatten, daß einige preußische Truppen auf der Etappenlinie stehen blieben.[2]) Das preußische Ministerium konnte sich indes nicht zur Zurückziehung der Truppen aus Hessen verstehen, es scheute die Verantwortung vor der öffentlichen Meinung und den Kammern. Der König wollte weder Krieg führen noch nachgeben.[3]) Es wurde daher eine Unterredung zwischen Manteuffel und Schwarzenberg vereinbart. Die Verhandlungen führten zur Punktation von Olmütz, wo Preußen in den Hauptpunkten nachgab; demütigend war es, daß es sich zu vollständiger Abrüstung, und zwar vor Einberufung der Konferenzen verpflichten mußte, Österreich dagegen nur unvollständig abrüstete.[4])

Am 23. Dezember 1850 wurden die freien Konferenzen in Dresden durch eine Rede Schwarzenbergs eröffnet. In dieser schilderte er die Vorzüge der alten Bundesverfassung, gab zu, daß sie nicht frei von Mängeln sei und bezeichnete ihre Revision als den „nächsten und hauptsächlichsten Zweck der bevorstehenden Verhandlungen".

Seine Redeweise ließ erkennen, daß für den Fall der Resultatlosigkeit der Konferenzen den bisherigen landesgesetzlichen Bestimmungen ihre fortdauernde Gültigkeit verbleiben würde.[5]) Diese Rede des österreichischen Staatskanzlers erregte sofort die bittere Ironie des Prinzen Albert, „sie ist wirklich an den Wahnsinn grenzend". „. . . man kann aber nichts Besseres tun, als zum alten Bundestag zurückzukehren und die Mängel durch ein starkes Zentralorgan zu heilen, das imstande sein wird, der Demokratie und der Revolution einen Damm entgegenzusetzen . . ."[6])

Preußen und Österreich waren mit verschiedenen Plänen, die nicht zu versöhnen waren, in die Konferenzen eingetreten. Friedrich Wilhelms Plan lief auf die österreichisch-preußische Zweiherrschaft in Deutschland hinaus.[7]) Nach Schwarzenbergs

---

[1]) Sybel Bd. 2 S. 41.
[2]) Ebenda S. 48.
[3]) Sybel Bd. 2 S. 51.
[4]) Ebenda S. 62/63.
[5]) Ernst II. Bd. 2 S. 7/8.
[6]) Ernst II. Bd. 2 S. 11.
[7]) Sybel Bd. 2 S. 70 ff.

Plänen wäre Deutschland in sechs absolutistisch regierte Staaten zerfallen. Zur Beratung der Angelegenheiten auf dem Kongreß wurden fünf Kommissionen eingesetzt.[1]) Die Frage der Einsetzung einer starken Exekutive wurde zuerst behandelt. Preußen wollte Übertragung derselben an Preußen und Österreich allein. Gegen diesen Vorschlag sträubte sich Schwarzenberg und schlug zuerst ein Kollegium von sieben Personen mit neun Stimmen vor, in welchem nach der Stimmenverteilung — Preußen und Österreich je zwei, die vier Königreiche je eine, Baden, beide Hessen, Holstein, Luxemburg zusammen eine Stimme — Österreich immer die Majorität von sechs Stimmen für sich gehabt hätte.[2]) Die Kleinstaaten waren hierbei ganz ausgeschaltet, sie waren von Schwarzenberg den Königreichen zugedacht worden. Sie sehnten sich daher nach dem alten Bundestag zurück, dort war ihre Selbständigkeit noch am besten gewahrt gewesen.

Preußen verwahrte sich gegen die Opferung der Kleinstaaten. Schließlich ließ sich der österreichische Minister zur Teilnahme der Kleinstaaten an der Exekutive bestimmen und legte den neun zwei weitere Stimmen der Kleinstaaten hinzu; aber auch bei dieser Zusammensetzung der Exekutive hätte Österreich immer noch sechs, und zwar die wichtigeren von den elf Stimmen für sich gehabt, und wie Prinz Albert sagte, alles Deutsche dadurch in der Minderheit erhalten. „Der Dresdner Vorschlag von elf Stimmen bedeutet eine reine Beraubung der kleinen Staaten von sechs Stimmen und nicht die Verträge von 1815. Ist Manteuffel ... darauf einzugehen und der König ... zuzugeben, so steht es schlimm. Ich würde mich nimmer darein fügen."

Prinz Albert, Ernst II. und v. Radowitz waren sich über die Erhaltung und Förderung des deutschen Einheitsgefühls in den kleinen Staaten einig.[3]) Preußen verlangte als Ausgleich gegen den Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund Parität im Bundespräsidium und der Exekutive.

Seine Lage in Europa war jetzt besser als während der Olmützer Verhandlungen. Frankreich und England waren gegen den Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund, Rußland hatte nur schwaches Interesse daran.

Prinz Albert fand die russische Politik jetzt auch nur deshalb einigermaßen annehmbar. Preußen konnte sich etwas freier bewegen, wenn Rußland jenes Bestreben Österreichs feindselig be-

---

[1]) Ernst II. Bd. 2 S. 10.
[2]) Sybel Bd. 2 S. 75.
[3]) Ernst II. Bd. 2 S. 11/12: Prinz Albert an Ernst II. v. 18. 1. 1851.

trachtete.[1]) Frankreich, so meinte er, würde nimmermehr erlauben, daß die italienischen Provinzen ein Teil Deutschlands würden.[2]) Herzog Ernst, der sich Ende Januar während der Konferenzen in Dresden aufgehalten, konnte nur seine längst gehegte Überzeugung festigen, daß aus ihnen nur der alte Bund, aber verstümmelt, hervorgehen würde.

Sein Bruder war durch seine deprimierenden Berichte ganz hoffnungslos geworden. Eine Verbesserung der Zustände in den kleinen Staaten hielt er vor Regelung der deutschen Verhältnisse für unmöglich. An letzteres sei aber nicht zu denken, bevor Preußen seine Schuldigkeit nicht getan habe. Zu hoffen sei nur noch, daß Österreich es durch seine rücksichtslosen Forderungen dazu zwingen werde. „Wenn aber auf uns in England gewartet werden soll, so könnte das jüngste Gericht früher als eine Entscheidung kommen. Man ist hier dümmer, als es erlaubt ist, in allem, was Deutschland anbetrifft, und fürchtet sich vor Deutschlands Stärke seit dem Schleswigschen Kriege.“ [3])

Preußen und auch Österreich sahen ein, daß nichts zu erreichen sei; nun griff auch Manteuffel auf den alten Bundestag zurück und forderte die früheren Unionsstaaten am 27. März auf, den Bundestag am 12. Mai 1851 zu beschicken.

Am 15. Mai wurden die Verhandlungen in Dresden mit der Anerkennung Schwarzenbergs geschlossen, daß sie „schätzbares Material für weitere Verhandlungen geliefert hätten“.

Schluß.

Um der Politik des Prinzen Albert gerecht werden zu können, ist es nötig, zu beachten, daß seine Handlungsweise auf diesem Gebiete durch ethische Prinzipien und Maximen bestimmt war. Der Prinz war kein rücksichtsloser Realpolitiker, der aus den augenblicklichen politischen Konstellationen soviel wie möglich für seine Zwecke zu gewinnen suchte, ganz gleich welche Mittel dabei in Anwendung kamen, im Gegenteil, er war Idealist, der, wie in allen Gebieten menschlicher Betätigung, so auch in der Politik moralische Gesetze wirksam sah, nach deren Konsequenzen die Völker regiert werden sollten. Eine diesen Gesetzen zuwiderlaufende politische Tätigkeit galt ihm als unfruchtbar, unsittlich und ungerecht. Gemäß diesen Gesetzen und den ihnen

---

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 368.
[2]) Ernst II. Bd. 2 S. 24: Prinz Albert v. 18. 2. 1851.
[3]) Ernst II. Bd. 2 S. 24: Prinz Albert an Ernst II. v. 5. 3. 1851.

innewohnenden Kräften mußte in der Politik seiner Überzeugung nach gehandelt werden, um überall Gerechtigkeit üben zu können. Seine Überzeugung war es, daß wenn man die göttlichen Gesetze der Moral und Logik zur Richtschnur seines Handelns nahm, die Früchte, die daraus entsprangen — sollten es auch nur wenige gewesen sein —, nur gute sein konnten.[1]) Dieser zwingenden Kraft des großen moralischen Gesetzes, das diese Welt regiere, sich entziehen zu wollen, ließ seiner Ansicht nach auf Unklugheit schließen. Ausgedrückt werden konnten diese Anschauungen des Prinzen bezüglich der Politik wohl kaum treffender und kürzer als in den Worten der Königin Victoria, die diese am 16. Oktober 1850 an Lord Palmerston richtete und welche lauteten: „... what is morally right only can be politically wise".[2])

Betrachtet man in dem geschilderten Zeitraume die politischen Anschauungen des Prinzen und der Königin, so wird man erkennen, wie oft beide gewisse politische Vorgänge ihren Prinzipien gemäß beurteilten, so z. B. die Allianzpolitik der Ostmächte in der Krakauer Frage. Durch diese Einverleibung wurden Bestimmungen eines unter der Garantie der europäischen Mächte stehenden Vertrags, der Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815, einseitig aufgehoben. Es war dies ein Rechtsbruch, daher nach der Meinung des Prinzen eine unmoralische und unlogische Handlung, deren Wirkungen auf die europäischen Verhältnisse er in dem Briefe an den König von Preußen vom 21. Dezember in ausführlicher Weise darlegte. Ein völliges Ausschalten der Moral, d. h. ein Nichtbeachten ethischer Prinzipien, so heißt es da, „müsse einen Zustand in Europa herbeiführen, der mit Verwirrung und Verkennung aller Rechtsbegriffe und Gefühle anfangen und mit gänzlicher Auflösung der gegenwärtigen bestehenden Ordnung der Staaten unter sich aufhören werde".[3]) Diese prinzipielle Beurteilung der auswärtigen Politik seitens des Prinzen und der Königin zeigt sich ferner in der schleswig-holsteinschen Frage. Sie nahmen hier den deutschen Standpunkt ein, d. h. sie hielten es für recht und billig, daß Schleswig und Holstein vereint bleiben und die Augustenburger Familie nach Aussterben der männlichen Linie des dänischen Königshauses in den Herzogtümern zur Thronfolge gelangen sollten. Gemäß ihren Prinzipien mußten sie das von Lord Palmerston aufgestellte Londoner Protokoll, in welchem sich Frankreich, Rußland, England von vornherein, ohne Österreich

---

[1]) Th. Martin Bd. 1 S. 465.
[2]) The letters of Queen Victoria II p. 323.
[3]) Th. Martin Bd. 2 S. 585.

und Preußen zuzuziehen, über die Integrität des dänischen Gesamtstaats und die dänische Erbfolge in Holstein einigten, ablehnen. Die Feststellung dieses Protokolls war nach den Worten der Königin „eine Handlung, die jedem Gefühl von Gerechtigkeit und Moral zuwiderlief",[1]) sie erklärte die vorgeschlagene Politik Palmerstons für unwürdig der Stellung Englands in der Welt, ungerecht und unsittlich in sich selbst und gänzlich unvereinbar mit dem übernommenen Amte eines Vermittlers.[2]) Die unleidliche Drohung Rußlands und Frankreichs sei eine Folge des unseligen Protokolls, „in welchem drei fremde Mächte ihr eigenes selbstisches Interesse an die Stelle des Rechts gesetzt hätten".[3])

Mit diesen Anschauungen über die diplomatische Behandlung dieser Frage seitens des englischen Kabinetts setzten sich der Prinz und die Königin in Widerspruch zu diesem und dem englischen Volksempfinden, welche Preußen beargwöhnten, „in der Absicht kommerzieller oder politischer Vergrößerung eine Auseinanderreißung des dänischen Reiches anzustreben".[4]) Diese Politik Palmerstons war ungerecht im Sinne des englischen Herrscherpaares, entsprach aber den Interessen Englands.

Wenn somit das Wesen der auswärtigen Politik des Prinzen Albert feststeht, so war mit dieser prinzipiellen Tätigkeit, orientiert nach ethischen Gesetzen, zugleich eine Fortbildung und Weiterentwicklung in ganz bestimmter Richtung verbunden, die nach der Anschauung des Prinzen an das Bestehende anzuknüpfen hatte, nämlich eine Entwicklung der alten ständischen Zustände zu konstitutioneller Freiheit in den Ländern, die dies wünschten. Der Prinz ließ keinen bedeutungsvolleren Augenblick vorübergehen, um immer wieder zu betonen, daß in allen Staaten, die im Begriff seien, liberale Einrichtungen einzuführen, dies im Anschluß an das Bestehende zu geschehen habe. Keine Nation sollte über ihren natürlichen Entwicklungsgang hinausgedrängt, keiner sollte etwas oktroyiert werden, was sie nicht aus sich selbst hervorbringen konnte. In seiner Denkschrift vom 11. September 1847 sagte er: „Als allgemeiner Grundsatz bei Lösung aller politischen Fragen ist anzunehmen, daß die organische Entwicklung des Bestehenden eine bessere Aussicht auf Erlangung eines zukünftigen, wirklich heilsamen Zustandes gewährt als das Konstruieren einer Zukunft aus einer freigeschaffenen (und darum

---

[1]) The letters of Queen Victoria II p. 295.
[2]) Bunsen Bd. 3 S. 149.
[3]) Bunsen Bd. 3 S. 149 und The letters of Queen Victoria II p. 323.
[4]) Bunsen Bd. 3 S. 134; Lord Palmerston an Bunsen v. 2. 7. 1850.

willkürlichen) Theorie, sei diese dem absoluten Ideale der Vollkommenheit auch noch so nahekommend".

Für die Einführung konstitutioneller Einrichtungen in Preußen, für eine Reform des Deutschen Bundes in liberalem Sinne und für die Errichtung des deutschen Einheitsstaates agitierte der Prinz seit dem Jahre 1845.

Es war in der vorliegenden Arbeit die Absicht, seine Stellungnahme zu den verschiedenen Problemen, die seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. innerhalb des deutschen Staatenbundes auftauchten und seitdem immer mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses rückten, so zur Gegnerschaft der beiden deutschen Großmächte, die sich überall auswirkte — mochte es in Kurhessen oder Schleswig-Holstein sein oder bei dem Versuche, den deutschen Einheitsstaat zu errichten —, zu charakterisieren und die Lösungen, die er empfahl, darzustellen.

Im Mittelpunkt seines Interesses stand naturgemäß die Verfassungsbewegung in Preußen und das österreichisch-preußische Problem. Seine Anschauungen über letztere Frage haben in großen Zügen folgende Wandlungen zu verzeichnen:

Nach Auflösung der Heiligen Allianz, so schreibt der Prinz 1846, muß Preußen, müssen die inneren deutschen Angelegenheiten der undeutschen Vormundschaft des Wiener Kabinetts entzogen werden. Der Gedanke einer preußischen Führung ist zwar noch nicht direkt ausgesprochen, ist aber aus seinen Worten zu folgern: Preußen ist der größte deutsche Staat mit der größten Anzahl deutscher Bewohner, also muß es die Führung Deutschlands übernehmen und mit Österreich ein Bündnis, aber nur für bestimmte Zwecke, schließen. Während in diesem Jahre nur ethnologische Bedenken gegen eine Teilnahme Österreichs an einer wahrhaft deutschen Politik von ihm geäußert werden, führt er 1847 auch innerpolitische Gründe dagegen an: Österreich kann ohne Zertrümmerung seines gegenwärtigen Regierungssystems an einer echt deutschen Politik nicht Anteil haben, „es hindert und erstickt jede lebendige Regung des Bundes, und im Unmute hierüber ist Deutschland versucht, den Bund selbst für das Haupthindernis deutscher Einheit zu halten". „Bei genauerer Prüfung indes stellt sich heraus, daß im Bunde doch noch das einzige Mittel zur Erlangung dieser Einheit auf friedlichem und loyalem Wege mit Vermeidung der entsetzlichsten Konvulsionen liegt." Allerdings soll Preußen diese Reform des Bundes vornehmen, vielleicht gelingt es dann, Österreich zu bewegen, einzelnen Reformen beizustimmen und sie in seinem Staatsgebiete einzuführen. Der Prinz verlangt außerdem Veröffentlichung der Bundesverhandlungen, dies wird die öffentliche

Meinung Deutschlands in Bewegung setzen, diese wieder die Verhandlungen am Bundestag beeinflussen und schließlich selbst Österreich zwingen, „an deutscher Entwicklung zu seinem eignen Heile teilzunehmen“. Daß er keineswegs an ein Ausscheiden Österreichs aus den deutschen Verhältnissen dachte, geht aus den Worten Bunsens in einem Brief an ihn vom 19. Dezember 1847 hervor, worin es heißt: „Der Fürst will so wenig als Eure Königliche Hoheit Österreich ausschließen, vielmehr es (zu seiner Rettung) nötigen, in den wahren Deutschen Bund einzutreten und ein deutsches System zu befolgen“.[1]) Auch die Äußerungen des folgenden Jahres bestätigen diese Tatsache, so in seinem Briefe an Ernst II. vom 4. Mai 1848.[2]) Es trat jetzt ein wichtiger und ausschlaggebender Faktor in der Beurteilung der deutschen Verhältnisse durch den Prinzen zutage, nämlich seine dynastische Gesinnung, sein aristokratisches Standesgefühl, die bis zum Jahre 1851 bei ihm eine große Rolle spielen sollten. Sie kamen zum Ausdruck in seiner Besorgnis vor einer Mediatisierung der deutschen Kleinstaaten, so in seiner Kritik des Verfassungsentwurfs Dahlmanns. Der Erbkaiser erschien ihm in diesem Lichte als etwas durchaus Ungehöriges; er betonte die Gleicheit aller deutschen Kronen und fürchtete den Cäsarismus in dem Falle, wenn nur eine Großmacht in Deutschland ausschlaggebend wäre; Österreich darf deshalb nicht ausscheiden, beide deutschen Großmächte sollen sich das Gleichgewicht halten, damit verhindert werde, daß die Kleinstaaten in die Gefahr kämen, mediatisiert zu werden.

Aus diesem Gefühl heraus ist auch das Wahlkaisertum und der Fürstentag in dem Verfassungsentwurf des Prinzen vom 28. März 1848 zu erklären, was nach dieser Richtung hin einen Rückschritt bedeutet. Wenn schon in seiner Denkschrift vom 11. September 1847 die Überzeugung: „Deutschland soll aus einem Staatenbunde ein Bundesstaat werden“ noch nicht klar und bündig ausgesprochen ist, so ist dies jetzt im Verfassungsentwurf der Fall. Andrerseits aber verhinderte die dynastische Gesinnung jetzt eine entschiedene Stellungnahme des Prinzen zugunsten Preußens, seine am 11. September 1847 ausgesprochene Überzeugung, daß Preußen die Führung in Deutschland übernehmen und den Bund reformieren müsse, hätte in diesem Augenblick folgerichtigerweise der Ergänzung bedurft, „an die Spitze dieses Bundesstaats muß Preußen treten“, dies geschah aber aus den obenerwähnten Gründen noch nicht, mochte auch

---

[1]) Deutsche Revue Bd. 23_1 S. 219.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 283.

die Besorgnis vor der Gefahr der Mediatisierung der Kleinstaaten, hinsichtlich Österreichs, wie es sich später zeigen sollte, nicht ganz unbegründet sein. Jedenfalls hatte der Prinz in diesem Augenblick noch nicht erkannt, daß in einem wirklichen Bundesstaate eine volle Souveränität der Einzelstaaten nicht bestehen könne. Es gelang aber den überzeugenden Gründen, die Stockmar, wie anzunehmen ist, in der Unterredung mit dem Prinzen über die deutsche Frage vom 24. Dezember 1848 geltend machte, ihn, dem er bisher den Vorwurf gemacht hatte, „diese Sache zu sehr vom rein dynastischen Standpunkte aufzufassen", zu seiner Anschauung zu bekehren.[1]) „Der Prinz gab seine bisherige Ansicht auf und schloß sich ganz der Meinung an, welche Stockmar schon die ganze Zeit her gehegt hatte, daß nämlich die wahre Politik für Österreich wie für Preußen darin bestehe, daß ein jedes von ihnen sich als ein gesondertes Königreich konstituieren, zugleich aber das herzlichste Einvernehmen und das treueste Bündnis bewahren müsse."[2]) Wenige Tage später legte der Prinz diese neugewonnene Ansicht in einem sorgfältig ausgearbeiteten Memoire nieder. Ein Abdruck oder wenigstens eine Inhaltsangabe dieser Denkschrift, worin er doch jedenfalls die Gründe, die ihn bestimmten, sich Stockmar anzuschließen, angegeben haben muß, ist nicht aufzufinden gewesen. Daß er aber, wenn er sich jetzt den Anschauungen Stockmars anschloß, mit einem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland — es sollte sich als Separatstaat konsolidieren — und einer Konsolidation Deutschlands unter preußischer Hegemonie, das mit Österreich durch enge Allianz zu vereinigen sei, einverstanden war, ergibt sich daraus, daß dies die Wünsche seines Freundes in dieser Hinsicht waren, die er in jenem Zeitpunkt hegte.[3]) Die Wahrheit dieser Tatsache wird ferner noch erhärtet durch die Billigung des Dreikönigsbündnisses und der preußischen Unionspolitik im nächsten Jahre durch den Prinzen. Er wünscht nichts sehnlicher, als daß die Kleinstaaten an der Berliner Verfassung festhalten, Preußen baldigst das Unionsparlament einberufen und den Bundesstaat unter seiner Führung vollenden solle. Dringend wurden seine Warnungen an die Kleinstaaten, am Bündnis mit Preußen festzuhalten, als im Herbst 1849 der Plan auftauchte, die Kleinstaaten unter die sechs Königreiche aufzuteilen. Es war hier abermals seine dynastische Gesinnung, die sein Handeln mitbestimmte, aber im Gegenteil zu 1848 in Preußen freundlichem

[1]) Th. Martin Bd. 2 S. 157, 158.
[2]) Th. Martin Bd. 2 S. 158.
[3]) Stockmar, Denkwürdigkeiten S. 567, 568.

Sinne und seiner neu gewonnenen Anschauung in dieser Frage entsprechend: der Bundesstaat muß errichtet werden (1848), Österreich kann ihn nicht errichten, kann nicht an wahrhaft deutscher Politik teilnehmen, da das Völkergemisch seines Staates es daran hindert (1846/47), es gefährdet außerdem die Existenz der deutschen Kleinstaaten; beide Motive wiesen also jetzt auf Preußen hin. Es heißt in seinen Briefen an Ernst II. jetzt dementsprechend: „Die kleinen Staaten müßten treu und konsequent an dem mit Preußen geschlossenen Bündnisse festhalten“ . . . „es kann nichts anderes geschehen, als daß Preußen an die Spitze tritt, und der Gewinn darin liegt mehr auf der Seite der deutschen Staaten als Preußens, welches seine europäische Stellung opfern muß, während die übrigen Staaten nie eine gehabt haben“ usw.,[1]) „es ist rein unmöglich, zu einem starken Ganzen zu kommen ohne Preußen oder auf dem Prinzipe der Gleichberechtigung aller Staaten“ usw.[2]) Es stimmt dies auch mit Stockmars Berichte überein[3]): „Er erlebte im Laufe des Jahres 1849 die Freude, daß Prinz Albert sich in den Hauptpunkten — Ausscheiden Österreichs aus dem engeren deutschen Verband, Konstituierung des übrigen Deutschlands als Bundesstaat unter erblicher Hegemonie Preußens — zu seinen Ansichten bekehrte“. „Der Prinz erkennt vollkommen klar, daß in einem wirklichen Bundesstaat eine volle Souveränität der Einzelstaaten nicht bestehen könne.“ Auch im nächsten Jahre blieb diese Stellungnahme des Prinzen der deutschen Einheitsfrage gegenüber unverändert, zumal da die Selbständigkeit der deutschen Kleinstaaten von seiten Österreichs sehr wenig gewahrt schien. Friedrich Wilhelm IV. suchte nach dem Austritt Sachsens und Hannovers aus dem Dreikönigsbündnis sich mit Österreich zu verständigen, er hatte nur noch wenig Interesse an der auf wenige sichere Bundesgenossen zusammengeschmolzenen Union. Im Verein mit Österreich sollte zuerst die weitere Verfassung festgestellt werden, dann erst sollte innerhalb dieses[4]) großen Bundes die Union ins Leben treten, also genau der entgegengesetzte Plan zu demjenigen, welchen Prinz Albert für möglich hielt und worüber Stockmar Ende 1849 berichtet: „Der Prinz hält es sogar für möglich, daß nach Ordnung des engeren Bundes und Errichtung eines zweckmäßigen weiteren Bundes später die Auflösung des engeren Bundes und Herstellung eines einzigen

---

[1]) Ernst II. Bd. 1: Prinz Albert an Ernst II. v. 8. 11. 1849 S. 502.
[2]) Ernst II. Bd. 1 S. 503: Prinz Albert an Ernst II. v. 26. 12. 1849.
[3]) Denkwürdigkeiten S. 589, 590.
[4]) Sybel Bd. 1 S. 356—359.

Föderativstaates angebahnt werde".[1]) Prinz Albert wandte sich in dieser Zeit gegen den Souveränitätsschwindel der kleinen Könige, die den preußischen Bundesstaat verhindert sehen wollten, und machte seinen Bruder auf die Gefahr aufmerksam, die den Kleinstaaten von Österreich drohe. „Letzteres", so schrieb er am 8. Mai 1850 an diesen, „hat insinuiert, es wäre ganz bereit, sie an Preußen als Territorialvergrößerung abzutreten, wenn nur die deutsche Einheit aufgegeben würde. Darauf laßt Ihr Euch natürlich nicht ein und laßt Euch vom König von Preußen feierlich versprechen, daß er die Form eines engeren deutschen Bundes (nicht preußischen) erhält."

Die Anschauungen des Prinzen und der Königin in der schleswig-holsteinischen Frage sind schon weiter oben in anderem Zusammenhange geschildert worden.

Das Zusammentreffen dieser Frage mit der Einheitsbewegung und schließlich auch dem hessischen Verfassungskampf führte die Krisis in Deutschland auf ihren Höhepunkt. Die Königin wünschte jetzt, daß England Preußen den Bestrebungen Österreichs gegenüber, den Bundestag wieder einzuführen, moralisch unterstütze. Der Prinz meinte, daß Preußen die prinzipielle Bedeutung des Kampfes mit Österreich hervorheben solle, ihm erschien er als ein Ringen zwischen Liberalismus und Despotie: Das Heil Preußens bestehe im gegenwärtigen Augenblick im Festhalten an Union und Konstitution, nur ein offenes und mutiges Vorgehen Preußens könne diesem Sympathien in England eintragen. Auf eine Allianz mit England könne es nicht rechnen, jenes würde eine solche nur abschließen, wenn dabei große Interessen auf dem Spiele ständen.[2])

Mit diesen Anschauungen trat Prinz Albert in das Jahr 1851 ein, das Jahr des Scheiterns der mannigfachen Lösungsversuche, und wie Bunsen sagte, das des Unterganges der Hoffnungen der Deutschen seines Geschlechts.[3])

Am Geburtstage des Prinzen in diesem Jahre sprach er die Hoffnung aus, die sich bei ihm nicht erfüllen sollte, daß der Prinz und seine Kinder die Morgenröte eines besseren Tages sehen möchten, der kommen werde, aber vielleicht blutig!

---

[1]) Denkwürdigkeiten S. 590.

[2]) Bunsen Bd. 3 S. 159; Ernst II. Bd. 1 S. 600: Prinz Albert an Ernst II. v. 10. 11. 1850.

[3]) Bunsen Bd. 3 S. 195.

Spezialdruckerei für Dissertationen, Robert Noske, Borna-Leipzig.

Lebenslauf.

Ich, Adolf Bernhard Martin Bräuer, ev.-luth. Konfession, wurde am 31. Dezember 1884 in Großenhain i. S. als Sohn des Verwaltungsbeamten Bernhard Bräuer und seiner Gemahlin Anna geb. Heberer geboren. Nach dem Besuche der 1. Bürgerschule und der Realschule meiner Vaterstadt trat ich in das Kgl. Realgymnasium zu Döbeln ein, das ich Ostern 1905 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Im April desselben Jahres bezog ich die Universität Leipzig, um Geschichte, Philosophie, Germanistik und Geographie zu studieren. Mit Ausnahme des 3. Semesters (1906), das ich in Heidelberg mit gleichen Studien verbrachte, bin ich bis jetzt in Leipzig immatrikuliert gewesen. Ich hörte Vorlesungen bei den Herren Professoren und Dozenten: Barth, Brandenburg, Braune, O. Cartellieri, H. Credner, Fehling, M. Heinze†, Hettner, Hirt, Jungmann, Kirn, Köster, Kötzschke, Lamprecht, Marcks, Partsch, Prüfer, Rietschel, Schulz, Seeliger, Sievers, Thode, Volkelt, v. Waldberg, Wilcken, Witkowski, Wundt. Ferner war ich Mitglied des historischen, geographischen, deutschen Seminars und Proseminars, des philosophischen, philosophisch-pädagogischen, pädagogischen Seminars, des Seminars für Landesgeschichte und Siedelungskunde und nahm teil an den altgermanistischen Übungen bei Prof. Holz und an den praktisch-pädagogischen bei Geheimrat R. Hofmann. Herrn Prof. Dr. Brandenburg bin ich zu großem Danke verpflichtet für seine Ratschläge und den Hinweis auf das interessante Gebiet.